

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Hansgeorg Conert  
Wirtschaftsexperimente  
in der Sowjetunion

Fred Klinger  
Soziale Statik und Dynamik  
in der DDR  
Zum Leistungsverhalten  
von Industriearbeiterschaft und  
wissenschaftlich-technischer Intelligenz

Oskar Anweiler  
Bildungs- und Erziehungswesen  
sozialistischer Staaten  
Politische Steuerung –  
gesellschaftlicher Pluralismus –  
pädagogische Autonomie

ISSN 0479-611 X

B 46-47/85  
16. November 1985

Hansgeorg Conert, Dr. rer. pol., Dipl.-Sozialwirt, geb. 1933; Professor für Politikwissenschaft und politische Bildung an der Universität Bremen.

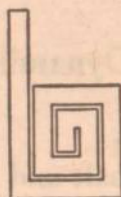
Veröffentlichungen u. a.: Der Kommunismus in der Sowjetunion. Historische Voraussetzungen, Wandlungen, gegenwärtige Strukturen und Probleme, Frankfurt 1971; Einführung in die politische Ökonomie der Bundesrepublik, Frankfurt 1972; Die politischen Grundrichtungen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg, Offenbach 1973; Einführung in die politische Ökonomie der Bundesrepublik, Teil II, Frankfurt — Köln 1974; (zus. mit W. Eichwede) Produktionsverhältnis und Arbeiterklasse in der UdSSR, Hannover 1976; (zus. mit Chr. Bruns und D. Griesche) Gewerkschaftliche Bildungsarbeit und Interessenvertretung im betrieblichen Alltag, Frankfurt — New York 1980; Ökologie und Gesellschaft, Hamburg 1984. Zahlreiche Zeitschriftenbeiträge zu ökonomischen und gesellschaftlichen Fragen sozialistischer Systeme.

Fred Klinger, Dr. rer. pol.; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen auf dem Gebiet der Osteuropa- und DDR-Forschung.

Oskar Anweiler, Dr. phil., geb. 1925; Professor für Pädagogik, insbesondere für Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum; Mitglied des wissenschaftlichen Direktoriums des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien in Köln; Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e. V.; von 1980 bis 1985 Präsident des International Committee for Soviet and East European Studies.

Veröffentlichungen u. a.: Die Rätebewegung in Rußland 1905—1921, Leiden 1958 (übersetzt ins Englische, Französische, Italienische, Spanische); Geschichte der Schule und Pädagogik in Rußland vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalin-Ära, Berlin 1978<sup>2</sup>; — (Hrsg. zus. mit F. Kuebart) Bildungssysteme in Osteuropa — Reform oder Krise?, Berlin 1983.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/460 40, nimmt entgegen

— Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;

— Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;

— Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Wirtschaftsexperimente in der Sowjetunion – Umriss einer ökonomischen Strategie?

### I. Akute Funktionsdefizite der sowjetischen Wirtschaft und ihre allgemeinen sozio-ökonomischen Bedingungen

Die seit mehr als 20 Jahren akuten, sich tendenziell verschärfenden Funktionsprobleme der sowjetischen Wirtschaft finden ihren zusammengefaßten Ausdruck im geringen Wirkungsgrad (Effizienz) des Wirtschaftshandelns sowie im unzureichenden Verhältnis zwischen ökonomischem Ressourcenaufwand und Resultaten. Dieser ‚synthetische‘ Indikator geht aus verschiedenen Komponenten des Aufwandumfangs und der Art und Weise des Einsatzes der Wirtschaftsmittel einerseits, der Quantität und vor allem der Qualität der Produktionsergebnisse andererseits hervor.

Zur Kritik dieser bereits chronischen Funktionsmängel werden in der sowjetischen Fach- und Tagespresse zwei unterschiedliche Maßstäbe herangezogen: Arbeitsaufwand und materieller Produktionsinput werden an der Knappheit und am Wert (Preis) dieser Ressourcen gemessen, der Output am realen Bedarf, beide Momente aber zugleich an den Produktionsverfahren und -resultaten in den entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften. Nach diesen Maßstäben ist in der sowjetischen Industrie (und erst recht in der Landwirtschaft) der Arbeitsaufwand für die Herstellung vergleichbarer Produkte zu hoch, nicht zuletzt infolge des hohen Anteils manueller Arbeit sowie von Vor- und Hilfstätigkeiten. Desgleichen übertrifft der Einsatz von Rohstoffen, Materialien, Vorprodukten und Energie die in den westlichen Industriewirtschaften für vergleichbare Resultate aufgewandten Mengen in der Regel erheblich.

Beides ist, neben anderen Ursachen, eng verbunden mit dem nach diesem Vergleichskriterium rückständigen technischen Niveau der Produktionsanlagen und Ausrüstungsgüter sowie mit vielfältigen Mängeln der Arbeitsorganisation und des Systems der Allokation der Wirtschaftsmittel. Die Qualität der Erzeugnisse ist im allgemeinen unzureichend, der Anteil nutzungsuntauglicher Produkte hoch. Die Störanfälligkeit z. B. von Traktoren, Lastkraftwagen, verschiedenen Maschinenty-

pen ist groß, ihr technischer Entwicklungsstand unzulänglich<sup>1)</sup>.

Obgleich bereits in einigen Bereichen sowohl der Verbrauchs- wie der Produktionsgütererzeugung umfangreiche Lager nicht absetzbarer Produkte existieren, überwiegt im ganzen die Situation des Mangels bei weitem<sup>2)</sup>. Das betrifft Rohmaterialien, Vorprodukte und Ausrüstungsgüter ebenso wie Verbrauchsgüter und auch Arbeitskräfte. Oft geht es dabei aber nicht um einen absoluten Mangel im volkswirtschaftlichen Maßstab, sondern um die Nichtverfügbarkeit zu bestimmter Zeit am bestimmten Ort. Dieses verbreitete Phänomen verweist auf die spezifischen Defizite im Transportwesen und die ständig auftretendem Organisationsmängel im Verteilungsbereich.

Obgleich damit nur einige der gravierendsten Ausdrucksformen der akuten Leistungsmängel der sowjetischen Wirtschaft bezeichnet sind, wird ihre wechselseitige Bedingtheit bereits deutlich. So führt zum Beispiel die Funktionsschwäche des Systems der Belieferung der Betriebe mit Rohmaterial und Vorprodukten zu häufigem Stillstand der Produktionsanlagen und beeinträchtigt so ihre Amortisation. Die Betriebsleitungen tendieren deshalb dazu, große Vorratslager zu halten und Vorprodukte im Betrieb selbst zu erzeugen. Beide Erscheinungen verstärken die unwirtschaftliche Nutzung von Ressourcen.

<sup>1)</sup> Die Herstellungskosten für Traktoren und Autos betragen z. B. nur 3 bis 4% der Gesamtkosten, die für ihren Unterhalt (Reparaturen und Ersatzteile) im Verlauf der Nutzungsdauer anfallen. A. Aganbegian, in: EKO (Abkürzung von: Ekonomika i organizacija promyslennogo proizvodstva — Ökonomie und Organisation der industriellen Produktion), 8 (1985), S. 19.

<sup>2)</sup> Der ungarische Ökonom J. Kornai erklärt die Funktionsmängel der sozialistischen Wirtschaftssysteme zum überwiegenden Teil aus der allgemeinen und permanenten Situation des Mangels. Vgl. ‚The Economics of Shortage‘, 2 Bde., Amsterdam 1980.

Der überwiegende Bedarfsüberhang hat zur Folge, daß auch qualitativ unzureichende, technisch rückständige Erzeugnisse abgesetzt werden können und trägt so dazu bei, den Innovationsdruck z. B. in der Maschinenbauindustrie zu mindern. Der verbreitete güterwirtschaftliche Mangel findet finanzwirtschaftlichen Ausdruck u. a. darin, daß den Betrieben im Interesse der Sicherung zentralisierter Investitionsvorhaben noch immer 80 bis 90 % des Gewinns entzogen und dem Staatshaushalt zugeführt werden. Ihnen fehlen deshalb in der Regel die Mittel zur Finanzierung technischer Umrüstungen<sup>3)</sup>. Ein erheblicher Teil der sowjetischen Produktionsanlagen<sup>4)</sup> ist veraltet, Ausrüstungen sind im Durchschnitt etwa 20 Jahre im Betrieb<sup>4)</sup>. In wichtigen Industriebranchen, wie im Maschinenbau, werden jährlich nur ca. 2 % der Anlagen erneuert, erforderlich wären 6 bis 7 %. Die Reparaturaufwendungen übersteigen bei der langen Nutzungsdauer den Anschaffungspreis der Anlagen im Durchschnitt um 70 %.

Trotz entgegengerichteter Absichtserklärungen dienen jedoch die staatlichen (zentralisierten) Investitionen noch immer ganz überwiegend der Errichtung neuer Fabriken, ob-

<sup>3)</sup> Z. B. „Sredstva fonda pazvitija“ (Die Mittel des Entwicklungsfonds), in: *Ekonomičeskaja Gazeta*, 41 (1985), S. 16.

<sup>4)</sup> *Prawda* vom 12. November 1984, Artikel „Novinki v očeredi“ (Laufende Erneuerungen); *Ekonomičeskaja Gazeta*, 13 (1985), S. 7 und 32 (1985), S. 14; *EKO*, 8 (1985), S. 121.

gleich sowjetische Ökonomen seit langem vorrechnen, daß Ersatz- und Modernisierungsinvestitionen rentabler sind<sup>5)</sup>. Hinzu kommt die Leistungsschwäche des Bauwesens, ein weiterer Engpaß der Sowjetwirtschaft. Die geplanten Fristen im Investitionsbau werden nicht selten um sechs Jahre und mehr überschritten<sup>5a)</sup>.

Zumindest seit 20 Jahren werden die ange deuteten Funktionsdefizite der sowjetischen Wirtschaft auf den Kongressen der KPdSU in den Rechenschaftsberichten des Generalsekretärs sowie des Vorsitzenden des Minister rates aufgelistet, kritisiert und ihre Überwindung proklamiert. Die Aufzählung dieser Mängel und Probleme auf den fünf Parteikongressen seit dem 22. Parteikongreß im Jahre 1961 wirkt geradezu stereotyp, es variiert allenfalls die Gewichtung. Dabei wurden nicht nur die Erscheinungsformen, sondern auch die — allerdings eher vordergründigen — unmittelbaren Ursachen benannt.

<sup>5)</sup> N. Tschymatschenko, Direktor des Instituts für Industrieökonomie der Akademie der Wissenschaften der ukrainischen Sowjetrepublik, in: *Ekonomičeskaja Gazeta*, 30 (1985), S. 16. Der Anteil der Investitionen in technische Umrüstungen an den Gesamtinvestitionen betrug in der Periode des 10. Fünfjahresplanes (1976—1980) 29,2%. Er soll im 11. Fünfjahresplan (1981—1985) auf 32,5% erhöht werden. Der Verfasser hält jedoch einen Anteil von 50% für erforderlich.

<sup>5a)</sup> A. M. Wolkow und W. L. Sokolin, in: *EKO*, 8 (1985), S. 117.

Tabelle: Die sowjetische Wirtschaft im 9. bis 11. Fünfjahrplan (FJPl.)  
Durchschnittliche Jahreszuwachsrate in %

	9. FJPl. 1971—1975	10. FJPl. 1976—1980	11. FJPl. 1981—1984	11. FJPl. Ziele
Nationaleinkommen	5,7	4,2	2,9	3,4—3,7
Industrieproduktion, brutto	7,4	4,4	3,6	4,7—5,1
Produktionsgüter	7,9	4,7	3,5	4,7—5,1
Verbrauchsgüter	6,5	3,9	3,8	4,9—5,2
Arbeitsproduktivität, Industrie	6,0	3,2	3,0	4,3—4,5
Landwirtschaftliche Erzeugung	0,8	1,5	1,7	2,3—2,7
Anlageinvestitionen (staatlich)	7,0	3,3	3,0	2,3—2,8
Einzelhandelsumsatz	6,3	4,4	2,9	4,2
Durchschnittliche Monatslöhne der Arbeiter und Angestellten	3,7	3,0	2,1	2,8
Beschäftigte (staatlicher Sektor)	2,4	1,9	ca. 1,0	0,5

Quellen: 9. und 10. Fünfjahrplan: H.-H. Höhmann; Von Breschnew zu Andropow. Bilanz und Perspektiven sowjetischer Wirtschaftspolitik, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln (1983) 10; 1981 bis 1984 errechnet aus den Jahresangaben in: 1981: SSSR i Sojuznye respubliky v 1981 godu, Moskau 1982, S. 3 f.; 1982: entsprechende Ausgabe 1983, S. 3 f.; 1983: *Prawda* vom 29. Januar 1984, S. 1; 1984: *Prawda* vom 26. Januar 1985, S. 1.

Daß im Vergleich zur späten Breschnew-Ära die Kritik an den Mißständen und unzureichenden Resultaten der Wirtschaft durch die Nachfolger Andropow und Gorbatschow (weniger unter Tschernenko) verschärft und die Unerläßlichkeit von Änderungen des ‚Wirtschaftsmechanismus‘ nachdrücklicher betont wurde, signalisiert nicht etwa einen Stillstand der Wirtschaftsentwicklung, wohl aber wachsende Diskrepanz zwischen der Leistungsfähigkeit der sowjetischen Wirtschaft und den an sie gestellten Anforderungen sowie die Gefahr der Verbreiterung der ‚technologischen Lücke‘ zwischen der UdSSR und den entwickelten kapitalistischen Industrieländern.

Was sind die Ursachen der genannten Leistungsdefizite der sowjetischen Wirtschaft? Diese Frage kann hier nur mit einem Verweis auf die grundlegenden sozio-ökonomischen Voraussetzungen beantwortet werden, aus denen sich die angedeuteten Funktionsprobleme herleiten<sup>6)</sup>. Sie wurzeln in der gesellschaftlichen Grundverfassung des sowjetischen Wirtschaftssystems.

Die Vergegenwärtigung der dabei wirksamen Zusammenhänge wird erleichtert durch eine Gegenüberstellung der privat- und erwerbswirtschaftlichen (kapitalistischen) Produktionsweise. Die ökonomische Grundeinheit, das Unternehmen, ist hier rechtlich und generell auch faktisch entscheidungs- und handlungsautonom. Zweck des Wirtschaftens aus der Sicht der Entscheidungsträger dieser Grundeinheiten ist die Erzielung eines Überschusses über den Wert der zum Ingangsetzen des Produktionsprozesses verauslagten Finanzmittel (Kapital). Dieser Gewinn ist ein geld- und erwerbswirtschaftliches Resultat, in dem alle Momente des Wirtschaftshandelns zusammengefaßten Ausdruck finden. Unter den systemtypischen Bedingungen der Marktkonkurrenz erfordert die Durchsetzung des genannten Zwecks des Wirtschaftens sparsamen, ‚ökonomischen‘ Umgang mit allen Arten von Wirtschaftsmitteln, eine hochwirksame technische und organisatorische Gestaltung aller Phasen des Kreislaufs des Kapitals und deren rasche Fortentwicklung infolge der Wirkung der Konkurrenz. Diese verlangt weiterhin Attraktivität und Qualität der Erzeug-

<sup>6)</sup> Aus der These, daß die gesellschaftliche Grundverfassung ‚letzte‘ Ursache der bezeichneten Funktionsprobleme der sowjetischen Wirtschaft ist, muß im übrigen nicht zwingend die Unerläßlichkeit ihrer Änderung gefolgert werden. Denkbar wäre ebenso der Schluß einer Revision der sozio-ökonomischen Ziele und Kriterien.

nisse und deshalb auch deren relativ häufige Erneuerung.

Die unmittelbaren Resultate der auf diese Erfordernisse gerichteten Maßnahmen sind aus der Sicht der Betreiber der einzelunternehmerisch parzellierten Produktionsprozesse nicht der eigentliche Zweck des Wirtschaftens, sie sind aber unerläßliche Bedingung, diesen Zweck, nämlich die Vermehrung der eingesetzten Wirtschaftsmittel in Geldform, zu realisieren. Ökonomisierung des Ressourcenaufwands, hocheffiziente Arbeitsorganisation und permanente technisch-ökonomische Prozeß- und Produktinnovationen liegen deshalb im unmittelbaren *Eigeninteresse der Eigentümer und Entscheidungsbevollmächtigten* der Unternehmen.

Die produzierenden Grundeinheiten im sowjetischen Wirtschaftssystem haben eine in mancher Hinsicht vergleichbare Unternehmensform, sie sind jedoch nicht entscheidungs- und handlungsautonom und sie können das bei ihrer Bestimmung als Elementarformen des in gesamtgesellschaftlichem (staatlichem) Eigentum und entsprechend in zentralisierter Verfügungsmacht befindlichen, einheitlichen Produktionspotentials nicht sein. Die Zweckbestimmung der sowjetischen Betriebe<sup>7)</sup> folgt zum einen vorrangig einer gesamtwirtschaftlichen Orientierung (Prinzip der zentralen Wirtschaftsplanung) und zum anderen nicht erwerbs- und geldwirtschaftlichen, sondern bedarfs- und naturalwirtschaftlichen Zielen und Kriterien.

In unserem Zusammenhang ist wesentlich, daß sich unter den angedeuteten sowjetischen ‚ordnungspolitischen‘ Voraussetzungen die den Betrieben ‚von außen‘ bzw. ‚von oben‘ gestellten ökonomischen Aufgaben nicht in *einem* alle Einzelmomente und -resultate des Wirtschaftshandelns synthetisierenden Ausdruck (in *einer* ‚Kennziffer‘) festlegen lassen<sup>7a)</sup>. Würde den Betrieben z. B. nur die Aufgabe gestellt, innerhalb einer bestimmten Zeitperiode Erzeugnisse im Umfang einer bestimmten Wert-(Geld-)summe herzustellen, so wäre nicht gewährleistet, daß sie die bedarfsentsprechenden Güter produzieren. Wird den Betrieben die Produktionsaufgabe im ‚Naturalausdruck‘, d. h. nach Menge, Sortiments-

<sup>7)</sup> Die im Westen geläufige Übersetzung von ‚predpriajatie‘ mit ‚Betrieb‘ wird hier im Kontext des Vergleichs mit den ökonomischen Grundeinheiten kapitalistischer Wirtschaftssysteme synonym mit ‚Unternehmen‘ benutzt.

<sup>7a)</sup> So auch M. S. Langshtejn, in: Sociologičeskie Issledowanija (Soziologische Untersuchungen), 1 (1985), S. 34.

beschreibung, Qualitätsbestimmung, technischer Charakteristik etc. vorgegeben, ist keineswegs gesichert, daß die Herstellung in ökonomischer Weise, also bei sparsamem Ressourcenaufwand erfolgt. Dieser liegt nicht a priori im *Eigeninteresse* der Betriebsleiter und der Beschäftigten. Deshalb müssen den produzierenden Grundeinheiten verbindliche Vorgaben bezüglich des Verbrauchs von Wirtschaftsmitteln zugeleitet werden.

Da die — sowohl natural- wie geldförmigen — Produktionsresultate aus einer Vielzahl von personellen und materiellen Faktoren unterschiedlicher Art hervorgehen (Anzahl und Qualifikation der Arbeitskräfte, technische Ausstattung, Art der Arbeitsorganisation, Beschaffenheit der Vorprodukte, Sorgfalt der Arbeitsvorgänge etc.), müßten den Betrieben bei der gesamtwirtschaftlich orientierten Bedarfsbestimmung zahlreiche exakte Handlungsnormen und Resultatskriterien vorgegeben werden. Die zentralen (und selbst die branchenmäßigen) Planungs- und Leitungsorgane verfügen jedoch nicht über jeweils aktuelle und umfassende Informationen über die — ja durchaus unterschiedlichen — Produktionskapazitäten der vielen Betriebe<sup>8)</sup>. Die diesen übermittelten verbindlichen Aufgaben

und Normen entsprechen deshalb, zumal in der mithin notwendigerweise an *Durchschnittswerten* orientierten Festlegung, nie genau der *tatsächlichen* Leistungsfähigkeit der Betriebe.

Diese auszuschöpfen liegt jedoch nicht im Interesse der Betriebskollektive. Unter der Voraussetzung des gesellschaftlichen (staatlichen) Eigentums an den Produktionsmitteln können sie sich weder das (geldförmige) Resultat ihrer Arbeit aneignen, noch — abgesehen von Restgrößen — über seine Verteilung und Verwendung entscheiden. Zwar ist der Anteil, den Betriebsleiter und Beschäftigte vom Resultat der geleisteten Arbeit in Form von Gehältern, Löhnen und Prämien erhalten, nicht fix, sondern in von außen festgelegten Sätzen gemäß ebenfalls von außen bestimmten Leistungskriterien variabel. Es sind aber folglich *diese* Parameter, die für die Betriebskollektive handlungsleitend wirken, nicht jedoch die Orientierung an maximaler (oder optimaler) Ausnutzung und Steigerung der vorhandenen Produktionskapazitäten. Deshalb umfaßt die sowjetische Wirtschaft immer ein quantitativ schwer bestimmbares, jedoch zweifelsfrei beachtliches, nicht ausgeschöpftes Leistungs- und Effizienzpotential.

## II. Der Beschluß zum ‚Wirtschaftsexperiment‘ vom Juli 1983

Spätestens seit Beginn der sechziger Jahre ist die unzulängliche Effizienz der ökonomischen Prozesse das beständige und folgenreiche Hauptproblem der sowjetischen Wirtschaft. Geleitet von der Einsicht, daß ein hoher Wirkungsgrad des Wirtschaftshandelns im *makroökonomischen* Maßstab hohe Effektivität der *mikroökonomischen* Prozesse voraussetzt und daß diese wiederum entsprechende Handlungsorientierungen und -möglichkeiten der Betriebskollektive verlangen, hatte die sowjetische Partei- und Staatsführung bereits 1965 den Beschluß zu einer so intendierten Wirtschaftsreform gefaßt. Sie wurde jedoch nur inkonsequent und letztlich in sehr reduziertem Umfang realisiert.

<sup>8)</sup> Das ist zum einen, zumindest bei den sowjetischen Dimensionen, selbst beim Einsatz modernster Computer informationstechnisch und -organisatorisch nicht möglich. Zum anderen sind die Betriebe aufgrund der angedeuteten Diskrepanz zwischen gesamt- und einzelwirtschaftlicher Interessen- und Handlungsorientierung gar nicht geneigt, exakte Informationen zu liefern.

Zu diesem Resultat trugen vielfältige Ursachen bei; nicht zuletzt der Widerstand vor allem der ministeriellen Wirtschaftsbürokratie gegen den drohenden Funktions- und Machtverlust, unzureichende Qualifikation und Motivation vieler Betriebsleiter, die Rücknahme je bestimmter Änderungsmaßnahmen durch zentrale Machtorgane beim Ausbleiben von zu rasch und zu hoch veranschlagten Resultaten und bei negativen Auswirkungen der sachlichen Unvereinbarkeit mancher Maßregeln des Reformkonzepts bei ihrer Anwendung in der Wirtschaftspraxis<sup>9)</sup>.

<sup>9)</sup> Die umfassendste Untersuchung der Umsetzung des Reformbeschlusses von 1965 (Text in: Rešenja partii i pravitel'stva po chozjajstvennym voprosam 1917—1967 gg., tom 5, Moskau 1968, S. 640—685) bietet: K. Ryavec, *The Implementation of Soviet Economic Reforms*, London 1975. Ferner u. a. K. Bush, *The Implementation of Soviet Economic Reform*, in: *osteuropa-wirtschaft*, (1970) 2, S. 67—90 und (1970) 3, S. 90—98; H.-H. Höhmann, *Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsreform in der Sowjetunion*, in: *Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, (1974) 49.

Diese und andere konkrete Ursachen der schließlich nur recht begrenzten Änderungen im sowjetischen Wirtschaftssystem durch die 1965 beabsichtigte Reform müssen jedoch darüber hinaus vor dem Hintergrund eines generellen Dilemmas gesehen werden: Die ‚ordnungspolitische‘ Konzeption und die ihr entsprechenden strukturellen Determinanten der sowjetischen Wirtschaft schließen es aus, den Betrieben vollständige Autonomie einzuräumen. Sind die Aneignungs- und Dispositionsrechte der Betriebskollektive aber erstens beschränkt und kann zweitens bei der oben bezeichneten vorrangigen natural- und bedarfswirtschaftlichen Ausrichtung der Gesamtsphäre der Ökonomie das ‚formale‘ Rentabilitäts- und Effizienzkriterium nicht alleiniger oder ausschlaggebender Bewertungsfaktor der Leistung der wirtschaftenden Grundeinheiten sein, dann liegen Ressourcenökonomisierung, straffe Arbeitsorganisation, laufende Prozeß- und Produktinnovationen und andere Faktoren ökonomischer Effizienz nicht im unmittelbaren und nachdrücklichen Interesse der Betriebskollektive<sup>10)</sup>.

Es sind letztlich die Konsequenzen dieses Wirkungszusammenhangs, die die sowjetische Führung seit 1965 dazu verleiten, in jeweiligen Beschlüssen zur ‚Verbesserung des Wirtschaftsmechanismus‘ zwischen Ausdehnung des Dispositionsbereichs der Betriebe und Erweiterung und Straffung ihrer Leitung von außen zu schwanken.

Der Beschluß des ZK der KPdSU und des Ministerrates der UdSSR über ein ‚Wirtschaftsexperiment in großem Maßstab‘ vom 14. Juli 1983<sup>11)</sup> enthält in gewisser Weise beide Tendenzen zugleich. Westliche Interpreten neigen dazu, darin einen gravierenden Widerspruch zu erblicken. Das träfe aber nur zu, wenn (selbst begrenzte) ‚Selbständigkeit der Betriebe‘ und ‚zentrale Planung‘ sich aus-

schließende oberste Prinzipien wären, oder wenn als erwiesen gelten könnte, daß ihre Wirkung auf die betrieblichen Arbeitsergebnisse zwingend konträr ist.

Die sowjetische Führung schließt zwar nach eigenem Bekunden die völlige Preisgabe der zentralen Wirtschaftsplanung aus, nicht aber die Reduktion ihres Umfangs. Dessen Bestimmung erfolgt, wie die anderer Planmodalitäten, zumindest in jüngerer Zeit eher in Abhängigkeit von den erhofften ökonomischen Wirkungen als nach unumstößlichen Grundsätzen. Und — ob die Folgen gleichzeitiger Erweiterung des Dispositionsbereichs der Betriebe und der Stärkung bestimmter Komponenten der zentralen Planung nicht auch in Richtung verbesserter Leistungsindikatoren konvergieren können, bedarf noch einer empirisch begründeten Widerlegung.

Vorab ist festzuhalten, daß die Reichweite des Wirtschaftsbeschlusses vom Juli 1983 recht gering ist, und zwar sowohl in der Breite, d. h. nach der Anzahl der betroffenen Komponenten der Wirtschaftstätigkeit, wie in der Tiefe im Sinne des Ausmaßes der vorgesehenen Änderungen.

Die im Titel des Beschlusses proklamierte ‚Erweiterung der Rechte der Produktionsvereinigungen (Betriebe)‘ betrifft im wesentlichen zwei bis drei Bereiche. Zum einen die vorgesehene ... bedeutende Stärkung der Rolle der Produktionsvereinigungen (Betriebe) bei der Ausarbeitung der Pläne der ökonomischen und sozialen Entwicklung in allen Stadien der Planung, beginnend mit der Vorbereitung des Planprojekts<sup>12)</sup>. Außer der Absicht, die Anzahl der den Betrieben vollzugsverbindlich vorgegebenen Kennziffern (Planaufgaben) zu reduzieren, wird jedoch im Beschluß selbst nicht festgelegt, in welcher Weise die Rechte der Betriebe im Planungsprozeß konkret erweitert werden sollen. Hauptkennziffer, d. h. prioritäres Bewertungskriterium der betrieblichen Leistung, soll die ‚abgesetzte Produktion gemäß den vertraglichen Lieferverpflichtungen nach Frist, Umfang, Qualität und Sortiment‘ werden<sup>13)</sup>.

Der zweite Bereich, in dem die Rechte der Betriebe erhöht werden sollen, betrifft die

<sup>12)</sup> Ebd., S. 339f.

<sup>13)</sup> Neu ist hier nur der Zusatz ‚gemäß den vertraglichen Lieferverpflichtungen ... Er ist Folge der Erfahrung, daß bei der überwiegend starken Position der Produzenten gegenüber den Abnehmern auch solche Erzeugnisse „realisiert“ (d. h. abgesetzt) werden können, die nach Qualität, Sortiment etc. nicht den Lieferverträgen entsprechen.

<sup>10)</sup> Die hier angedeutete Argumentation weist in die Richtung der Begründungen, mit denen L. Mises bereits 1920 die Funktions- und vor allem Effizienzprobleme einer sozialistischen Produktionsweise antizipierte (Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 47 (1920/21), S. 86 bis 121). Allerdings verabsolutiert Mises die erwerbs- und konkurrenzwirtschaftlichen Ziel- und Erfolgskriterien ohne jegliche historische und gesellschaftliche Relativierung.

<sup>11)</sup> Der Beschluß hat den Titel ‚Über ergänzende Maßnahmen zur Erweiterung der Rechte der Produktionsvereinigungen (Betriebe) der Industrie bei der Planung und Wirtschaftstätigkeit und zur Stärkung ihrer Verantwortung für die Arbeitsergebnisse‘ (eigene Übersetzung), in: Sobranie postanowlenij prawidel'stva SSSR, Otdel I, 20 (1983), S. 339—348.

Nutzung des Produktionsentwicklungsfonds. Dieser im Kontext der Reform von 1965 eingerichtete bzw. umgebildete Fonds wird in erster Linie aus Gewinnanteilen gespeist und soll der Finanzierung von Ersatz- und Erweiterungsinvestitionen beschränkten Umfangs, die nicht in den staatlichen (zentralisierten) Investitionsplan einbezogen sind, dienen. In diesem Punkt ist der Beschluß konkreter als bezüglich der Planung; er bekräftigt zum Teil aber nur schon früher erlassene, allerdings weithin verletzte Bestimmungen, wie z. B., daß die Betriebe über die Verwendung der Mittel eigenständig entscheiden können und daß sie ihnen nicht (durch die Ministerien) entzogen werden dürfen. Andere diesbezügliche Modalitäten sind neu; sie sind auf die Stärkung der Relevanz dieser Fonds ausgerichtet und reflektieren damit die Dringlichkeit der technischen Umrüstung der Betriebe und die Einsicht, daß diese nicht zügig und effektiv in Form der zentralisierten Investitionen realisiert werden kann.

Im dritten Bereich, dem der Entlohnung und Prämierung der Beschäftigten, läßt sich nur mit Einschränkung eine Erweiterung der betrieblichen Kompetenzen feststellen. Zwar sind einige neue Arten von Prämien und Gehaltszuschlägen vorgesehen, über deren Vergabe die Betriebsleitungen entscheiden können. Es ist jedoch präzise festgelegt, gemäß welchen Wirtschaftsresultaten, für welche Leistungen und Qualifikationen, an welche Beschäftigtengruppen diese Gratifikationen in welcher Höhe und für welche Dauer vergeben werden dürfen. Diese Bedingungen drücken die Priorität der Aspekte Ressourceneinsparung, Steigerung der Effizienz der Arbeitsprozesse und der Qualität der Erzeugnisse sowie der Beschleunigung des technischen Fortschritts aus.

Eine Stärkung der Außensteuerung der betrieblichen Wirtschaftsprozesse kann darin gesehen werden, daß sich „die Rolle der ökonomischen Normative als wichtiger Hebel des Einflusses des Fünfjahresplanes auf die Wirtschaftstätigkeit der Produktionsvereinigungen (Betriebe) erhöhen“ soll<sup>14</sup>). Die Normative dienen der Sicherung der im Titel des Beschlusses gleichfalls postulierten „Stärkung der Verantwortung (der Betriebe) für die Arbeitsresultate“, indem sie Relationen zwischen den Ergebnissen des betrieblichen Wirtschaftsprozesses in den verschiedenen Leistungskomponenten und dem Bewertungs-

grad bzw. der Gratifikationshöhe fixieren. Ein lineares Normativ wäre z. B.: „für jedes Prozent Zunahme der Arbeitsproduktivität steigt der Lohnfonds um ein halbes Prozent“. Normative können auch sich progressiv oder degressiv verändernde Relationen bestimmen. Sie werden je nach den Bedingungen der Branchen oder der Branchenuntergliederungen sowie nach den vorherrschenden ‚Engpässen‘ bezüglich der Leistungskriterien variabel gehandhabt. Bei Erweiterter, differenzierter und präziserer Anwendung von Normativen kann die Außensteuerung der Betriebe trotz Reduktion der verbindlich vorgegebenen Kennziffern verstärkt werden. Anders als die Kennziffern sind die Normative ein Instrument der ‚indirekten Zentralisierung‘<sup>15</sup>) der Wirtschaftsplanung und -leitung. Bei fundierter Konzipierung und flexibler, an den konkreten Bedingungen und Erfordernissen orientierter Handhabung sind sie generell als funktionaler einzuschätzen als eine Vielzahl von Kennziffern.

Die Umsetzung der Beschlüsse vom Juli 1983 in die Wirtschaftspraxis als ‚Experiment im großen Maßstab‘ begann am 1. Januar 1984 in den Betrieben von zwei Unionsministerien (Schwer- und Transportmaschinenbau sowie elektrotechnische Industrie) und drei Republikministerien (Ministerium für Lebensmittelindustrie der Ukraine, Ministerium für Leichtindustrie Weißrußlands, Ministerium für örtlich geleitete Industrie Litauens). Unter diese fünf Leitungsbereiche fallen insgesamt mehr als 700 Betriebe. Am 1. Januar 1985 wurden die Wirtschaftsbedingungen des Experiments auf ca. 1850 weitere Betriebe verschiedener Unions- und Republikministerien der Industrie sowie auf etwa 3000 Dienstleistungsbetriebe ausgedehnt.

Seit Herbst 1983 (zunächst die Vorbereitungen betreffend) wird in der sowjetischen Tages- und Fachpresse häufig über den Fortgang des Experiments, über auftretende Probleme und bisherige Resultate berichtet. Daß die dabei geschilderten *Probleme* einen anschaulicheren und überzeugenderen Eindruck vermitteln als die Aufzählung von *Erfolgen*, mag damit zusammenhängen, daß dabei konkret soziale und wirtschaftliche Sachverhalte und Wirkungszusammenhänge zur Sprache kommen, während die positiven Re-

<sup>15</sup>) Zu den Kategorien der direkten und der indirekten Zentralisierung der Wirtschaftsplanung und -leitung vgl.: R. Damus, Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft, Frankfurt/Main 1973.

<sup>14</sup>) „Über ergänzende Maßnahmen...“ (Anm. 11), S. 340.



sultate in Zahlen ausgedrückt werden. Sowohl sachliche Erwägungen wie empirisch begründete Argumente in entsprechenden Zeitschriftenbeiträgen legen ein erhebliches Maß von Skepsis gegenüber Erfolgsberichten nicht nur der angedeuteten Art, sondern auch gegenüber den seit Mitte 1984 sporadisch erscheinenden, die einzelbetrieblichen Resultate zusammenfassenden Meldungen nahe<sup>16)</sup>.

Dazu nur einige Argumente: Besonders im ersten Quartal 1984, aber auch noch im ersten Halbjahr, fielen die Resultate der sowjetischen Industrie allgemein positiv aus<sup>17)</sup>. Die Meldungen des Statistischen Zentralamtes besagten, die Wirtschaftsergebnisse der in das Experiment einbezogenen Sektoren lägen über dem Durchschnitt. Das mag jedoch einfach daraus resultieren, daß diese Bereiche schon zuvor überdurchschnittlich leistungstark waren (eine zumindest für die beiden Unionsministerien naheliegende Annahme). Stellt man die Fristverspätungen und Übergangsschwierigkeiten in Rechnung, von denen andere Beiträge berichten, so ist wenig glaubhaft, daß die Neuerungen bereits nach drei oder sechs Monaten konkreten Niederschlag in den Planabrechnungen finden.

Überwiegend beziehen sich die Erfolgsmeldungen gerade auf die neue Hauptkennziffer „abgesetzte Produktion gemäß Lieferverpflichtungen nach Frist, Menge, Sortiment und Qualität“. Die meisten Betriebe, später auch Teilspektoren, melden 100%ige (oder fast 100%ige) Erfüllung. Dem steht jedoch die sehr verbreitete Kritik gerade an dieser Hauptkennziffer mit dem einleuchtenden Argument entgegen, bei den chronischen Problemen verspäteter, reduzierter und nicht bedarfsgemäßer Belieferung der Betriebe mit Rohmaterialien und Vorprodukten (und auch in Anbetracht der Mängel im Transportsystem) liege es gar nicht im eigenen Vermögen der Produ-

<sup>16)</sup> Ein Beispiel für die Problematisierung und Relativierung der Erfolgsmeldungen durch einen sowjetischen Autor bietet der prominente Ökonom P. G. Bunitsch, in: *Experiment na distancii* (Das Experiment auf Distanz), in: EKO, 2 (1985), S. 9ff. Er weist z. B. darauf, daß der Grad der Planerfüllung 1984 im Vergleich zum Vorjahr nur dann aussagekräftig ist, wenn der vom Betrieb vorgeschlagene und vom Ministerium gebilligte „Gegenplan“ für 1984 höher als der Plan 1983 ist. Im Hinblick auf die Bedingungen des „Experiments“ reichten aber nicht wenige Betriebe 1983 nur solche „Gegenpläne“ ein, deren Erfüllung sie als möglich erachteten.

<sup>17)</sup> Die Industrieproduktion stieg im 1. Quartal um 4,9%, die Arbeitsproduktivität in der Industrie um 4,6% (Prawda vom 29. April 1984), im 1. Halbjahr entsprechend um 4,5% und 4,2% (Prawda vom 22. Juli 1984).

zenten, die Lieferverträge exakt einzuhalten<sup>18)</sup>.

Nun wurde allerdings das für die Belieferung der Betriebe verantwortliche „Staatskomitee für materiell-technische Versorgung“ (Gossnab) offiziell angewiesen, die in das Experiment einbezogenen Betriebe bevorzugt zu bedienen. Dem wurde aber nur zum Teil entsprochen. Im übrigen wird diese Anweisung von vielen Autoren kritisiert, weil sie die Verallgemeinbarkeit der experimentellen Erfahrungen beeinträchtigt: Bei Erweiterung des Geltungsbereichs der veränderten Bedingungen ist eine Vorzugsbehandlung nicht mehr möglich.

Zuweilen wird von besonderen Praktiken berichtet, die die Erfüllung der Hauptkennziffer erleichtern sollen. Ende 1983 hätten manche Betriebe unter Verletzung der Verpflichtungen im alten Jahr für 1984 vorgearbeitet<sup>19)</sup>. Es zeige sich auch die Tendenz, daß Betriebe Lieferverträge für Produkte, bei deren Erzeugung erfahrungsgemäß Engpässe eintreten, nur noch reduziert abschließen.

Diese nur exemplarische Wiedergabe kritischer Argumente gegen ökonomische Erfolgsmeldungen aus dem Bereich des Wirtschaftsexperiments soll jedoch nicht generell die Möglichkeit positiver Ergebnisse in Frage stellen. Sie dürften sich allerdings kaum so kurzfristig einstellen und ihr konkreter Nachweis bedürfte auch eines exakteren und zuverlässigeren Systems der Wirtschaftsinformation und -rechnung, als es bis heute in der UdSSR Anwendung findet.

Die problematisierenden Beiträge zum Wirtschaftsbeschuß vom Juli 1983 in der sowjetischen Fach- und Tagespresse unterscheiden sich in mehrerer Hinsicht: in der Reichweite und Schärfe der Kritik, nach eher theoretischer oder empirischer Begründung, nach den spezifisch herausgehobenen Problembereichen, nach der Art der vorgeschlagenen Alternativen.

Als besonders nachdrücklich läßt sich eine indirekte Form der Kritik interpretieren, für die der Direktor des zentralen ökonomisch-mathematischen Instituts der Akademie der Wissenschaften, Fedorenko, ein Beispiel liefert. Ende 1984 veröffentlichte er einen Artikel unter der Überschrift „Planung und Lei-

<sup>18)</sup> „Čto snižaeť efekt bankovskogo kredita? (Was mindert die Effektivität des Bankkredits?), in: *Ekonomičeskaja Gazeta*, 41 1985.

<sup>19)</sup> W. A. Sytschewa, in: EKO, 12 (1984), S. 55/56.

tung: wie sollten sie sein?<sup>20)</sup>, in dem er zentrale Bereiche und Richtungen erforderlicher Änderungen aufzeigt, das seit Anfang des Jahres laufende Experiment jedoch nur zweimal ganz beiläufig erwähnt und mithin offenkundig nicht als erfolgverheißenden Ansatz bewertet. Gleich zu Beginn versichert er: „Teilweise Veränderungen, die Beseitigung einzelner Störungen des bestehenden Mechanismus sind jetzt unzureichend, nötig sind starke, umfassende Maßnahmen.“<sup>21)</sup>

Nicht wenige sowjetische Ökonomen und Wirtschaftspraktiker interpretieren das ‚Experiment im großen Maßstab‘ als ersten Schritt zu weiteren Reformmaßnahmen. Als Beispiel sei der prominente Wirtschaftswissenschaftler Bunitsch zitiert: „Das jetzige Experiment ist nur ein erster Schritt jener großen und kardinalen Vervollkommnung des Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, die die Partei markiert.“<sup>22)</sup>

Die konkrete Kritik am seit Anfang 1984 erprobten Wirtschaftsexperiment läßt sich (wenn auch nicht trennscharf) unterscheiden in:

- Kritik an der allgemeinen Konzeption;
- Kritik bestimmter Maßregeln des Beschlusses (und seiner Präzisierung durch die zuständigen Ministerien);
- Kritik an der ausbleibenden oder nur selektiven Implementierung.

Zur Kritik der ersten Art zählt die an der *Form* eines ‚Experiments‘ in ausgewählten Branchen und Leitungsbereichen. Hervorgehoben wird die komplexe Verflechtung mit der übrigen Wirtschaft, die der Grund dafür sei, daß wesentliche sachliche Voraussetzungen für die Anwendung der neuen Funktions- und Bewertungsregeln nicht gewährleistet seien. Belegt wird dieser Einwand — und das ist der häufigste Aspekt der konkreten Kritik — mit den fortdauernden Mängeln in der Belieferung der Betriebe mit Rohmaterialien und Vorprodukten, die im Grunde verbieten, den Endproduzenten die Verantwortung für

die Erfüllung der Lieferverträge aufzubürden<sup>23)</sup>. Weniger auf die Form als auf die Dimension des Experiments ist der Einwand gerichtet, daß substantielle Resultate nicht von Änderungen *einzelner* Komponenten des ‚Wirtschaftsmechanismus‘ zu erwarten seien, das Experiment folglich *alle* Bereiche und Elemente umfassen müsse<sup>24)</sup>. Einige Autoren beziehen dies vor allem auf die Leitungshierarchie und monieren, daß der Beschluß nur die Steuerung und Bewertung der Wirtschaftstätigkeit der *Betriebe* modifiziere, die der ihnen vorgeordneten *Leitungsorgane* aber unverändert lasse<sup>25)</sup>.

Von grundsätzlicher Bedeutung, wenn auch an spezifischen Beispielen belegt, sind die Verweise auf widersprüchliche Bestimmungen im ‚Maßnahmepaket‘ des Änderungsbeschlusses. Solche Widersprüche existieren vor allem in der Weise, daß Normative, die *einen* Bestandteil der betrieblichen Wirtschaftsmittel oder *eine* Komponente des Wirtschaftshandels funktional und zieladäquat zu regulieren vermögen, *anderen* Zielen und Erfordernissen entgegenwirken. Zum Beispiel verweist der renommierte Ökonom (und Chefredakteur von EKO) Aganbegjan darauf, daß die Bildung des Lohnfonds nach Normativen der Nettoproduktion, die der Durchsetzung des ständig postulierten Grundsatzes der Entlohnung gemäß den realen Arbeitsresultaten dienen soll, der *gleichzeitig* gestellten Forderung nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität und nach Senkung des materiellen Ressourcenaufwands entgegensteht<sup>26)</sup>. Ein weiteres Beispiel liefert Perlamutow, der aufzeigt, daß unter den — vom Experiment weitgehend unberührten — sowjetischen Planungs- und Bewertungsmodalitäten die gleichzeitig erhobenen Forderungen nach rascherer Produktinnovation *und* nach Kostensenkung in Widerspruch zueinander geraten<sup>27)</sup>.

<sup>23)</sup> Diese Kritik ist so verbreitet, daß die folgenden Belege beliebige sind: W. M. Vologshin, in: EKO, 7 (1984), S. 48; S. S. Juzefowitsch, in: EKO, 10 (1984), S. 80; Ekonomičeskaja Gazeta, 7 (1985), S. 6; desgl. 20 (1985), S. 13.

<sup>24)</sup> A. W. Siginewitsch, in: Voprosy Ekonomiki (Fragen der Wirtschaft), 4 (1985), S. 112 (Rundtischgespräch).

<sup>25)</sup> „Eksperiment stavit voprosy“ (Das Experiment wirft Probleme auf), in: Ekonomičeskaja Gazeta, 17 (1985), S. 12; A. J. Tarasjuk, in: Voprosy Ekonomiki, 4 (1985), S. 122.

<sup>26)</sup> EKO, 12 (1984), S. 71 (Rundtischgespräch).

<sup>27)</sup> W. Perlamutow, in: Planovoe Chozjajstvo (Planwirtschaft), 4 (1985), S. 73. Der Widerspruch entsteht dadurch, daß entgegen den seit langem verkündeten Änderungsabsichten Planung und Bewertung

<sup>20)</sup> EKO, 12 (1984), S. 3—20.

<sup>21)</sup> Ebd., S. 4.

<sup>22)</sup> Literaturnaja Gazeta vom 30. Mai 1984. P. G. Bunitsch referiert hier komprimiert die Auswertung einer Umfrage unter Betriebsdirektoren, die unter den Bedingungen des Beschlusses vom Juli 1983 arbeiten. Der zitierte Satz ist möglicherweise ein indirektes Zitat oder eine Paraphrase von Äußerungen der Befragten. Bunitsch selbst vertritt diese Position aber in seinen recht häufigen Artikeln auch selbst. Vgl. z. B. „Pooščrenie za rezul‘tat“ (Gratifikation nach dem Resultat) in: Prawda vom 19. April 1985.

Dieser Aspekt der Kritik verweist auf ein grundlegendes Dilemma der in der UdSSR bis heute — ungeachtet von partiellen Änderungsansätzen der Art des neuerlichen ‚Experiments‘ — vertretenen und praktizierten Konzeption von Wirtschaftsplanung und -leitung: Die bereits benannte Dominanz naturalwirtschaftlicher (gebrauchswertorientierter) Ziele erschwert die Steuerung der einzelwirtschaftlichen Prozesse mittels einer synthetischen, alle Komponenten von Aufwand und Resultat rechnerisch integrierenden Kennziffer. Nicht zuletzt daraus resultiert das in der Planungs- und Leitungspraxis institutionalisierte Bestreben, alle jene Einzelkomponenten zu erfassen und zu steuern. In betriebspezifischer Weise ist das jedoch schlechterdings unmöglich<sup>28)</sup>, und auf der Grundlage von Durchschnittswerten bleiben reale Leistungspotentiale unausgeschöpft. Hinzu treten die exemplarisch angeführten Wirkungswidersprüche, wenn bei differierender Zeitdauer der Teilphasen z. B. von Investitions- und Innovationsprozessen die Bewertung der Ergebnisse der Betriebe an die Periode eines Jahres gebunden bleibt.

Die verbreitete Problematisierung der Hauptkennziffer „realisierte Vertragsverpflichtungen...“ betrifft überwiegend das schon genannte Problem des infolge der üblichen Belieferungsdefizite nur beschränkten Vermögens der Betriebe, dieser Anforderung zu entsprechen. Es werden jedoch auch andere Aspekte thematisiert. So berichtet Klezki folgende Absurdität aus der weißrussischen Leichtindustrie<sup>29)</sup>: Deren Betriebe erhielten in den ersten neun Monaten des Jahres 1984 Prämien von insgesamt 2,3 Mill. Rubel für die 100%ige Erfüllung der Lieferverpflichtungen. Im gleichen Zeitraum hatten sie aber an die Handelsorganisationen Vertragsstrafen in Höhe von 4,8 Mill. Rubel abzuführen. Diese Ungereimtheit erklärt sich daraus, daß der Indikator ‚Lieferverpflichtungen‘ im Kontext des Experiments nur auf allgemeine Sortimentsbestimmungen abhebt, während die Verordnung über Sanktionen bei Vertragsverletzungen auf detaillierte Erzeugnisarten Bezug nimmt.

der betrieblichen Wirtschaftsergebnisse „vom erreichten Stand“ aus vorgenommen werden. Die mit der Entwicklung und Einführung neuer Produkte temporär unvermeidlichen Mehrkosten wirken deshalb im Jahre ihres Anfalls für den Betrieb nachteilig.

<sup>28)</sup> Vgl. Anm. 8.

<sup>29)</sup> Planovoe Chozjajstvo, 4 (1985), S. 72.

Die Kritik konkreter Modalitäten des Beschlusses vom Juli 1983 betrifft vor allem die Bereiche Wirtschaftsplanung, betriebliche Investitionen (Produktionsentwicklungsfonds) sowie Arbeitskräfte, Entlohnung und Prämierung. Dabei ist allerdings zwischen einer Problematisierung der Normen und Kritik an der geübten Praxis nicht immer eindeutig zu unterscheiden. Wenige Beispiele mögen dies verdeutlichen: Ungeachtet der proklamierten Reduktion der den Betrieben im Rahmen des Experiments vorzugebenden Kennziffern wird mit der Detailplanung fortgefahren. So beschränkt man sich nicht auf die Kennziffer ‚Selbstkostensenkung‘, sondern spezifiziert sie nach Einzelkomponenten und -maßnahmen<sup>30)</sup>. Die Planvorbereitungen laufen weiterhin zu spät an, um den Betrieben Zeit für die erforderlichen Dispositionen zu gewähren: „Wie früher erhalten wir die Nomenklaturpläne (die Pläne in Naturalkennziffern, H. C.) nicht rechtzeitig, wie früher beunruhigt uns auch, daß die bestätigten Pläne sich nicht immer als stabil und kohärent erweisen. In diesem Jahr zum Beispiel verfügten wir bis zum Ende des ersten Quartals nicht über aufeinander abgestimmte Kennziffern zu den Selbstkosten, zum Gewinn und zur Rentabilität.“<sup>31)</sup>

Besonders häufig sind Klagen über die anhaltende Praxis ständiger Planänderungen. Zwar proklamiert der Beschluß zum ‚Experiment‘ die Erweiterung der Rechte der Betriebe im Planungsprozeß. Die betrieblichen Planvorschläge, auf deren Basis die Materialanforderungen herausgehen, werden aber weiterhin durch die ‚bestätigenden‘ Instanzen, Plankomitees und Ministerien, geändert.

Im Beschluß vom Juli 1983 nimmt die Modifikation von Bestimmungen zur Bildung und Verausgabung der betrieblichen Produktionsentwicklungsfonds relativ breiten Raum ein. Hier zeigt sich übrigens deutlich, daß die beabsichtigte Erweiterung der wirtschaftlichen Selbständigkeit und Verantwortung der Betriebe nicht grundsätzlichen ‚ordnungspolitischen‘ Erwägungen, sondern pragmatischem Kalkül folgt. Erkannt ist das Erfordernis breiter und zügiger technischer Umrüstung der

<sup>30)</sup> W. S. Kydrjawzew, in: Voprosy Ekonomiki, 4 (1985), S. 107; S. Bogomolow, in: Planovoe Chozjajstvo, 1 (1985), S. 48 berichtet, daß ‚sein‘ Betrieb für 1984 außer den Plangrundkennziffern 40 weitere vorgegeben erhielt.

<sup>31)</sup> „Upor na novoju tehniku“, in: Ekonomičeskaja Gazeta, 18 (1985), S. 8; im gleichen Sinne u. a.: A. S. Osinzew, in: EKO, 8 (1984), S. 109—115; W. Kiritschenko, in: Planovoe Chozjajstvo, 4 (1985), S. 65.

Betriebe. Dazu sollen deren Eigenmittel und Reserven aktiviert werden. Dieser Ansatz gerät aber mit dem unverminderten Bestreben in Konflikt, den weitaus größten Teil der betrieblichen Nettowertschöpfung in den Staatshaushalt umzuleiten.

Die häufigste Kritik in diesem Zusammenhang macht den unzureichenden Umfang der Produktionsentwicklungsfonds geltend. So fließen beispielsweise in der Lebensmittelindustrie der ukrainischen Unionsrepublik, einem der Experimentbereiche, in diese betrieblichen Investitionsfonds nur 2,2% des Gewinns und 14,5% der Abschreibungen auf Generalreparaturen. Ihr Umfang erlaubt dementsprechend die Erneuerung der Anlagen erst nach 20 Jahren<sup>32)</sup>. Allerdings variieren diese Bedingungen in den verschiedenen Bereichen. Aus dem Sektor des Schwer- und Transportmaschinenbaus wird häufiger berichtet, daß die Produktionsentwicklungsfonds seit Beginn des Experiments bedeutend angewachsen seien.

Hier — wie auch in den übrigen Bereichen — stellen sich andere bzw. weitere Probleme. Zum einen können die vorhandenen Mittel schwer für beabsichtigte Umrüstungen verausgabt werden, weil nach wie vor Ministerien, das staatliche Plankomitee (Gosplan) und das Staatskomitee für materiell-technische Versorgung (Gossnab), über die Allokation der Ausrüstungsgüter verfügen und dabei vorrangig die Ansprüche aus ‚zentralisierten Investitionen‘ befriedigen. Zum anderen ergeben sich zusätzliche Schwierigkeiten, wenn die vorgesehenen Umrüstungen mit Bauarbeiten verbunden sind. Bauorganisationen übernehmen — abgesehen von ihrer allgemein ohnehin hohen Auslastung — derartige Aufträge höchst ungern, weil ihre Arbeit nach Kriterien bewertet wird, die bei Großprojekten leichter zu erfüllen sind.

Im Problembereich der betrieblichen Disposition über Arbeitskräfte, also deren Entlohnung und Gratifikation, konzentriert sich die Kritik auf drei Aspekte: Fortdauer überkommener Mängel, die das Experiment negiert, Dysfunktionalität einzelner Bestimmungen des Beschlusses vom Juli 1983 sowie Blockierung ihrer betrieblichen Anwendung durch vorgeordnete staatliche Organe.

<sup>32)</sup> N. Gerasimtschuk, in: Planovoe Chozjajstvo, 4 (1985), S. 69/70; desgl. u. a. *Ekonomičeskaja Gazeta*, 7 (1985), S. 6; W. W. Schalinow, in *EKO*, 12 (1984) (Rundtischgespräch), S. 47 u. 50 ff.

Ein Beispiel für den ersten Aspekt ist die verbreitete Klage darüber, daß es den Betriebsleitungen nach wie vor versagt ist, über Umfang und Struktur der Belegschaft eigenständig zu entscheiden. Sie verfügen somit nicht über einen wesentlichen Faktor der Effizienz der einzelwirtschaftlichen Prozesse. Darüber hinaus sind die ohnehin spärlichen Rechte, die das Experiment bezüglich der Bildung und Verwendung des Lohnfonds einräumt, zusätzlich beschnitten<sup>33)</sup>. Die Erweiterung der Möglichkeiten der Betriebe zur Gewährung von Prämien und Gehaltszuschlägen beziehen sich ganz überwiegend auf das sogenannte ‚ingenieur-technische Personal‘. Dabei bildet die Kritik der somit verbleibenden Restriktionen einer Prämierung der Arbeiter ein Beispiel für den zweiten, oben bezeichneten Aspekt<sup>34)</sup>.

Vielfältig ist die Kritik im Zusammenhang des dritten Aspekts, also der Blockierung betrieblicher Dispositionen über Arbeitskräfte durch vorgeordnete staatliche Organe. Sie richtet sich gegen die Praxis staatlicher Organe, die Nutzung der unter dem Experiment vorgesehenen Gratifikationsmöglichkeiten durch die Betriebe an Bedingungen zu binden, die im Beschluß vom Juli 1983 nicht vorgesehen sind. So schränkte z. B. das Ministerium für die elektrotechnische Industrie die generelle Maßregel, nach der bei 100%iger Erfüllung der Hauptkennziffer ‚realisierte Produktion gemäß Lieferverpflichtungen‘ der Prämierungsfonds um 15% erhöht wird, dahin gehend ein, daß nicht mehr als 60% dieses Zuwachses für Prämien verausgabt werden dürfen<sup>35)</sup>. Bezogen auf den gleichen Modus erließ das Finanzministerium eine Vorschrift, nach der die Erhöhung des Prämienfonds vom Vorhandensein außerplanmäßiger Gewinne abhängig gemacht wird<sup>36)</sup>.

Vergegenwärtigt man sich die ohnehin sehr beschränkte sachliche Reichweite der in dem Beschluß zum ‚Wirtschaftsexperiment im großen Maßstab‘ vorgesehenen Änderungen, so wecken die zusätzlichen Einschränkungen

<sup>33)</sup> Exemplarisch: *Ekonomičeskaja Gazeta*, 7 (1985), S. 6, Artikel „Čto pokazala praktika?“ (Was zeigt die Praxis?); der Verfasser ist Präsident des Planungskomitees der litauischen Unionsrepublik); Vologšin, in: *EKO* 7 (1984), S. 47.

<sup>34)</sup> Prawda vom 18. Mai 1985, Artikel „Prostor inicitiv“ (Freiraum der Initiativen).

<sup>35)</sup> Der Rest vermutlich für soziale und kulturelle Einrichtungen der Betriebe; G. Deschalj/W. Pak, in: *Planovoe Chozjajstvo*, 1 (1985), S. 45.

<sup>36)</sup> W. D. Sulin, in: *EKO*, 12 (1984), S. 55 (Rundtischgespräch).

der proklamierten Maßnahmen sowohl durch die Ausführungsbestimmungen wie vor allem in den Prozessen ihrer tatsächlichen Anwendung in der Praxis den Eindruck, daß sich an der verfestigten Gewohnheit der rigiden und umfassenden Reglementierung des betrieblichen Wirtschaftshandelns durch Ministerien und andere staatliche Organe so gut wie nichts geändert hat. Auch manche sowjetische Autoren bestätigen diese Vermutung, wenn auch zumeist in indirekter Form.

Völlig zu verallgemeinern ist diese Schlußfolgerung allerdings wohl nicht. Die komprimierte Wiedergabe sowjetischer Stimmen zum 1984 begonnenen Wirtschaftsexperiment konzentrierte sich bewußt auf Kritikaspekte. Die Zustimmungen und Erfolgsmeldungen sind zwar zu relativieren, können aber nicht als absolut unbegründet und unhaltbar negiert werden. Dabei ist u. a. zu berücksichtigen, daß die Art und Weise der Umsetzung

der Modalitäten des Beschlusses vom Juli 1983 nicht nur in den ins Experiment einbezogenen einzelnen Bereichen und Sektoren, sondern auch in den Betrieben unterschiedlich ist. Diese Differenz betrifft zum einen die Art der Anwendung der veränderten Planungs-, Steuerungs- und Bewertungsmaßregeln, sie ergibt sich zum anderen aber auch daraus, daß es von konkreten wirtschaftlichen, technischen, personellen etc. betrieblichen Bedingungen abhängt, in welchem Maße die — wie immer begrenzten — Neuerungen genutzt werden können. Sicher ist jedoch, daß die Erwartungen der Initiatoren des Experiments an seine Wirkungen hinsichtlich der Steigerung der Effizienz der einzelwirtschaftlichen Prozesse, der Beschleunigung des technischen Wandels und der Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse bei weitem nicht in dem Grad erfüllt werden, den die realen Anforderungen erheischen, mit denen die sowjetische Wirtschaft heute konfrontiert ist.

### III. Umriss einer modifizierten Wirtschaftsstrategie unter Gorbatschow

Die Funktionsschwächen und Leistungsmängel der sowjetischen Wirtschaft, welche Gorbatschow in seinen Reden benennt und deren Überwindung er fordert, sind die gleichen, wie sie als ständige Kritikpunkte in den Wirtschaftsteilen der Rechenschaftsberichte auf den KPdSU-Parteitagern seit 1961 aufgelistet werden:

— die technologische Entwicklung bleibt hinter dem Weltniveau und dem akuten Bedarf zurück;

— vor allem werden ihre Resultate mit viel zu großer Verspätung in die Produktionspraxis umgesetzt, so daß die Erzeugnisse einen unzureichenden technischen Standard aufweisen und ein großer Teil der Produktionsanlagen veraltet bzw. unbrauchbar ist;

— materielle Ressourcen aller Art werden vergeudet;

— die Nutzung der Anlagen sowie der Umlaufmittel der Betriebe ist ineffektiv;

— Arbeitsorganisation und -disziplin sind schlecht;

— die Qualifikation der Wirtschaftsleiter, des ingenieur-technischen Personals und auch das der Arbeiter muß erhöht werden;

— die Leitungsprozesse sind schwerfällig, bürokratisch, autoritär;

— es ist notwendig „... Organisiertheit und Disziplin zu erhöhen, den Arbeitsstil in grundlegender Art und Weise zu verbessern“<sup>37)</sup>, doch „offensichtlich erweist sich bei weitem noch nicht jeder Leiter psychologisch auf eine solche Wende vorbereitet. Vielen scheint es noch, daß weniger beraten und mehr kommandieren der leichtere und kürzere Weg zu einem bestimmten Ziel ist.“<sup>38)</sup>

Dem chronischen Charakter der genannten Funktionsmängel der Wirtschaft trägt Gorbatschow Rechnung, indem er konzediert, die nunmehr unaufschiebbaren Änderungen der Leitungsstruktur sowie der Planungs- und Regulierungsmethoden hätten schon früher erfolgen müssen: „Dank der aktiven Arbeit der Partei, die im Jahre 1983 begann, gelang es, die Arbeit vieler Glieder der Volkswirtschaft anzuheben und die Lage etwas zu verbessern. Jedoch sind die Schwierigkeiten bei weitem nicht überwunden...“<sup>39)</sup>. Das Urteil, daß sich

<sup>37)</sup> Rede vor dem ZK-Plenum am 23. April 1985, in: *Ekonomičeskaja Gazeta*, 17 (1985), S. 3.

<sup>38)</sup> Rede vor der ZK-Konferenz ‚Initiative, Organisiertheit, Effektivität‘ am 8. April 1985, in: *Ekonomičeskaja Gazeta*, 16 (1985), S. 3.

<sup>39)</sup> Rede vor dem ZK-Plenum am 23. April 1985 (siehe Anm. 37). In seiner Rede vor der ZK-Konferenz ‚Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts...‘ (Anm. 41) vom 11. Juni 1985

mit dem Experiment die Lage „etwas“ gebessert habe, deutet an, daß Gorbatschow die Ausweitung seiner Modalitäten auf die gesamte Industrie (und weitere Bereiche der Wirtschaft) nicht als zureichend erachtet. An späterer Stelle der gleichen Rede sagt er deutlicher: „Die Ergebnisse des... verwirklichten umfassenden Experiments mögen nicht schlecht sein. Aber völlig befriedigen können sie nicht. Es ist jene Grenze erreicht, wo es nötig ist, vom Experiment zur Errichtung eines ganzheitlichen Systems des Wirtschaftens und der Leitung überzugehen.“<sup>40)</sup>

Die neuen Formen und Methoden der Wirtschaftsplanung und -leitung sollen zwar die überkommenen Funktionsstörungen und Leistungsdefizite *allgemein* überwinden. Indessen hebt Gorbatschow zwei Aspekte in allen bisherigen Reden im Amte des Generalsekretärs des ZK der KPdSU besonders hervor.

Zum einen kommt der Beschleunigung des ‚wissenschaftlich-technischen Fortschritts‘ höchste Priorität zu. Die Bedeutung, die dieser Grundkomponente der Entwicklung des gesellschaftlichen Produktionspotentials zugemessen wird, zeigt sich u. a. daran, daß im ersten Halbjahr der Amtszeit Gorbatschows bereits zwei Konferenzen zu Problemen der Technologieförderung im ZK der KPdSU unter Beteiligung von Partei- und Staatsfunktionären, Wissenschaftlern und Wirtschaftspraktikern stattfanden<sup>41)</sup>.

Das zweite herausgehobene Ziel der postulierten Änderungen des ‚Wirtschaftsmechanismus‘ ist die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung mit Massenbedarfsgütern, Wohnraum und Dienstleistungen, vor allem auch in qualitativer Hinsicht. Der hohe Stellenwert, der der Überwindung dieser Engpässe erneut beigemessen wird, beruht wohl auf der Einsicht, daß diese in erheblichem Maße für die ‚subjektiven‘ Ursachen der geringen Wirksamkeit der Arbeitsprozesse verantwortlich sind, — für den häufigen Arbeitsplatzwechsel, die geringe Arbeitsmotivation, den sorglosen Umgang mit Produktionsmate-

rialien und Arbeitsmitteln, für geringe Leistungsorientierung, Alkoholismus, Disziplinlosigkeit, kurz: für die Absorption der psychischen und physischen Spannkraft der Arbeitenden zur Bewältigung permanenter Alltagsprobleme.

Die beabsichtigten Änderungen im sowjetischen Planungs- und Leitungssystem der Wirtschaft, die Gorbatschow in seinen Reden andeutet, sind — mit einer allerdings wesentlichen Ausnahme — nicht neu, und sie sind auch kaum einschneidender als ähnliche, früher proklamierte Änderungen. Während die Reformansätze seit 1965 jedoch entweder vornehmlich *eine* Ebene der ökonomischen Leitungshierarchie<sup>42)</sup> oder nur *eine* Komponente der Organisationsstruktur und der Lenkungsmethoden betrafen<sup>43)</sup>, zeichnet sich bei Gorbatschow ein mehrdimensionaler Ansatz ab. Die Notwendigkeit dazu begründet er explizit: „Uns steht bevor, sofort, gleichzeitig in viele Richtungen zu gehen, sonst bewegt sich die Sache nicht von der Stelle, ist die Beschleunigung unserer Bewegung nicht gewährleistet.“<sup>44)</sup>

Es sind vor allem drei Sphären der Wirtschaftsorganisation und des Wirtschaftshandelns, für die bestimmte Veränderungen angekündigt werden:

- die obere und mittlere Leitungsebene der Wirtschaft;
- die betriebliche Ebene;
- die Investitions- und Strukturpolitik.

Im ersten Bereich wird eine Neubestimmung der Funktionen der oberen (Gosplan, Staatskomitees) und der mittleren (Ministerien, Allunions-Industrievereinigungen) Instanzen angekündigt. Unter Berufung auf Lenin schlägt Gorbatschow die Umwandlung von Gosplan in ein „... wissenschaftlich-ökonomisches Organ, in dem bedeutende Gelehrte und führende Spezialisten konzentriert sind“<sup>45)</sup> vor. Das bedeutet, Gosplan soll die Grundlinien der Forschungsrichtungen, der technologischen Entwicklungsstrategie kon-

fixiert Gorbatschow den Zeitpunkt notwendiger Änderungen der Planungs- und Leistungsformen und -methoden auf Anfang der siebziger Jahre. Seine Erklärung des Unterbleibens rechtzeitiger Beschlüsse und ihrer Verwirklichung mit dem Hinweis auf die „Psychologie der wirtschaftlichen Tätigkeit“ fällt allerdings sehr schwach aus.

<sup>40)</sup> *Ekonomičeskaja Gazeta*, 17 (1985), S. 4.

<sup>41)</sup> Vgl. Anm. 38; ferner Rede vor der ZK-Konferenz „Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts...“ am 11. Juni 1985, in: *Ekonomičeskaja Gazeta*, 24 (1985), S. 3—5.

<sup>42)</sup> Das gilt — zwar nicht ausschließlich, aber schwerpunktmäßig — für die Beschlüsse von 1965 und 1983, die auf die betrieblichen Wirtschaftsprozesse konzentriert sind.

<sup>43)</sup> Das gilt für die Beschlüsse von 1973 (Bildung von Produktions- und Allunions-Industrievereinigungen) und 1979 (im Kern das System der Planungskennziffern und Normative sowie die darauf basierende Steuerung und Bewertung der einzelwirtschaftlichen Prozesse betreffend).

<sup>44)</sup> Rede in Dnjepropetrovsk am 26. Juni 1985, in: *Ekonomičeskaja Gazeta*, 27 (1985), S. 5—7, hier S. 6.

<sup>45)</sup> Rede am 11. Juni 1985 (Anm. 41), S. 4.

zipieren. Auf dieser Grundlage sollen die langfristigen (Perspektiv-)Pläne ausgearbeitet und die Planungsmethoden und -techniken verbessert werden. Gosplan soll jedoch die unmittelbaren Produktions- und Distributionsprozesse weder planen noch steuern<sup>46)</sup>.

Um eine solche revidierte Aufgabenbestimmung durchzusetzen, bedarf es jedoch nach den bisherigen Erfahrungen einer Vorbedingung, die soziale und politische Brisanz enthält, nämlich einer wesentlichen Reduktion des Personalbestands der Leitungsorgane. Während Gorbatschows Vorgänger vor dieser Konsequenz zurückschreckten, kündigte er solche Schritte zumindest an: „Es ist nötig, den Leitungsapparat in den Wirtschaftszweigen wesentlich zu verringern, seine überflüssigen Glieder freizusetzen.“<sup>47)</sup>

Der Reduktion der ökonomischen Entscheidungs- und Lenkungs Kompetenzen der oberen und mittleren Organe der Wirtschaftsleitung müßte die Erweiterung der Verfügungsrechte der Betriebe entsprechen. Sie wird von Gorbatschow auch deklariert, substantiell allerdings nicht wesentlich über formal schon geltende, allerdings nur sehr beschränkt realisierte Rechte hinaus konkretisiert. Gorbatschow spricht vielmehr zumeist allgemein von einer vorgesehenen „... bedeutenden Erweiterung der Selbständigkeit und Verantwortlichkeit der Produktionsvereinigungen und Betriebe...“<sup>48)</sup>, von der „... scharfen Verringerung der Anzahl der zentralisiert aufgestellten Plankennziffern“<sup>49)</sup> und versichert: „Wir haben die Aufgabe der Selbständigkeit (der Betriebe, H. C.) nicht gelöst, wenn der Direktor aus jedem Anlaß Dutzende von Zustimmungen einholen muß.. Es ist unmög-

lich, jede beliebige Frage zentral zu entscheiden.“<sup>50)</sup>

Im dritten Bereich der von Gorbatschow angekündigten Änderungen geht es im Kern darum, den an der Ausarbeitung, der produktionspraktischen Realisierung des technischen Fortschritts beteiligten Institutionen und Wirtschaftsbereichen eindeutige Priorität in der staatlichen Investitions- und Strukturpolitik zu sichern: „Nötig ist ein revolutionärer Umschwung, der Übergang zu prinzipiell neuen technologischen Systemen, zur Technik der letzten Generation, die die höchste Effizienz gewährt. Im wesentlichen ist die Rede von der Umrüstung aller Zweige der Volkswirtschaft auf der Grundlage der heutigen Errungenschaften von Wissenschaft und Technik.“<sup>51)</sup>

Die Hinweise, die Gorbatschow in seinen bisherigen Reden im Amte des Generalsekretärs des ZK der KPdSU auf beabsichtigte weitere Modifikationen des Planungs- und Leitungssystems der sowjetischen Wirtschaft gibt, sind in bezug auf wesentliche Bedingungen und Modalitäten zu unbestimmt, um ihre Wirksamkeit prognostizieren zu können. Generell wäre jedoch in einer Ergänzung der im Beschluß vom Juli 1983 vorgesehenen Ansätze zur — allerdings bescheidenen — Erweiterung des betrieblichen Dispositionsbereichs durch institutionelle sowie kompetenz- und funktionsmäßige Änderungen im Bereich der vorgeordneten Leitungsinstanzen sowie durch eine prioritätzentrierte Ausrichtung und Straffung der Wirtschaftsstrategie der Partei- und Staatsführung eine gewisse Chance für graduelle Funktions- und Leistungsverbesserungen zu vermuten.

#### IV. Vom Experiment zum neuen System des Wirtschaftens

Unter der Überschrift „Vom Experiment zum neuen System des Wirtschaftens“ wird in der „*Ekonomičeskaja Gazeta*“ (Nr. 35/85) ein Beschluß kommentiert, den das ZK der KPdSU

und der Ministerrat der UdSSR am 12. Juli 1985 unter der Überschrift „Über die weite Verbreitung neuer Methoden des Wirtschaftens und die Stärkung ihrer Wirkung auf die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“ faßten<sup>52)</sup>. Dieser Beschluß verkündet ein Bündel weiterer Änderungen des bestehenden Wirtschaftsmechanismus, die vor allem die Maßregeln des Beschlusses vom Juli 1983 erweitern, präzisieren, modifi-

<sup>46)</sup> Z. B.: „Zu hoffen, Gosplan könnte alle Verbindungsstränge in den Wechselbeziehungen zwischen den Branchen ausarbeiten und die optimale Variante auswählen, heißt, einer Illusion zu unterliegen.“ Rede vom 11. Juni 1985 (Anm. 41).

<sup>47)</sup> Rede vom 11. Juni 1985 (Anm. 41); das gleiche postuliert Gorbatschow in den Reden vom 23. April 1985 (Anm. 37) (Leningrad), S. 4, und vom 26. Juni 1985 (Anm. 46), S. 6.

<sup>48)</sup> Rede vom 26. Juni 1985 (Anm. 44), S. 6.

<sup>49)</sup> Rede vom 11. Juni 1985 (Anm. 41), S. 4.

<sup>50)</sup> Rede vom 8. April 1985 (Anm. 38), S. 3.

<sup>51)</sup> Rede vom 23. April 1985 (Anm. 37), S. 4.

<sup>52)</sup> Text in einer Beilage zu: *Ekonomičeskaja Gazeta*, 32 (1985).

zieren oder auch nur bekräftigen. In der Präambel wird die *Konzeption* des „Experiments im großen Maßstab“ nicht explizit kritisiert, die *Umsetzung* jedoch nach Aufzählung einiger positiver Resultate als im ganzen unzureichend bewertet: „Der Wirtschaftsmechanismus wirkt noch nicht in der erforderlichen Weise auf die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, auf die Erhöhung der Erzeugung hochqualitativer Produkte, die den heutigen wissenschaftlich-technischen Errungenschaften entsprechen. Die Betriebe tragen nicht die notwendige ökonomische Verantwortung für die Erzeugung moralisch veralteter Produkte.“<sup>53)</sup> Ist der frühere Beschluß allgemein auf die Erhöhung der Wirksamkeit der ökonomischen Prozesse, vor allem auf einzelwirtschaftlicher Ebene, ausgerichtet, so wird in dem jüngeren ein engerer prioritärer Zweck angegeben: „... Stärkung des Einflusses des Wirtschaftsmechanismus auf die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, auf die Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse (und) auf die Schaffung wirklicher Interessiertheit der Arbeitskollektive daran...“. Der Beschluß von 1983 faßte die vorgesehenen Teiländerungen im Bereich der Wirtschaftsplanung, -leitung und -organisation in zehn Punkten zusammen, der neue beansprucht dafür 35<sup>54)</sup>, was auf die differenziertere und konkretere Beschreibung der verkündeten Maßnahmen verweist. Diese drücken deutlich jene Kritik der zwei Jahre zuvor beschlossenen Regelungen aus, die, vor allem seitens der Wirtschaftspraktiker, in der Tages- und Fachpresse ebenso wie auch in den beiden genannten ZK-Konferenzen dieses Jahres zu Fragen des technischen Fortschritts laut wurde.

Die nunmehr beschlossenen Änderungen treten am 1. Januar 1986 in Kraft — nicht in der gesamten Wirtschaft, jedoch in einem breiten Bereich als dem derzeitigen Erprobungsfeld des „Experiments“<sup>55)</sup>. Die Implementierung soll am 1. Januar 1987 bereits abgeschlossen sein<sup>56)</sup>. Die vorgesehenen Maßnahmen können hier nicht im einzelnen referiert werden; im Zusammenhang der intendierten Problemskizze genügen jedoch eine allgemeine Charakterisierung und eine knappe Bewertung der Erfolgchancen.

<sup>53)</sup> Ebenda, S. 1 der Beilage.

<sup>54)</sup> Der Text des Ergänzungsbeschlusses ist nicht in der gleichen Relation umfangreicher, weil die 35 Punkte knapper als die Mehrzahl der 10 Punkte des Beschlusses von 1983 sind.

<sup>55)</sup> Punkt 29 des Beschlusses vom Juli 1985.

<sup>56)</sup> Punkt 31 des Beschlusses vom Juli 1985.

Die beschlossenen „neuen Methoden des Wirtschaftens“ spiegeln die bereits bezeichneten Dilemmata der sowjetischen Wirtschaft<sup>57)</sup> wider: die Widersprüche sowohl zwischen gesamt- und einzelwirtschaftlichen wie auch zwischen natural- und formalwirtschaftlichen (wirtschaftsrechnerischen) Ziel- und Handlungsparametern. Die im Punkt 2 des neuen Beschlusses bekräftigte<sup>58)</sup> Verpflichtung von Gosplan und Ministerien, Kennziffern der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu Bestandteilen aller Gliederungen des Staatsplanes zu machen und sie auf den Übergang zu prinzipiell neuer Technik auszurichten, trägt der Stellung der Betriebe innerhalb der Gesamtwirtschaft als ausführende, abhängige, nur sehr beschränkt entscheidungs- und aneignungsmächtige soziale Teilgebilde Rechnung. Sie entwickeln auf dieser Basis kein originäres und nachhaltiges Eigeninteresse an kontinuierlicher Erhöhung des technischen und ökonomischen Wirkungsgrades der Produktionstätigkeit und bedürfen dazu der Anleitung ‚von außerhalb‘. Werden dabei, wie im Beschluß vom Juli 1985 vorgesehen, Gratifikationen gewährt und ist die ‚Anleitung‘ (durch Planaufgaben) sachlich fundiert, konkret, konsistent mit anderen Aufgaben, für den Betrieb realisierbar, so mag sie bestimmte Erfolge zeitigen. Diese müssen jedoch hinter Maß und Tempo technischer Innovationen bei genuinem Eigeninteresse der einzelwirtschaftlichen Entscheidungsträger und Weisungsmächtigen schon deshalb zurückbleiben, weil die administrativ vorgegebenen Parameter kaum dem je fortgeschrittensten Stand entsprechen können und weil sich die Betriebe

<sup>57)</sup> Nach meiner Überzeugung geht es hierbei um das strukturelle Kernproblem nicht nur der sowjetischen, sondern im Prinzip jeder sozialistischen Wirtschaftsordnung. Häufig wird seine Lösung in der Verlagerung des Entscheidungsprimats von den gesamtwirtschaftlichen auf die einzelwirtschaftlichen Agenturen gesucht. Unabhängig von der Wünschbarkeit und den Erfolgsaussichten dieser Lösung, sollte man nicht verkennen, daß sie in ideen- und sozialgeschichtlicher Sicht originär sozialistische Projekte der Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen in der Sphäre der materiellen Produktion, Distribution und Reproduktion negiert oder aber transzendiert.

<sup>58)</sup> Es handelt sich hierbei nicht um eine neue Vorschrift. Sie gilt seit 35 Jahren, wird aber wegen der Schwierigkeit, vielfältige und nach den jeweiligen konkreten Bedingungen zu differenzierende technische Lösungen in Kennziffern umzusetzen und so in aggregierte Wirtschaftspläne aufzunehmen, nur in allgemeiner und mithin wenig verbindlicher Form praktiziert. Vgl. dazu: *J. S. Berliner, The Innovation Decision in Soviet Industry, Cambridge/Mass.-London 1976, hier: S. 44.*



am Minimalkriterium für Aufgabenerfüllung orientieren werden.

Dem vorrangigen Ziel der Erhöhung des technischen Niveaus und damit der ökonomischen Effizienz der Produktionsprozesse dient die im Beschluß vom Juli 1985 postulierte breite und rasche Umrüstung der betrieblichen Anlagen. Das Konzept geht dabei von der erfahrungsbegründeten Erkenntnis aus, daß es dazu der Eigeninitiative der Betriebsleitungen und der Aktivierung der betrieblichen Eigenmittel bedarf.

In der somit erforderlichen Erweiterung der Entscheidungs- und Dispositionsbefugnisse der Betriebe geht der Ergänzungsbeschluß über die Normierungen des „Experiments“ hinaus. Dabei werden Ansätze einer potentiellen Umkehrung des Dominanzverhältnisses zwischen Ministerien und Betrieben deutlich. Nach Punkt 12 des neuen Beschlusses *erstellen und bestätigen* die Betriebe die Pläne zur technischen Umrüstung aus eigenen („nichtzentralisierten“) Fonds. Die Bestätigung (Billigung) blieb noch im Beschluß vom Juli 1983 den Ministerien vorbehalten. Mit der weiteren Bestimmung, daß die Ministerien die geplanten Investitionen der Betriebe als zentralisierte zu behandeln haben, ihren Umfang aggregieren, im stofflichen Ausdruck spezifizieren und so an Gosplan, Gossnab und andere zentrale Instanzen zur Einbeziehung in die Produktions-, Finanz- (in bezug auf Kredite) und Verteilungspläne weiterleiten, zeichnet sich der Möglichkeit nach eine partielle Umkehrung des tradierten Weges der Entscheidungen, Informationen und Weisungen von oben nach unten ab. Die im Punkt 13 deklarierte Selbständigkeit der Betriebe bei der Erstellung und Bestätigung der technischen Projektierung und Dokumentation sowie der Kostenvoranschläge der geplanten Umrüstungsmaßnahmen wird allerdings an relativ bescheidene Volumina gebunden<sup>59)</sup>. Ob die Klausel im Punkt 9 des neuen Beschlusses, nach der die Betriebsleitungen über die Nutzung der Mittel des Produktionsentwicklungsfonds und der ergänzenden Kredite *mit Billigung der Arbeitskollektive* entscheiden, eine über auch in früheren Normativakten enthaltene, real kaum relevante For-

mel hinausweisende Absicht zu einem Schritt wirklicher Mitbestimmung der Beschäftigten indiziert, muß die künftige Praxis erweisen.

Das gilt natürlich für die im Ergänzungsbeschluß vorgesehenen Regelungen überhaupt, insbesondere für jene, die die überragenden Entscheidungs- und Weisungsvorrechte der oberen Instanzen der administrativen Hierarchie zugunsten erweiterter betrieblicher Dispositionsräume einschränken. Die seit der frühen Stalin-Ära in der UdSSR fest etablierte Praxis, Divergenzen innerhalb der Machtelite über richtungsweisende Entscheidungen nicht offen und öffentlich, allenfalls in verdeckter, auf Chiffren reduzierter Form auszutragen, ist bis heute so gut wie ungebrochen. Trotzdem offenbart die Lektüre z. B. der *Prawda* in jüngerer Zeit deutlich, daß der mit der Person des neuen Generalsekretärs des ZK der KPdSU identifizierte, bislang substantiell eher vorsichtige wirtschaftliche Reformkurs auf Widerstand stößt<sup>60)</sup>. Die Demission Tichonows vom Amte des Vorsitzenden des Ministerrates zeigt einmal mehr die Entschlossenheit der politisch, konzeptionell und persönlich mit Gorbatschow verbundenen Gruppierung, sich für die sachlichen und personellen Entscheidungen des 27. Parteitags im Februar 1986 zu wappnen, um dort Mehrheiten zu erringen. Allerdings sind diese, wie das erfolgreiche Konterkarieren der bürokratischen Instanzen nach 1965 belegt, nur notwendige, nicht schon zureichende Bedingung für die Durchsetzung eines dann möglicherweise tiefergreifenden Reformkurses.

Die vielfältigen Modalitäten der Stimulierung des Entscheidens und Handelns der Betriebs-

<sup>60)</sup> Die Austragung solcher Divergenzen bleibt auch heute i. d. R. insoweit verdeckt, als sie nur selten in polemischer, direkt auf jeweilige Gegenpositionen bezogener Form erfolgt. Vielmehr werden eigene Konzeptionen und Argumentationen entwickelt, die der Sache nach unverkennbar und zuweilen eklatant im Gegensatz zu anderen stehen. Ein jüngeres, beliebiges Beispiel dafür sind die *Prawda*-Artikel „*Ekonomičeskij stroj socializma*“ (Die ökonomische Struktur des Sozialismus, *Prawda* vom 2. August 1985, S. 2 u. 3) und „*Saġi v zavtra*“ (Schritte ins Morgen, *Prawda* vom 20. August 1985, S. 2). Im ersten wird die Autorität von Friedrich Engels zur Begründung einer sachlich unreflektierten, reformkritischen Position mißbraucht, im zweiten werden auf der Grundlage der Praxiserfahrungen des Verfassers — er ist Direktor einer Kugellagerfabrik — die im Beschluß vom Juli 1985 vorgesehenen Neuerungen als überfällig und als Ansätze zu notwendigen weiterreichenden Änderungen im Planungs- und Leitungssystem interpretiert.

<sup>59)</sup> Im Bereich der Schwerindustrie bis zu Vorhaben in Höhe von 4 Mill. Rubel, in der übrigen Industrie bis zu 2,5 Mill. Rubel. Diese Grenzen überschreitende Projekte müssen den zuständigen Ministerien zur Begutachtung (rassmatrivat) vorgelegt werden. Weder dieser Terminus noch der weitere Text machen deutlich, wo in diesen Fällen die Entscheidungskompetenz letztlich liegt.

kollektive in Richtung der Prioritäten der Wirtschaftsstrategie der Partei- und Staatsführung, die der Beschluß vom Juli 1985 vorsieht, werden hier übergangen, da sie die im Bereich des Experiments geltenden Regelungen nur graduell modifizieren. Nicht mehr als angedeutet seien dagegen noch drei Bestimmungen, deren Realisierung zum Ansatz weiterreichender Entwicklungen werden könnte: Die Punkte 10 und 11 enthalten Möglichkeiten zu einer gewissen ‚Verflüssigung‘ der betrieblichen Anlagemittel, die nicht mehr kurzfristig verausgabt werden müssen, sondern mit Verzinsung bei Banken angespart und von diesen weiterverliehen werden können. Diese Regelung ist zu bescheiden, um den Begriff ‚Kapitalmarkt‘ zu bemühen, sie verweist aber in diese Richtung.

Nach Punkt 17 soll ab 1987 die ‚materiell-technische Versorgung‘ der Betriebe zum Zwecke technischer Umrüstungen unmittelbar durch die unteren, territorialen Gosstab-Organen erfolgen. Die oberen Gosstab-Instanzen werden zwar noch in die Planungs-, nicht aber in die Verteilungsprozesse einbezogen. Dieser Modus könnte als erster Schritt zu dem oft geforderten, auch von *Gorbatschow* befürworteten Übergang zum Großhandel mit Produktionsgütern fungieren<sup>61)</sup>. Die gleiche Priorität, die technische Umrüstungsmaßnahmen bei der Zuteilung der entsprechenden Ressourcen und Baukapazitäten genießen sollen, wird in den Punkten 14–16 den aus den betrieblichen Wohnungsbau-, Kultur- und Sozialfonds zu finanzierenden (vor allem Bau-) Vorhaben eingeräumt. Wenn auch nur in Form weiterer ‚Syndikalisierung‘, könnte sich damit die Tendenz zur ‚Entstaatlichung‘ der Bereiche des Wohnungsbaus sowie der sozialen und kulturellen Einrichtungen und Dienste verstärken.

Der Beschluß vom Juli 1985 wurde unter dem Aspekt von Möglichkeiten der Erweiterung des 1983 eröffneten Reformansatzes interpretiert. Daß deren Verwirklichung von realen

politischen, wirtschaftlichen, sozialen und personalen Bedingungen abhängt, wurde mehrfach betont. Es sei jedoch auch noch auf die Grenzen verwiesen, die in der Konzeption des Ergänzungsbeschlusses selbst angelegt sind. Sie resultieren allgemein aus der Ambivalenz des Systems der indirekten Zentralisierung der Planentscheidungen und Leitungsprozeduren. In der selektiven und verkürzten Darstellung der Bestimmungen des Beschlusses vom Juli 1985 kam nicht zureichend zum Ausdruck, daß auch hier die in der Nach-*Breschnew*-Ära häufig proklamierte Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit der Betriebe nur beschränkt intendiert und schon konzeptionell (erfahrungsgemäß in der Umsetzungspraxis verstärkt) an eine Vielzahl von Reglementierungen durch Instrumente indirekter Zentralisierung gebunden bleibt. Sachliche Erwägungen sprechen jedoch dafür (was empirische Erfahrungen bestätigen), daß die erhofften Wirkungen in Richtung betrieblicher Eigeninitiativen zu technischen Umrüstungen, zur Senkung des Ressourcenverbrauchs, Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse etc. ein real erweitertes Maß betrieblicher Entscheidungs- und Dispositionsfreiheit, mithin den Übergang von der indirekten Zentralisierung zur — zumindest partiellen — Dezentralisierung der Planentscheidungen und der Verfügung über die einzelwirtschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse erfordern.

Daß dieser Schritt unter den historischen, aktuell-entwicklungsspezifischen, gesellschaftlichen u. a. Bedingungen der UdSSR in mehrfacher Weise risikobeladen ist, sollte nicht verkannt werden. Nicht zuletzt aus der Antizipation möglicher Gefahren resultieren das Zögern und die Inkonsequenz der Reformstrategie der politischen Führung. In einer Phase des forcierten Wettübens und der Verschärfung der Spannungen zwischen den rivalisierenden Großmächten wird die Risikobereitschaft für innere ökonomische Struktur-reformen mit ihren sozialen und politischen Implikationen und Konsequenzen, womöglich nicht allein seitens der Machtelite und ungeachtet des Drucks, der von der wachsenden Überforderung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft ausgeht, begrenzt bleiben.

<sup>61)</sup> Der Übergang zum Großhandel mit Produktionsgütern wurde allerdings von *Breschnew* bereits auf dem 24. Parteitag der KPdSU im Jahre 1971 angekündigt.

# Soziale Statik und Dynamik in der DDR

## Zum Leistungsverhalten von Industriearbeiterschaft und wissenschaftlich-technischer Intelligenz

### Vorbemerkung

Daß Arbeitsmoral und engagiertes Arbeitsverhalten, d. h. das Streben nach Leistung, in den sowjetisch verfaßten Gesellschaften bei nahezu allen Beschäftigtengruppen chronisch defizitär ausgeprägt sind, ist in der westlichen Literatur weitgehend bekannt und oft thematisiert worden. Arbeitszeiten, kontinuierliche disziplinierte Anstrengung, eigenständiges Interesse an der wirtschaftlichen und technologischen Rationalität der Arbeitsprozesse und nicht zuletzt die Qualität der Arbeitsergebnisse selbst scheinen im Bewußtsein namhafter Teile von Arbeiterschaft und wissen-

schaftlich-technischer Intelligenz nicht jenen Stellenwert zu besitzen, wie dies nach Ansicht von politischen Entscheidungsträgern und Fachleuten wünschenswert wäre. Zumindest halten sie einem Vergleich mit entwickelten westlichen Maßstäben nicht stand. Die kritischen Einlassungen des Nowosibirsker Papiers, das unlängst im Westen bekannt wurde, mögen hierfür ein markantes, im Aussagegehalt gleichwohl typisches Beispiel bilden<sup>1)</sup>. Ähnliche Dilemmata von Leistung und Leistungsverhalten lassen sich auch für die DDR aufzeigen.

### I. Das Problem des Leistungsverhaltens

Was ist unter Leistungsverhalten im engeren, soziologischen Sinne zu verstehen? Die Begriffsbestimmungen der DDR-Sozialwissenschaftler sind zwar nicht einheitlich, doch läßt sich zusammengefaßt folgende grundsätzliche Sichtweise erkennen<sup>2)</sup>: Danach sind Leistung und Leistungsverhalten eine bestimmte Form der Arbeitsaktivität, die durch besondere Anstrengung über das Normalmaß hinausreicht und die aus eigenem Antrieb Initiativen und Verhaltensformen entwickelt, die eine sachgerechte Erfüllung der Arbeitsanforderungen wie gesellschaftlicher Erfordernisse sicherstellt.

Wenn wir den Ergebnissen soziologischer Untersuchungen folgen wollen, dann ist gegenwärtig etwa ein Drittel der untersuchten Werktätigen dieser ‚Leistungsgruppe‘ zuzurechnen, während etwa ein weiteres Drittel in seinem Verhalten nicht nur negativ abweicht, sondern auch unterdurchschnittliche Ergebnisse erzielt. Die Restgruppe setzt sich aus Beschäftigten zusammen, die nicht eindeutig zu kennzeichnen sind, deren Leistungen und Arbeitsverhalten aber „überwiegend auf einem hohen Niveau“ liegen<sup>3)</sup>.

Entscheidend ist freilich in diesem Zusammenhang nicht so sehr die Frage nach den genauen empirischen Proportionen bestimmter Verhaltensmerkmale, die immer nur anhand ausgewählter Einzeluntersuchungen und mehr oder weniger willkürlicher Merkmalskataloge vorgetragen werden. Wesentlich ist vielmehr die qualitative Tatsache einer bestimmten (auch empirisch erkennbaren)

<sup>1)</sup> Vgl. die deutsche Übersetzung dieses Diskussionsbeitrags von T. Saslawskaja, in: Osteuropa, 34 (1984) 1, S. A 1 ff.

<sup>2)</sup> Vgl. M. Baumgarten, Die Herausbildung des Begriffs Leistungsverhalten im Projekt WiTAL, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR (im folgenden zitiert also: Sid), 19 (1983) 5, S. 9 ff. u. S. 15.

Gekürzte Fassung eines Beitrages zum III. Weltkongreß für Sowjet- und Osteuropastudien in Washington, D. C., vom 30. Oktober bis 3. November 1985.

<sup>3)</sup> A. Naumann, Zu einigen Problemen der Untersuchung von Leistungsverhalten verschiedener sozialer Gruppen, in: Sid, 19 (1983) 3, S. 23; ganz ähnlich auch in: Wie steht es um Leistungsstreben, Initiative und Schöpferium (Autorenkollektiv), Berlin (Ost) 1979, S. 145 ff.

*Abstufung von Arbeitsmotivationen und sozialtypischer Charakteristika des Arbeitsverhaltens.* Denn das Leistungsverhalten drückt sich ja nur zum Teil und nur äußerlich in der Erfüllung von Pflichten und in meßbaren Verhaltenskriterien aus. *Leistung hat etwas mit subjektiven Antrieben, mit bestimmten, in der Person verankerten emotionalen und verstandesmäßigen Fertigkeiten zu tun.*

Solche leistungszentrierten Persönlichkeitsprofile werden über systemisch wirksame Verhaltenssteuerungen im Sozialisationsprozeß einerseits eingeübt, andererseits über äußerliche Verhaltensanforderungen fortlaufend erzwungen und reproduziert. Für realsozialistische Gesellschaften, die über *systemisch verankerte Leistungszwänge* wie etwa Markt- und Konkurrenzmechanismen nicht oder nur unzureichend verfügen, stellt sich damit ein entscheidendes Problem.

So formulierte der Chefsoziologe der DDR, Rudi Weidig, Anfang der achtziger Jahre in einem forschungsprogrammatischen Beitrag, daß man offenkundig wesentlich „leichter“ und „schneller“ die für „den Kapitalismus typischen Triebkräfte für effektive Arbeit ... beseitigen (könne), als neue, dem Sozialismus entsprechende Triebkräfte voll wirksam werden zu lassen“. Offensichtlich, so Weidig, „handelt es sich bei der Herausbildung der dem Sozialismus entsprechenden Antriebe oder Triebkräfte zur effektiven Arbeit um einen langen historischen Prozeß“<sup>4)</sup>. Und ganz ähnlich argumentierte unlängst in einer Studie über das Leistungsverhalten der DDR-Soziologe Frank Adler, der darauf hinwies, daß das Maß materieller und sonstiger Bedürfnisbefriedigung zukünftig in deutliche Relation zur individuellen Arbeitsleistung gebracht werden müßte. Geschähe dies nicht, dann erhöhe „sich die Wahrscheinlichkeit, daß zwar ‚alte‘ Leistungsantriebe negiert werden, aber neue nicht in der erforderlichen Intensität an ihre Stelle treten, ... daß ‚allgemeinmenschliche Schwächen‘ — die ja mit der Aufhebung kapitalistischer Ausbeutung nicht aus der Welt geschafft sind —, wie Trägheit, Konservatismus, einen sozialen Nährboden erhalten“<sup>5)</sup>.

<sup>4)</sup> R. Weidig, Intensiv erweiterte Reproduktion — Entwicklung sozialer Strukturen — Bedürfnisse und gesellschaftliche Aktivität, in: *Sid*, 17 (1981) 3, S. 10.

<sup>5)</sup> F. Adler, Zu einigen Zusammenhängen zwischen Leistungsprinzip, Leistungsverhalten und Persönlichkeitsentwicklung, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* 1985, Berlin (Ost) 1985, S. 66f.

Diese allgemeine Verhaltensproblematik ist aufs engste verknüpft mit jenen wirtschafts- politischen Weichenstellungen, die die SED auf ihrem X. Parteitag im Rahmen der Wirtschaftsstrategie der achtziger Jahre getroffen hat. Die hierbei intendierte Anpassung der DDR-Ökonomie an *qualitative Faktoren des Wirtschaftswachstums*<sup>6)</sup> (Beherrschung des Zeitfaktors, soziale und ökonomische Innovationsfähigkeit, komplexe Vernetzung von wissenschaftlich-technischen und Produktionsressourcen etc.) ist wesentlich darauf angelegt, zu jenen fortgeschrittenen Standards der kapitalistischen Technologie- und Weltmarktentwicklung aufzuschließen, die der DDR wie den anderen real-sozialistischen Ökonomien davonzueilen drohen.

Die sozial-ökonomischen Zusammenhänge, um die es hierbei geht, lassen sich im Lichte des Problemverständnisses der DDR-Sozialwissenschaftler mit folgenden drei zentralen Gedankengängen umreißen:

— Weltweit und daher auch für die DDR unumgänglich hat sich eine in Rhythmus, Breitenwirkung und Gehalt *qualitativ veränderte Entwicklungsphase des wissenschaftlich-technischen Fortschritts vollzogen*. Neue Basistechnologien, insbesondere die von der Mikroelektronik ausgehenden Impulse für die progressive Automatisierung von Tätigkeiten innerhalb der produzierenden wie der nicht-produzierenden Sphäre, bewirken nicht nur tiefe Einschnitte in überkommene Arbeitsinhalte und Arbeitsbedingungen, sie verändern auch das Profil der Arbeitsanforderungen<sup>7)</sup>.

— Die neuen Technostrukturen wirken in sozialer Hinsicht nicht gleichförmig, sondern berühren verschiedenen soziale Gruppen innerhalb der werktätigen Bevölkerung auf höchst unterschiedliche und widersprüchliche Weise. Einen außerordentlichen Stellenwert nimmt die Effektivität von Wissenschaft und Technik ein. Die *„Effizienz der geistigen*

<sup>6)</sup> Vgl. als fachwissenschaftliche Stellungnahme der letzten Zeit S. Wenzel, Fragen der umfassenden Intensivierung in Auswertung der 9. Tagung des Zentralkomitees der SED, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 33 (1985), S. 801ff.; allgemein vgl. *Grundfragen der sozialistischen Reproduktionstheorie* (Autorenkollektiv), Berlin (Ost) 1982, hier insbes. Kapitel 2.

<sup>7)</sup> Vgl. W. Hübner/W. Marschall/K. Steinitz, Mikroelektronik. Herausbildung eines neuen Techniktyps und umfassende Intensivierung, in: *Wirtschaftswissenschaft*, 32 (1984), S. 984 et passim, sowie K. Steinitz/J. Wahse, Wirkungen der Mikroelektronik auf die Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* 1983, Berlin (Ost) 1983, S. 81ff.

Arbeit" wird zum Kriterium zukünftigen sozialen Fortschritts und materiellen Reichtums und dementsprechend wächst auch die Bedeutung bestimmter Teile der Intelligenz und ihrer Leistungen in den „Spitzenbereichen des Innovationsprozesses“<sup>8)</sup>.

— Überkommene soziale Verhaltensweisen und Einstellungen innerhalb wie außerhalb der Arbeitssphäre, die sich bislang mit relativer Kontinuität und Stabilität bis zum Ende der siebziger Jahre entwickelt oder erhalten haben, sind in entscheidenden Aspekten mit den neuen technostrukturellen Herausforderungen unvereinbar. Es geht daher aktuell wie zukünftig um einen sozio-kulturellen Substitutionsprozeß. An die Stelle eines — wenn wir so wollen — ‚extensiven‘ Sozialcharakters, der im negativen Verhaltensspektrum durch „Gleichgültigkeit gegenüber gesellschaftlichen Anforderungen“<sup>9)</sup> oder etwa durch „Bequemlichkeit in der Arbeit, Mangel an Risikobereitschaft und Selbstgenügsamkeit“<sup>10)</sup> gekennzeichnet ist, muß ein neuer ‚intensiver‘ Sozialcharakter treten, für den Leistung, innovative Dynamik und soziale Flexibilität typisch sind.

Woraus erklären sich jene sozialen Charakteristika und woraus die Dimensionen ihres Wandels? Zur ansatzweisen Beantwortung dieser Frage scheint es sinnvoll zu sein, im weiteren zwischen zwei unterscheidbaren äußeren Einflußfaktoren des sozialen Verhaltens im allgemeinen und des Leistungsverhaltens im besonderen zu differenzieren.

## II. Die soziale Typik der Arbeit — der Einfluß der Systemstrukturen

Mit der globalen Kategorie der gesellschaftlichen Umwelt oder der Verhältnisse ließen sich die Einflüsse auf sozial typisches Verhalten freilich kaum präzisieren. Sie wäre zu breit angelegt. Es liegt vielmehr nahe, nur jene Aspekte der gesellschaftlichen Verhältnisse für unsere Zwecke in Betracht zu ziehen, die einen *dauerhaften* und zugleich *umfassenden*, d. h. für die Mehrheit der Gesell-

<sup>8)</sup> M. Lötsch, Zur Triebkraftfunktion sozialer Unterschiede, in: *Sid*, 17 (1981) 3, S. 16 (Hervorhebung, F. K.), und ders., Sozialstruktur und Triebkräfte, in: *Sid*, 20 (1984) 3, S. 10.

<sup>9)</sup> P. Kroh, Bewußtheit und Gewohnheit als Probleme der sozialistischen Lebensweise, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 31 (1983) 6, S. 714.

<sup>10)</sup> J. Kunze/H. Schneider, Ökonomische Strategie und gewerkschaftliche Interessenvertretung, in: *Einheit*, 38 (1983) 9, S. 824.

Zum einen geht es um Einflüsse, die aus der Spezifik der gesellschaftlichen Verhältnisse resultieren, zum anderen um solche, die mit den sich verändernden technischen und technologischen Bedingungen des Wirtschaftsgeschehens im Zusammenhang stehen. Für diese Unterscheidung lassen sich begriffsgeschichtliche Gründe ins Feld führen — man denke an die Unterscheidung zwischen praktischer und instrumenteller Vernunft, zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften oder die Begriffe der formalen und materialen Rationalität bei Max Weber<sup>11)</sup> —, vor allem jedoch scheint sie analytisch zweckmäßig zu sein. Ohne strengere begriffliche Differenzierung genügt an dieser Stelle der Hinweis, daß beide Einflußdimensionen soziales Verhalten auf *qualitativ unterschiedliche Weise* regulieren. Gesellschaftliche Verhältnisse basieren wesentlich auf Strukturen von Herrschaft und sozialer Akzeptanz; Technostrukturen wirken hingegen auf soziales Verhalten vor allem dadurch, daß sie eine bestimmte Relation zwischen Menschen und den Mitteln ihres Wirtschaftens herstellen.

Im weiteren soll nun zunächst versucht werden, die Zusammenhänge zwischen Verhaltenstypik und gesellschaftlichen Verhältnissen zu erhellen. Die hier gewonnenen Befunde sollen dann in einem zweiten Schritt mit jenen sozialen Wirkungen und Bedingungen konfrontiert werden, die aus der Dimension der Technostrukturen hervorgehen.

schaftsmitglieder erfahrbaren Einfluß ausüben. Diese Rolle spielen offenkundig nur diejenigen Verhältnisse, die für den *Bestand* der sowjetisch verfaßten Gesellschaften *konstitutiv* sind, ohne deren Vorhandensein es keine allgemeinen Unterscheidungsmerkmale zwischen diesen und anderen Typen von Gesellschaft — etwa den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften — gäbe. Solche bestandwichtigen Verhältnisse können als *Systemstrukturen*<sup>12)</sup> bezeichnet werden. Zu ihnen gehören:

<sup>11)</sup> Vgl. W. Leiss, Technology and Instrumental Rationality in Capitalism and Socialism, in: F. J. Fleuron, Jr. (Ed.), *Communist Culture*, New York — London 1977, S. 115 ff.

<sup>12)</sup> Was hier als Systemstruktur oder konstitutives Merkmal sowjetisch verfaßter Gesellschaften be-

— das *strategische Entscheidungs- und Kompetenzmonopol* der führenden kommunistischen Partei, die universelle Zugriffschancen auf das gesellschaftliche Geschehen besitzt. Konstitutiv für sowjetisch verfaßte Gesellschaften ist die „Kompetenz-Kompetenz“ der Partei, d. h. ihr prinzipielles Vermögen, Individuen und Gesellschaft zum Gegenstand souveräner Entscheidungen zu machen, nicht jedoch die Tatsache, daß die führende Partei jederzeit und in jedem Falle steuert<sup>13)</sup>;

— der *im Grundsatz staatlich gelenkte Charakter von Wirtschaftsprozessen*; das heißt, daß bei allen Mischformen von Plan und Markt wie staatlich regulierten und informellen Wirtschaftssektoren die *Antriebsdynamik* des Wirtschaftens auf politische Entscheidungen und staatliche Lenkungen zurückzuführen sind oder in Abhängigkeit von ihnen stehen;

— die *konstitutionelle Einheit von Staat und Gesellschaft*; der Bereich des Gesellschaftlichen gilt nicht als Sphäre, die gegenüber nicht-legitimen staatlichen Eingriffen durch konstitutionelle Einschränkungen abzusichern ist und des legalen Schutzes bedarf. Denn auf der Basis sozialistischer Produktionsverhältnisse gilt eine prinzipielle Interessensidentität zwischen Regierenden und Regierten. *Öffentlichkeit* besteht daher immer nur im Sinne sozialistischer Demokratie und Mitwirkung, die sich nach der Umsetzung partei-staatlich formulierter Gesamtinteressen auszurichten hat. Zwar gibt es einen Fächer von Sub- und Teilöffentlichkeiten, die kaum oder nur in geringen Maße der politischen Überformung unterliegen (so etwa die Kirche, Arbeitskollektive, Freizeitgruppen oder Massenorganisationen wie die Kleingärtner etc.); die hier wie anderswo vorhandenen Teilinteressen besitzen indessen keine prinzipielle politische Handlungsautonomie und Koalitionsfreiheit. *Öffentlichkeit ist nicht autonom gestaltbar*<sup>14)</sup>.

zeichnet wird, ist in der westlichen Literatur auf unterschiedliche Weise und mit unterschiedlicher Betonung einzelner Merkmale behandelt worden. Vgl. etwa G. Brunner, Politische Soziologie der UdSSR, Teil II, Wiesbaden 1977, S. 181 ff. u. 190 ff. Die hier vertretene Sichtweise stimmt im Grundsatz mit dem überein, was S. Mampel als Strukturelemente bzw. -prinzipien des sozialistischen Staates bezeichnet hat. Vgl. S. Mampel, Die sozialistische Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Kommentar, Frankfurt 1982, S. 97, S. 103 ff., S. 165 f. u. S. 210 f.

<sup>13)</sup> G. Brunner (Anm. 12), S. 188.

<sup>14)</sup> Vgl. A. Heller/F. Fehér/G. Markus, Der sowjetische Weg, Hamburg 1983, S. 182 ff.

Diesen Systemstrukturen lassen sich drei charakteristische Aspekte der Arbeitseinstellungen und -praktiken zuordnen. Dabei ist davon auszugehen, daß die einzelnen Systemstrukturen in ihrem Einfluß zwar analytisch getrennt werden können, in der Realität jedoch immer in ihrer komplexen Wirkung in Erscheinung treten, so daß die Verhaltensaspekte nicht isoliert auf einzelne Systemstrukturen zurückgeführt werden können. Diese drei charakteristischen Aspekte von Arbeitseinstellungen und -praxis sind:

— die Entkopplung von Lohn und Leistung und reziprozitäre (Karl Polanyi) Formen des Tausches;

— die personale Rationalität der Kollektivbeziehungen;

— der Regelvollzug und das hierarchische Bewußtsein.

## 1. Die Entkopplung von Lohn und Leistung und reziprozitäre Tauschbeziehungen

Vor allem während der Entstehungsphase des zentralistischen Planungs- und Leitungssystems mit seinem hochgradig inkonsistenten Preisgefüge war das Zielsystem der Betriebe weitgehend von Markteinflüssen abgetrennt und anstelle dessen an ein administratives System des Vollzuges zentraler Planvorgaben angebunden. Die betrieblichen Prozesse wurden de facto natural und — so weit als möglich — durch konkrete sortimentative Auflagen gesteuert, so daß Wert- und Preisrechnungen wie betriebswirtschaftliche Kalküle schlechthin nur eine sehr begrenzte Bedeutung besaßen und als Bewertungsmaßstab weitgehend aussagelos waren<sup>15)</sup>. Dieser aus dem administrativen Charakter der Ökonomie resultierende Mangel an ökonomischer Rationalität beeinflusste auch das Lohn- und Leistungsgefüge.

Schon für die Frühphase der DDR läßt sich zeigen, daß die Lohneinkommen mehr und mehr ihren kalkulierbaren und transparenten Zusammenhang zu den erbrachten Arbeitsleistungen und Arbeitsanforderungen verloren. Während noch unter den Bedingungen der Kriegswirtschaft des Nationalsozialismus rund 80% der Industriearbeiter im Leistungslohn vergütet wurden, war dieser Anteil kurz vor der Staatsgründung der DDR auf schätzungsweise 25 bis 30% zusammengeschrumpft<sup>16)</sup>. Trotz erheblicher Anstrengun-

<sup>15)</sup> Vgl. hierzu generell K.-H. Jonuscheit, Die wirtschaftliche Rechnungsführung, Berlin (Ost) 1966.

<sup>16)</sup> Vgl. Die Wirtschaft, 3 (1948) 12, S. 375.

gen der SED sollte sich an diesem Zustand auch in der Folgezeit wenig ändern. 1956, nach Ablauf des ersten Fünfjahrplans, wurden nur 25% der im Bereich des Schwermaschinenbaus geleisteten Arbeitsstunden effektiv nach Leistungslohnformen, d.h. auf der Grundlage der sogenannten technisch begründeten Arbeitsnormen (TAN), vergütet<sup>17)</sup>. In einem traditionell entwickelten Industriebereich der DDR, dem allgemeinen Maschinenbau, betrug der Anteil der Leistungslöhne nur 32,8%<sup>18)</sup>.

Hinzu kam ein weiterer Aspekt: Die in der Praxis angewandten Arbeitsnormen, unabhängig davon, ob man sie technisch begründet nannte oder nicht, basierten in der Regel kaum auf exakten technischen und wirtschaftlichen Kalkulationen. Da sie veränderten produktionsorganisatorischen und technologischen Bedingungen häufig nicht neu angepaßt wurden, waren sie zumeist veraltet. Entsprechend hoch waren daher auch die Leistungsreserven. Ende 1956 lag beispielsweise die durchschnittliche Normerfüllung im Maschinenbau bei 153%, 1960 sogar bei 188,5%<sup>19)</sup>. In der gesamten zentralgeleiteten Industrie wurden 1956 die Arbeitsnormen im Durchschnitt mit rund 135% erfüllt, 1961 lag dieser Satz bei 160%<sup>20)</sup>. Mit anderen Worten: Die Arbeitsnormen als Bewertungsgrundlage der Arbeitsleistung hatten weder eine Meß- noch eine Anreizfunktion.

Dieser Zustand kombinierte sich mit einem weitgehenden Wildwuchs der branchenmäßigen und betrieblichen Einkommensdifferenzierungen, so daß die Höhe der Effektivverdienste nicht nur aufgrund des Fehlens realer Normen weitgehend von den effektiven Arbeitsleistungen abgekoppelt war, sondern auch durch zufällige lokale Umstände beeinflußt wurde.

Diese Entstrukturierung von Arbeitsleistung und Arbeitseinkommen bedeutet aber als sozialer Erfahrungszusammenhang, daß materielle Gratifikationen nicht mehr notwendigerweise an verbindliche Kriterien und meßbare Leistungen gebunden waren. Sie stellten vielmehr einen diffusen, durch soziale und

ökonomische Regeln nicht weiter bestimmten Anspruch auf Vergütung von Arbeitstätigkeit schlechthin dar. Nicht die Art einer bestimmten, individuell variierenden Leistung regulierte das Einkommen, sondern der substantielle Sachverhalt, daß man irgendwie und irgendwo einer Beschäftigung nachging. *Leistung und Gratifikation hörten auf, in meßbaren und für die Beteiligten durchschaubaren Relationen zu stehen.*

Der Entstrukturierung der Einkommensbedingungen korrespondierte die Unbestimmtheit der Arbeitsanforderungen. Die fortlaufenden Dysfunktionen zentralistischer Planung und Leitung führten auf Betriebsebene zu permanenten Improvisationsakten, die, weitgehend unabhängig vom ökonomischen Nutzen, darauf ausgerichtet waren, den jeweiligen Planprioritäten und dem Wildwuchs administrativer Ad-hoc-Interventionen zu entsprechen. Unterhalb der Ebene formaler Planungsprozeduren vollzog sich in der Regel das Chaos eines betrieblichen Krisenmanagements der Planerfüllung<sup>21)</sup>. Für das Beziehungsgefüge zwischen Betriebsleitungen und Arbeiterschaft aber bedeutete dieser Umstand, daß man gewissermaßen voneinander „abhängig“ war. Denn die Unwägbarkeiten des Produktionsgeschehens, das Ausbleiben von Zulieferungen, die permanente Revision der Pläne, das berühmte „Stürmen“ gegen Ende des Planquartals und schließlich und vor allem am Ende der Planperiode erforderten immer auch ein Mindestmaß an Handlungsbereitschaft und Loyalität seitens der Arbeiter, im Krisen- und Bedarfsfalle verfügbar zu sein<sup>22)</sup>. Welche Betriebsleitung hätte sich dieses essentielle good-will der Belegschaft verschert?

Was also äußerlich als formale Kontrakt- und Austauschbeziehung von Lohn und Leistung in Erscheinung trat, war de facto ein subtiles Gleichgewicht der Interessen und ein Gefüge der wechselseitigen Komplizenschaft. Das heißt, wir haben es mit einer Form des Tausches zu tun, die dem nahe kommt, was Karl Polanyi im Anschluß an die anthropologischen und ethnologischen Forschungen von Richard Thurnwald, Bronislaw Malinowski

<sup>17)</sup> Vgl. R. Berger, Lohn und neue Technik, in: Die Arbeit, 11 (1957) 3, S. 23.

<sup>18)</sup> Ebd.

<sup>19)</sup> Ebd. und F. Macher, In der gleichen Zeit für das gleiche Geld mehr produzieren, in: Die Arbeit, 15 (1961) 12, S. 11.

<sup>20)</sup> Vgl. J. Roesler, Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin (Ost) 1978, S. 233.

<sup>21)</sup> Vgl. dazu exemplarisch J. Thamm, Zur Ökonomik der Planung des sozialistischen Betriebes am Beispiel des VEB Zeiss Ikon Dresden, in: Wirtschaftswissenschaft, (1956) 2, Sonderheft, S. 116.

<sup>22)</sup> Beispiele für das hohe Maß an Plandiskontinuität und arhythmische Produktionsverläufe liefert H. Meiser, Zu einigen Fragen der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes 1960, in: Sozialistische Planwirtschaft, 1 (1960), S. 6.

u. a. „Reziprozität“ nannte<sup>23)</sup>: ein Gefüge von Leistung und Gegenleistung, das auf unbestimmten Angeboten und unpräzisen Erwartungen basiert. Typisch für solche Tauschbeziehungen ist, daß nicht kalkulierte Güter oder Leistungen getauscht werden, die in bestimmten zeitlichen und quantitativen Relationen zueinander stehen, sondern *daß wechselseitige Interessen, Haltungen und Praktiken miteinander in Übereinstimmung gebracht werden*. Solche Austauschbeziehungen spiegeln unmittelbar eine bestimmte *Qualität sozialer Beziehungen* und *nicht das quantitative Verhältnis der getauschten Dinge*.

Reziprozitäre Tauschakte hießen etwa bezogen auf das Arbeitsverhalten und die Leistungsanforderungen, daß die Bereitschaft, bei höchst unregelmäßigem Arbeitsanfall auch tatsächlich verfügbar zu sein, nicht vereinbarte Aufgaben zu übernehmen etc., gegen das stillschweigende Einverständnis „getauscht“ wurde, daß Arbeitszeiten, technologische Disziplin oder Qualitätsstandards nicht sonderlich streng kontrolliert wurden. Nicht die dynamische Spirale einer fortlaufenden Optimierung von Leistung und Gratifikation regulierte diese betrieblichen Sozialbeziehungen, sondern die Wahrung von Interessengleichgewichten. Solche Beziehungssysteme sind aber ihrer inneren Logik nach in erster Linie auf soziale Statik bedacht, auf die Fortschreibung üblicher Ansprüche und des Status quo der Arbeitsbedingungen und Anforderungen.

<sup>23)</sup> Vgl. K. Polanyi, *The Great Transformation*, Wien 1977, S. 70 ff.

Wenn man diese in der Entstehungsphase der DDR etablierten Veränderungen der Sozialkultur der Arbeitswelt mit den heutigen Bedingungen vergleicht, so ist eine Kontinuität der sozialen Typik unübersehbar. Freilich wäre in Rechnung zu stellen, daß sich seit den Wirtschaftsreformen der sechziger Jahre weitreichende Veränderungen der Planungsmethoden und Leitungsorganisation vollzogen haben, die insbesondere zu einem Bedeutungszuwachs von Wertkennziffern und wirtschaftlich-technischer Kalküle führten. Dennoch haben sich auch unter diesen veränderten Bedingungen eine Reihe typischer Erscheinungsbilder des Produktionsgeschehens erhalten, die als Rahmenbedingungen jene tradierten Verhaltensweisen der Arbeitswelt zumindest teilweise stabilisieren und damit auch ihre sozio-kulturelle Reproduktion ermöglichen.

Das Problem der achtziger Jahre besteht gerade darin, daß diese soziale Schwerkraft überkommener Verhaltensmuster, ihre leistungsdefizitären, statischen und auf soziales Arrangement bedachten Dimensionen sich nicht mehr ungebrochen und konfliktlos umsetzen können. So zeigen etwa die unter dem Druck von Weltmarktentwicklungen seit dem Beginn der achtziger Jahre eingeleiteten Rationalisierungsmaßnahmen u. a. auch auf dem Gebiet der Arbeitsorganisation partielle Erfolge (vgl. Tabelle). Eindeutig erkennbar ist die Tendenz, daß die Rationalisierungseffekte steigen und daß durch vermehrte Schichtarbeit die kalendertäglichen Betriebszeiten wichtiger Maschinen und Anlagen zunehmen.

**Tabelle: Effekte der Arbeitsrationalisierung während des Fünfjahrplans 1981—1985**

Jahr	eingesparte Arbeitsstunden <sup>1)</sup>	Arbeitskräfte <sup>2)</sup>	rationalisierte Arbeitsplätze <sup>3)</sup>	Maschinenauslastung <sup>4)</sup>	Freisetzungen
1981	493 Mio.	275 000	222 000	15,0	—
1982	509 Mio.	280 000	218 000	15,1	—
1983	545 Mio.	300 000	222 400	15,6	76 000
1984	620 Mio.	340 000	225 600	16,2	80 000

<sup>1)</sup> durch wissenschaftlich-technische Maßnahmen eingespart;

<sup>2)</sup> entspricht statistisch dem jahreszeitlichen Arbeitsvermögen der genannten Zahlen vollzeitbeschäftigter Arbeitskräfte;

<sup>3)</sup> durch Maßnahmen der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation;

<sup>4)</sup> kalendertäglich in Stunden bei wichtigen Maschinen und Anlagen;

Quelle: Zusammengestellt nach den Mitteilungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung der jeweiligen Jahrläne.



Solchen gegenläufigen Entwicklungen in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stehen andererseits gesamtgesellschaftliche Entwicklungstendenzen gegenüber, die jene tradierten Verhaltensweisen reziprozitärer Tauschbeziehungen stabilisieren.

Dazu gehört insbesondere der forcierte Ausbau sozial-politischer Leistungen im Rahmen der seit 1971 propagierten „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“. Seit diesem Zeitpunkt haben sich die staatlichen Ausgaben für sozial-politische Leistungen, die Zuwendungen des Staates an die sogenannten „gesellschaftlichen Fonds“, mit einem Anstieg von 26,2 Mrd. auf 75,8 Mrd. Mark im Jahre 1984 nahezu verdreifacht, wobei vor allem die Subventionen für niedrigere Verbraucherpreise und Tarife sowie die Zuwendungen für Wohnungswirtschaft und Mieten eine besondere Dynamik entwickelten<sup>24)</sup>.

Die Ambivalenz solcher kollektiven Güter besteht freilich darin, daß ihr wachsender Umfang und sozial-stabilisierender Effekt mit einer zunehmenden Intransparenz zwischen den eigenen Leistungen einerseits und den Gesamtbedingungen von Einkommen und Konsum einhergeht.

Die „Errungenschaften des Sozialismus“ seien, wie etwa Herbert Steininger argumentiert, „bereits so fest zum Bestandteil des Alltags geworden . . . , daß sie nicht selten als Selbstverständlichkeiten begriffen und gewertet werden“<sup>25)</sup>. Problematisch sei dabei allerdings, daß „die politischen und ökonomischen Zusammenhänge“, auf denen solche Selbstverständlichkeiten des Alltags aufbauen, noch nicht im notwendigen Ausmaße von der Bevölkerung erkannt würden. In jüngster Zeit lassen sich — wenn auch sehr zaghaft vorgebrachte — sozialwissenschaftliche Überlegungen ausmachen, die darauf hinauslaufen, sozial-politische Zuwendungen leistungsabhängig zu gestalten.

Den verschiedenen Anläufen, die es seit dem VIII. Parteitag der SED 1971 gegeben hat, die Löhne und Gehälter verstärkt nach Leistungsprinzipien auszurichten, sind zumindest spürbare Erfolge bislang versagt geblieben<sup>26)</sup>. Die jüngste lohnpolitische Reform, die Einführung neuer Produktivlöhne seit 1976, beabsichtigte

einerseits erneut eine Bereinigung des nahezu schon obligaten Wildwuchses von 31 Zweigtarifen mit über 200 verschiedenen Tariftabellen, andererseits eine deutlichere Differenzierung zwischen den einzelnen Lohngruppen und eine größere Bedeutung der leistungsabhängigen Lohnbestandteile<sup>27)</sup>. Diese Reform gilt seit Beginn der achtziger Jahre als abgeschlossen. Doch liegt es nahe, daß selbst die ausgeklügeltesten Anreizsysteme Makulatur bleiben müssen, wenn es nicht gelingt, das soziale Geflecht der reziprozitären Tauschbeziehungen und das sie stützende wirtschaftliche Zielsystem der Betriebe im Kern aufzubrechen.

Die historisch ersten Formen des Leistungslohnes scheiterten bekanntlich daran, daß die Arbeiter nach Hause gingen, sobald sie ihren ‚gewohnten Lohn‘ erwirtschaftet hatten.

Bei einer Untersuchung von über 50 Arbeitskollektiven in der Industrie Anfang der achtziger Jahre konnte denn auch festgestellt werden, daß diejenigen Arbeiter, die zu 66 % einräumten, daß es bei ihrer Arbeit an Qualität mangle, daß das Zeitregime nicht eingehalten (54 %) und mit Material nicht immer sparsam umgegangen würde (44 %), keineswegs irgendwelche Lohneinbußen hinnehmen mußten. Ganz im Gegenteil: Die von ihnen offenkundig manipulierten Arbeitsnormen und Leistungskennziffern wurden regelmäßig erfüllt und übererfüllt<sup>28)</sup>. So sei es, wie in dieser Studie festgestellt wurde, in „vielen Fällen noch nicht gelungen, mit der Einführung der Produktivlöhne einen engen und überschaubaren Zusammenhang zwischen der disziplinierten Erfüllung der Arbeitspflichten . . . und der Höhe (des) Einkommens herzustellen“<sup>29)</sup>.

## 2. Kollektivbeziehungen und personale Rationalität des Verhaltens

Arbeitskollektive sind hinsichtlich der *Form der ihnen eigentümlichen sozialen Beziehungen* mehr als Beziehungen der Kollegialität. Charakteristisch für sie, und hierin wird man den Befunden der DDR-Sozialwissenschaftler zustimmen müssen, ist vielmehr der Umstand, daß sie einen Typus von Sozialgebilden darstellen, die auf vielfältige Weise durch Formen der Wertschätzung, der Sympathie und des Verständnisses reguliert werden. Da

<sup>27)</sup> Ebd., S. 442 ff.

<sup>28)</sup> P. Kroh/J. Schmollack/K.-H. Thieme, Wie steht es um die Arbeitsdisziplin, Berlin (Ost) 1983, S. 105.

<sup>29)</sup> Ebd., S. 115.

<sup>24)</sup> Vgl. Wirtschaftswissenschaft, 32 (1984) 6, S. 809. Die Zahlen für 1984 laut Plan.

<sup>25)</sup> H. Steininger, Werte des Sozialismus — Ausdruck des realen Humanismus, in: Einheit, 38 (1983) 6, S. 527.

<sup>26)</sup> Arbeitsökonomie. Lehrbuch (Autorenkollektiv), Berlin (Ost) 1981, S. 434 f.

diese Art von Beziehungen nicht notwendigerweise durch bestimmte, allgemein geteilte Wertorientierungen geprägt sind, sondern in erster Linie durch unterschiedliche *zwischenmenschliche Arrangements innerhalb von Gruppen* beeinflußt werden, sollen entsprechende Verhaltensweisen und Einstellungen im folgenden mit dem Begriff der *personalen Rationalität* umschrieben werden.

Beziehungen der Kollegialität, die wir auch aus westlichen Industriegesellschaften kennen, sehen im mitarbeitenden Partner zwar auch den Menschen, sie nehmen ihn jedoch zumeist aus der Perspektive der jeweiligen Arbeitsanforderungen, -praktiken und arbeitsfunktionellen Verkehrsformen wahr. Jenseits dieser Arbeitsfunktionen und Zwecke ‚interessiert‘ der Kollege in der Regel nicht. Im Falle der Arbeitskollektive, d. h. von Sozialbeziehungen der Arbeit innerhalb der kleinsten Organisationseinheit des Arbeitsprozesses in der DDR, haben dagegen diese affektiven Elemente einer *Gemeinschaftsbeziehung* eine sozial eigenständige Qualität und autonome Sinnhaftigkeit gewonnen.

Insofern ähneln die real-sozialistischen Kollektivbeziehungen jenen elementar menschlichen Bezügen einer gemeinsam geteilten Last- und Genußerfahrung von Beziehungen anerkannter Bedürftigkeit, gefühlsbedingter Erwartungen und kommunizierbarer Gefühle, die in der klassischen Soziologie zuerst von Ferdinand Tönnies systematisch untersucht wurden. Tönnies hat diese und differenziertere Merkmale von „Gemeinschaft“ analytisch gegenüber dem Bereich der „Gesellschaft“ abgegrenzt, die ihrerseits auf künstlich verregelten, durch Sachinteresse und Konvention bestimmten Sozialbeziehungen aufbaut. „Gesellschaft“ integriert gewissermaßen isolierte Personen als Träger von Interessen und Funktionen, „Gemeinschaften“ hingegen verbinden Menschen auf der Grundlage naturwüchsig gegebener Gefühlskontakte und zwischenmenschlicher Bindungen, die auch dann noch andauern und verhaltenssteuernd wirken, wenn die Mitglieder von Gemeinschaften voneinander getrennt sind oder sich die äußerlichen Zwecke gemeinschaftlicher Kooperation verändert haben<sup>30)</sup>.

Für die Kollektivbeziehungen in der DDR gelten diese Bestimmungen selbstverständlich nur im Sinne einer prägnanten Hervorhebung

<sup>30)</sup> Vgl. F. Tönnies, *Gemeinschaft und Gesellschaft*, Berlin 1926, hier insbes. die §§ 1–11 sowie 19, 24, 25.

und Deutung des sozial Typischen, das im empirischen Durchschnittsfall in vielfältigen Mischformen in Erscheinung tritt. Eine Reihe empirischer Anhaltspunkte lassen jedoch diese Gemeinschaftstypik als Interpretationsansatz durchaus sinnvoll erscheinen.

Sozial befriedigende Beziehungen am Arbeitsplatz und harmonische Sozialkontakte in den Arbeitskollektiven haben im Durchschnittsbewußtsein der werktätigen Bevölkerung einen erheblichen Stellenwert<sup>31)</sup>. Sie bezeichnen nicht nur eine allgemeine Anspruchshaltung, sondern bestimmen auch das konkrete Arbeitsverhalten selbst<sup>32)</sup>. Von ihnen hängt in entscheidendem Maße ab, ob und in welchem Maße Menschen mit ihrer Arbeit zufrieden sind, ob sie den Arbeitsplatz wechseln oder nicht oder inwieweit sie etwa technologisch bedingte Arbeitsveränderungen oder Rationalisierungsmaßnahmen und damit verbundene Veränderungen in den Kollektivbeziehungen hinzunehmen bereit sind.

Erhebungen in ausgewählten Betrieben in Leipzig zeigten beispielsweise, daß solche gemeinschaftlichen Kollektivbeziehungen den wichtigsten Einfluß auf die Arbeitszufriedenheit ausüben und noch vor solchen Einflußfaktoren wie „gute Entlohnung“ oder „interessante“ Arbeit rangierten<sup>33)</sup>. Untersuchungen bei 750 Chemiarbeitern führten u. a. zu dem Ergebnis, daß für die überwiegende Mehrzahl der Arbeiter die Art der Kollektivbeziehungen entweder das einzig entscheidende (36 %) oder das Hauptkriterium (41 %) für die Bewertung ihrer Arbeit darstellt<sup>34)</sup>. Für eine Minderheit von 16 % rangierten Lohnmotive vor dem Wert der Kollektivbeziehungen und für nur 7 % bildeten die Verdienstmöglichkeiten das alles entscheidende Bewertungskriterium.

<sup>31)</sup> Vgl. etwa K. Glodde/I. Henning, *Der einzelne und sein Arbeitskollektiv*, Berlin (Ost) 1980, S. 74f.

<sup>32)</sup> Vgl. R. Stollberg/I. Hölzler, *Die Einführung neuer Technologien und Kollektivität*, in: *Fertigungstechnik und Betrieb*, 34 (1984) 10, S. 604; über die Hälfte der auf der Grundlage von Tiefeninterviews befragten Produktionsarbeiter gaben an, daß für sie die Kollektivbeziehungen den wichtigsten Einfluß auf ihr Leistungsverhalten ausüben.

<sup>33)</sup> I. Hölzler (Konferenzbeitrag), in: *Soziale Probleme der Einführung neuer Technologien — Bericht über ein internationales Kolloquium*, in: *Sid*, 19 (1983) 2, S. 23.

<sup>34)</sup> I. Hölzler/M. Hess, *Die Einstellung zur Arbeit in der Landwirtschaft im Vergleich zu Industriearbeitern*, in: *Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe)*, 32 (1983) 3, S. 34.

Auf der Grundlage der (vermutlich) gleichen Untersuchung ergab sich beispielsweise auch, daß der Anteil derjenigen Arbeiter, die in ihren Arbeitskollektiven stabile Freundschaften eingegangen waren, die über ihre Arbeitsbeziehungen hinausreichten, innerhalb von zehn Jahren (1967—1977) von 33 % auf 44 % angestiegen war<sup>35</sup>). Bei hohem sozialen Integrationsgrad der Arbeitskollektive stoßen daher betriebswirtschaftlich oder technologisch bedingte Umsetzungen oder Tätigkeitswechsel auf den Widerstand der Betroffenen. „Die Ursache hierfür“ liege, wie die Autoren einschätzen, darin begründet, „daß die stabile Zugehörigkeit zu einem Kollektiv ganz wesentlich die soziale Geborgenheit des einzelnen bestimmt. Ein Teil der Befriedigung, die die Werktätigen aus ihrer Arbeit ziehen, ist dieser stabilen sozialen Zuordnung zuzuschreiben.“<sup>36</sup>)

Veränderungen in den Arbeitsinhalten und -bedingungen scheinen hingegen, sofern keine anderen gravierenden Nachteile entstehen, kaum Probleme zu bereiten, wenn es gelingt, die bestehenden Kollektive oder zumindest ihre Kerngruppen intakt zu lassen. Nach Angaben des DDR-Soziologen Kurt Ducke waren 96,7% der befragten Arbeiter bereit, an neuen automatisierten Anlagen zu arbeiten, wenn die bisherigen Kollektivbeziehungen erhalten blieben, die Bereitschaft zum Tätigkeitswechsel außerhalb des Kollektivs wurde jedoch nur von 53,3% bejaht<sup>37</sup>).

Charakteristisch für die hier beschriebenen Gemeinschaftsbeziehungen ist eine bestimmte *Innen-Außen-Differenz*. Der Raum außerhalb der Gruppe gilt als fremd und — sofern er nicht überschaubar ist — als bedrohlich, während das intakte Regelwerk der Binnenorganisation Sicherheit spendet. Daß beispielsweise die *gesellschaftlich organisierten Zwecke* der Arbeit und ihr Zusammenhang mit der eigenen Leistung von nur untergeordneter Bedeutung sind, zeigte sich bereits im Verhaltensbereich der reziprozitären Tauschbeziehungen. Den Besonderheiten und dem Stellenwert der Kollektivbeziehungen, die die Aufmerksamkeit so eindeutig beanspruchen, korrespondiert die verbreitete In-

differenz gegenüber äußeren Zwecken und Anforderungen.

Als fremd und die Logik affektiver Gruppenbeziehungen störend werden nachweislich auch solche sozialen Muster empfunden, die die *Qualitäten* zwischenmenschlicher Nähe und des wechselseitigen Verständnisses durch *differenzierte* Kriterien der Leistungsbewertung oder ähnliche Formen der negativen oder positiven *Heraushebung des einzelnen aus der Gruppe* zu beeinträchtigen drohen. Solche Differenzierungen schaffen soziale Distanz und Individualisierung, die personale Rationalität der Gemeinschaftsbeziehungen basiert hingegen auf sozialer Unmittelbarkeit und dem Vorrang der Gruppe.

Politische und wirtschaftliche Strategien, den sozial-stabilisierenden wie erzieherischen Wert der Kollektivbeziehungen mit dem gegenläufigen Prinzip der Individualisierung von Leistung, Gratifikation und sozialen Chancen zu kombinieren, wiesen bislang eine bemerkenswerte Bilanz historischer Erfolglosigkeit auf. Die in den fünfziger Jahren eingespielte Praxis egalitärer Prämienverteilung hat sich entgegen allen leistungsdifferenzierenden Bestimmungen bis in die Gegenwart fortgesetzt. Die typische Aussage einer Arbeiterin aus dem Jahre 1962 — „Ich bin der Meinung, arbeiten tun wir alle, jeder muß mal eine Prämie kriegen“<sup>38</sup>) — reflektierte denn auch jenes Grundmotiv einer leistungsunspezifischen Gemeinschafts- und Solidarhaltung, die auch noch zwanzig Jahre später bei Arbeitskollektiven der Gegenwart kritisiert werden. Unabhängig vom Ausmaß der Disziplinbrüche oder anderer Verstöße gegen das Arbeitsregime, ist es auch heute noch übliche Praxis, daß *jeder* seine ungeschmälernte Jahresendprämie erhält<sup>39</sup>).

Während egalitäre Gruppenpraktiken für die Frühzeit der DDR-Entwicklung im wesentlichen nur für die Arbeiterschaft nachgewiesen werden können, hat es den Anschein, daß solche Praktiken und Einstellungen mittlerweile auch für die wissenschaftlich-technische Intelligenz üblich sind. So stellen Leonhard Kasek und Klaus Ulbrich bei ihrer Untersuchung des Leistungsverhaltens von Hoch- und Fachschulkadern im Forschungs- und Entwicklungsbereich fest, daß bei Diskussionen um

<sup>35</sup>) Tribüne vom 14. Dezember 1962, S. 3. Stellungnahmen wie diese, aber vor allem kritische Einwände gegen die „Gleichmacherei“ finden sich in der Gewerkschaftspresse dieser Jahre häufig.

<sup>36</sup>) P. Kroh/J. Schmollack/K.-H. Thieme (Anm. 28), S. 111f.

<sup>35</sup>) R. Stollberg/I. Hölzler (Anm. 32), S. 604.

<sup>36</sup>) Ebd.

<sup>37</sup>) K. Ducke, Arbeitskollektive und Kollektivbeziehungen unter den Bedingungen des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe), 33 (1984) 4, S. 57.

leistungsabhängige Gehaltszuschläge „manchmal Tendenzen zur Gleichmacherei sichtbar (würden)“<sup>40)</sup>. Andere Untersuchungen von Forschungs- und Entwicklungskollektiven machen deutlich, daß leistungsorientierte, (im westlichen Sinne) managerielle Verhaltensweisen auf starke Ablehnung stoßen. Verhaltensmerkmale, wie etwa das Streben nach persönlichem Erfolg, die absolute Vorrangstellung der Arbeit vor Freizeit, Hobbies und Familie werden der Tendenz nach negativ bewertet, während bestimmte kommunikative Eigenschaften wie die Einpassung in die Gruppe, persönliche Aufrichtigkeit und Interessenvielfalt in der Bewertungsskala von Arbeitskollegen ganz oben stehen<sup>41)</sup>.

Damit im Zusammenhang steht auch die Grenzlinie, die zwischen dem Innenraum der Gruppe mit ihren Verhaltensregulierungen und dem Bereich der gesellschaftlich vorgegebenen Normorientierungen und Zwecksetzungen verläuft. Zwischen der verbalen Zustimmung und der formalen Akzeptanz gesellschaftlicher Wertorientierungen und dem faktischen Verhalten in bezug auf Leistung bestehen erhebliche Widersprüche. Während verbal die Bereitschaft zu Höchstleistungen, also die formale Akzeptanz gesellschaftlicher Normen, bei allen untersuchten Forschungs- und Entwicklungskollektiven überwiegend bejaht wird, ist nahezu die Hälfte der Befragten der Meinung, daß in ihren Kollektiven derlei Leistungsansprüche in praxi keine Rolle spielen. Gesellschaftliche Werte, die zwar auf formale Billigung stoßen, würden sich, so eine der Schlußfolgerungen dieser Befragung, „nicht in der Kollektivmeinung (widerspiegeln). Wahrscheinlich sei, daß der „Wettstreit um hohe Leistungen“ wohl „eher als ein Moment angesehen (wird), der das Kollektivklima stören könnte“<sup>42)</sup>.

Gemeinschaftlich regulierte Sozialbeziehungen haben der Tendenz nach *statischen Charakter*. Sie verweigern sich nicht nur dem Prinzip der Individualisierung und damit auch jenen sozial isolierenden Ambitionen, die für Leistungs- und Erfolgsorientierungen typisch sind, sie müssen auch bestrebt sein, das gruppendynamische Gleichgewicht der personalen Rationalität gegenüber äußeren, stören-

den Zwängen abzuschotten und damit auf Dauer zu erhalten. Anderenfalls verlören solche Gemeinschaftsbeziehungen auch ihren Sinn, der gerade darin besteht, Vertrautheit, affektive Verbindlichkeit und die Konstanz der zwischenmenschlichen Bedingungen zu gewährleisten.

Die äußeren Rahmenbedingungen gemeinschaftlicher Verhaltensweisen werden ebenso wie im Falle der reziprozitären Tauschbeziehungen besonders deutlich durch die Systemstruktur der administrierten Ökonomie vorgegeben. Gleichfalls wirkt aber auch, wie an der sozialen Logik von Innen- und Außenbezügen ersichtlich, die Systemstruktur der Einheit von Staat und Gesellschaft und einer politisch überformten Öffentlichkeit. Denn die Grenzen zwischen dem *gesellschaftlichen Bereich* formaler Gebote und herrschaftsadäquater Verhaltensanforderungen auf der einen und dem *gemeinschaftlichen Bereich* entlastender wie bedürfnis-zentrierter Verhaltensmöglichkeiten auf der anderen Seite sind um so schärfer gezogen, je mehr der Außenraum reglementiert wird und die Gemeinschaft affektive Spontanität duldet. Die „*Nische*“ der *Kollektivbeziehungen*, um einen treffenden Begriff von Günter Gaus zu wählen, stabilisiert sich in ihrer eigenen Verhaltensrationalität in um so höherem Maße, je mehr der Außenraum der Gesellschaft auf sinnfällige Weise als fremd, als nicht einflußbar erfahren wird und sich autonomen, auf Öffentlichkeit gerichteten Gestaltungsversuchen entzieht<sup>43)</sup>.

Aber dieses Abschotten von Öffentlichkeit, die Konzentration auf den Binnenraum der Gruppe als eine Art Schicksalsgemeinschaft Gleicher, hat auch umgekehrt stabilisierende Effekte für die Systemstruktur. Die Gemeinschaftsorientierung hat logisch wie faktisch nicht notwendigerweise etwas mit bewußter Verweigerung oder gar oppositioneller Gesinnung zu tun. Denn gerade die symbiotische Koexistenz von Vertrautheit und Entlastung einerseits und mehr oder minder stark gegebenem Reglement in den gesellschaftlichen Außenbereichen andererseits macht, sofern ein Gleichgewicht zwischen beiden Verhaltensbereichen respektiert bleibt, die in sich gegenläufige Gesamtheit von Verhaltensan-

<sup>40)</sup> L. Kasek/K. Ulbrich, Viele Faktoren beeinflussen die Leistung in Forschung und Entwicklung, in: Arbeit und Arbeitsrecht, 39 (1984) 12, S. 272.

<sup>41)</sup> Vgl. S. Sailer, Erste Ergebnisse einer Fallstudie zum Zusammenhang von Kollektivnormen und Leistungsverhalten in Forschungs- und Entwicklungskollektiven, in: Sid, 19 (1983) 5, S. 30.

<sup>42)</sup> Ebd., S. 26.

<sup>43)</sup> Erstmals entwickelt hat G. Gaus diesen für die politisch-kultursoziologische Analyse so prägnanten Arbeitsbegriff der „Nischen“ bzw. „Nischengesellschaft“ in: ders., Texte zur deutschen Frage, Darmstadt u. a. 1981, S. 27f. In ders., Wo Deutschland liegt, Hamburg 1983, S. 156ff., wurde dieser Frage ein ganzes Kapitel gewidmet.

forderungen und -möglichkeiten überhaupt erst erträglich.

### 3. Hierarchisches Bewußtsein und Regelvollzug

Während im Bereich der reziprozitären Tauschbeziehungen und der personalen Rationalität Verhaltensweisen in Erscheinung treten, die in ihrer Eigenlogik indirekt auf die Wirkung der Systemstrukturen ausgerichtet sind und zu ihnen eine relativ autonome (wie in den Effekten häufig ungewollte) Entsprechung bilden, müssen die Zusammenhänge im Falle von *hierarchischem Bewußtsein* und *Regelvollzug* anders bewertet werden. Denn beide sozialen Erscheinungen bilden einen Gesamtkomplex von Verhaltens- und Einstellungsmustern, die unmittelbar an die *Logik der Systemstrukturen in ihrer universellen Wirkweise anknüpfen*. Hierarchisches Bewußtsein und Regelvollzug bilden jene subjektive Grundausrichtung sozialen Handelns, die sich in allen herrschafts-adäquaten Verhaltensformen niederschlägt.

Der Gesamtmechanismus einer „demokratisch-zentralistischen“ Organisation sozialer Prozesse ist, ungeachtet der variierenden Gestaltung von *Zentralismus* einerseits und *funktioneller Eigenständigkeit in der Umsetzung* (Demokratie) andererseits, in praktischer Hinsicht wesentlich auf die prinzipielle Anwendung vorgegebener Regeln bzw. die Umsetzung zentraler, politisch entschiedener Zwecke ausgerichtet. Das entscheidende Verhaltenskriterium ist nicht, ob einzelne Tätigkeiten, Maßnahmen und dergleichen der Sache nach angemessen sind oder nicht, sondern ob den Regeln oder Zwecken formal entsprochen wurde. *Priorität besitzt der Regelvollzug unabhängig von den Effekten des Handelns*. Hierarchisches Bewußtsein heißt in diesem Zusammenhang, daß immer nur dann auf regelhafte Weise gehandelt wird, sofern zentral vorgegebene Zwecke in die Entscheidungspyramide eingespeist werden oder Regeln verbindlich angewandt werden können. Fehlen diese zentralen Impulse oder sind Regeln nicht anwendbar, dann bleiben die Handelnden stumm. Gehorsam gegenüber Befehlen setzt in diesem Falle, wenn wir einen Max Weberschen Gedanken weiterführen wollen, implizit mit voraus, daß Handeln auch dann unterbleibt, sofern keine Befehle vorliegen <sup>44)</sup>.

<sup>44)</sup> Vgl. M. Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1976, S. 29f. Dort seine Ausführungen zum Herrschaftsverband.

Regelvollzug und hierarchisches Bewußtsein gehorchen immer der formalen Erfüllung fest umgrenzter Aufgabenbereiche. Probleme entstehen für gewöhnlich dann, wenn mit wachsender Komplexität unterschiedlicher Aufgabenbereiche kollidierende oder sogar sich wechselseitig ausschließende Anforderungen an die Erfüllung gestellt werden. Das Prinzip des Regelvollzugs und die Logik des hierarchischen Bewußtseins lösen dieses Verfahrensdilemma dadurch, daß sie informell wirksamen oder formell festgelegten *Prioritäten* gehorchen. Ausgeklammert und unbeachtet bleibt dann, was mit diesen Prioritäten inkompatibel ist. Auf einen Ausschnitt des wissenschaftlich-technischen Innovationsprozesses in Betrieben beschränkt, soll dieser Zusammenhang im folgenden verdeutlicht werden.

Trotz aller verbalen und programmatischen Hervorhebungen der Rolle des wissenschaftlich-technischen Fortschritts seit Mitte der fünfziger Jahre <sup>45)</sup>, blieb bis zum Beginn der Reformphase des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS, ab 1963) die Ausrichtung auf quantitative und in ihrem Effekt häufig dysfunktionale Produktionszuwächse die alles beherrschende Priorität der betrieblichen Planerfüllung. Bis zur ersten Einführung eines integrierten Planes „Neue Technik“ im Jahre 1961 wies das Planungsszenario allein ein halbes Dutzend unterschiedlicher Technikpläne aus, die nicht nur untereinander unverbunden blieben, sondern auch isoliert neben den betrieblichen Produktions- und Finanzplänen standen <sup>46)</sup>. Aufgrund dieser zwar ungewollten faktischen Prioritätensetzung ergab sich, daß wissenschaftlich-technische Innovationen auf Betriebsebene ein weitgehendes Schattendasein führten. Sollte die Einführung neuer Technologien die jeweilige Planerfüllung gefährden, was aufgrund von Produktionsumstellungen, Anlaufschwierigkeiten und dergleichen sehr häufig der Fall war, so unterblieb auch, zumeist mit Duldung der wirtschaftsleitenden Organe, die betriebliche Innovation.

Von 292 Forschungs- und Entwicklungsvorhaben, die beispielsweise im Jahre 1957 im Be-

<sup>45)</sup> Vgl. H. Zimmermann, *Politische Aspekte in der Herausbildung, dem Wandel und der Verwendung des Konzepts „Wissenschaftlich-technische Revolution“*, in: *Deutschland Archiv*, 9 (1976), Sonderheft, S. 35ff.

<sup>46)</sup> Vgl. J. Roesler (Anm. 20), S. 210f., sowie W. Metje/K. Schellhorn, *Das Betriebskomitee Neue Technik, ein entscheidender Faktor zur Verbesserung der Arbeit mit dem Plan Neue Technik*, in: *Fertigungstechnik und Betrieb*, 12 (1962) 4, S. 219.

reich des Ministeriums Allgemeiner Maschinenbau abzuschließen waren, wurden nur knapp 60% erfüllt. In anderen Bereichen schwankte die Erfüllung von Entwicklungsvorhaben zwischen 36% und 116%<sup>47)</sup>. Auch die unterschiedlichen Zeithorizonte von Jahrsplänen einerseits und Forschungs- und Entwicklungsvorhaben andererseits, die — wie etwa in der Radio- und Fernmeldetechnik — damals zwischen drei bis fünf Jahren umfaßten, schlugen regelmäßig zuungunsten betrieblicher Innovationsprozesse aus<sup>48)</sup>.

Es wäre vordergründig, wollte man diese, im übrigen beliebig vermehrbaren Beispiele einer betrieblichen *Innovationsfeindlichkeit* allein auf die Inkonsistenz der verfügbaren Planungsmethoden oder — aufgrund des Preissystems — fehlender Nutzenkalküle reduzieren. Denn die Mängel der Lenkungsinstrumentarien selbst können nicht das Desinteresse und die beinahe schon internalisierte Gleichgültigkeit betrieblicher und anderer Wirtschaftsfunktionäre in all jenen Bereichen erklären, in denen entweder Innovationen stattfinden sollten, stattfanden oder die mit ihnen engstens verbunden waren. Politische volkswirtschaftliche Prioritätensetzungen und andere Zwänge mögen die geringen Realisierungschancen betrieblicher Innovation plausibel machen, sie erklären jedoch nicht, weshalb technische Pläne oftmals völlig veraltet waren<sup>49)</sup>, weshalb sie nur formal und ohne Rücksicht auf ihren Nutzeffekt erarbeitet wurden<sup>50)</sup> oder etwa die Qualität der Erzeugnisse für den betrieblichen Produktionsprozeß eine Quantité négligeable darstellte<sup>51)</sup>.

Wenn etwa zu Beginn der sechziger Jahre nicht einmal 5% der Erzeugnisse eines vor-

<sup>47)</sup> Vgl. J. Roesler, Planung und Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, Teil III, Berlin (Ost) 1970, S. 51.

<sup>48)</sup> Ebd., S. 55.

<sup>49)</sup> Vgl. etwa A. Lange, Zu einigen Problemen der besseren Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, in: Wirtschaftswissenschaft, 10 (1962) 8, S. 1128.

<sup>50)</sup> Der damalige stellvertretende Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, H. Wunderlich, gelbte beispielsweise scharf die betriebliche Praxis, ohne jede Rücksicht auf ökonomische Nutzeffekte und Kosten zu investieren und die Tendenz, „um jeden Preis zu produzieren“. Vgl. ders., Ziel der Maschinenbauer für 1962 — höhere Arbeitsproduktivität und moderne Technik, in: Die Wirtschaft, 17 (1962) 5, S. 1 u. 3ff.

<sup>51)</sup> Daß in nicht wenigen Betrieben schlichtweg „Murks produziert“ wurde, war beispielsweise das Resümee einer Qualitätskonferenz im Bezirk Erfurt. Vgl. Das Volk vom 27. Mai 1960, S. 3.

mals hochentwickelten Maschinenbausektors nach den gegebenen Qualitätsstandards überhaupt auf dem Weltmarkt absatzfähig waren<sup>52)</sup>, wenn innerhalb des gesamten Maschinenbaus wie in anderen Industriezweigen zwischen 15 und 20% der Ausfallzeiten allein auf qualitativ defizitäre Produktionsmittel zurückzuführen waren<sup>53)</sup>, dann hingen solche und ähnliche Symptome dysfunktionaler Wirtschaftsprozesse vornehmlich damit zusammen, daß sie in ihrer Detailliertheit und Feinstruktur durch zentrale Steuerungen nicht oder nur ungenügend beeinflußt werden konnten. Das heißt, in diesen Fällen wirkte jener Mechanismus, der bereits mit den Begriffen des Regelvollzugs und des hierarchischen Bewußtseins umschrieben wurde. Wenn das Gefüge aus Entscheidung und Entscheidungsumsetzung Leerstellen aufweist, das wirtschaftliche Handeln also nur unzureichend gesteuert werden kann, muß auch davon ausgegangen werden, daß sachlich angemessene Improvisationen und Selbstregulierung ausbleiben. *Leistungen fehlen offenkundig der Tendenz nach dann, wenn sie nicht unmittelbar abgerufen oder adäquat kontrolliert werden können.* Der ungarische Ökonom János Kornai hat Ende der fünfziger Jahre diese Zusammenhänge einmal zu Recht als ein in sich kohärentes System wirtschaftlicher Verschwendung und sozialer Indifferenz gekennzeichnet<sup>54)</sup>.

Man wird die heutige DDR mit ihren wirtschaftlichen Leistungen und den erreichten technologischen Innovationen kaum mit jenen extremen Verzerrungen eines rigiden Entscheidungszentralismus vergleichen können, der für ihre Entstehungsphase typisch war. Rund die Hälfte des Grundfondsbestandes in der Industrie in Höhe von 365 Mrd. Mark (Ende 1983) besteht aus automatisierten Maschinen und Anlagen, wobei vollautomatisierte Bereiche freilich eine Ausnahme darstellen<sup>55)</sup>. Ein Drittel des Maschinenbestandes der Industrie ist nicht älter als fünf, 60% sind nicht älter als zehn Jahre<sup>56)</sup>. Bis Ende

<sup>52)</sup> Vgl. G. Mittag, Für höhere Qualität unserer Industrieerzeugnisse, in: Einheit, 15 (1960) 5, S. 740.

<sup>53)</sup> Vgl. G. Stubenrauch, Einige Probleme der Perspektive des technischen Fortschritts im Maschinenbau der DDR, in: Fertigungstechnik und Betrieb, 12 (1962), S. 147.

<sup>54)</sup> J. Kornai, Overcentralization in Economic Administration, Oxford 1959 (Budapest 1957), S. 117ff, 199ff und 215ff.

<sup>55)</sup> Vgl. H. Klopfer, in: Tribüne vom 2. Februar 1984, S. 5.

<sup>56)</sup> Vgl. E. Honecker, Aus dem Bericht des Politbüros an die 9. Tagung des Zentralkomitees der SED,

1984 dürften rund 43 000 Industrieroboter im Einsatz gewesen sein, die allerdings in ihrer überwiegenden Mehrzahl im Vergleich zu internationalen Standards als technisch unterentwickelt gelten müssen<sup>57)</sup>.

Angesichts solcher makroökonomischen Wandlungsprozesse und globaler technologischer Leistungskriterien darf andererseits nicht übersehen werden, daß auch die zeitgenössischen Innovationsprobleme auf Verhaltensweisen und Einstellungen verweisen, die in einer deutlichen Kontinuität der sozialen Grundfiguren von hierarchischem Bewußtsein und Regelvollzug stehen. Die gegenwärtige Diskussion über Risikobereitschaft und Kreativität bei Forschungs- und Entwicklungsvorhaben mag hierfür exemplarischen Charakter haben.

Die sogenannten *Pflichtenhefte*<sup>58)</sup>, die vor allem auf Kombinatebene als Planungs- und Leistungsinstrument für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben dienen, legen in praxi relativ detailliert die einzelnen Zeitphasen, Maßnahmen, Arbeitsschritte und intendierten Arbeitsergebnisse fest. Über die möglichen Nutzeffekte solcher planmäßig vollzogenen Forschungsarbeiten ist zweifellos Skepsis angebracht. Forschungs- und Entwicklungsprozesse mit innovativem Niveau sind in der Regel offene, im möglichen Ergebnis nicht determinierbare Vorgänge. Sie sind zwar planbar im Sinne einer Rahmen- oder Projektplanung, der Ressourcenzuteilung und thematischer Abgrenzungen, nicht jedoch im Sinne einer *antizipierenden Ergebnisplanung*. Denn Forschungen, die ihre möglichen Resultate bereits vorwegnehmen können, sind offenkundig keine. Immerhin ist — einer jüngeren Untersuchung zufolge — auch die überwiegende Mehrheit der dort befragten Forschungs- und Entwicklungskader der Auffassung, daß auf der Grundlage planmäßig vorgegebener technischer und ökonomischer Parameter, die dann im Forschungs- und Entwicklungsprozeß umgesetzt werden, bestenfalls „internationale Durchschnittswerte erreicht werden (könnten)“, da vorhandene schöpferische Innovationspotentiale auf wissenschaft-

lich-technischem Gebiet ungenutzt blieben<sup>59)</sup>. Solche Vorbehalte gegen die gängige Praxis der Durchplanung und Übersteuerung nehmen sich freilich noch diplomatisch aus, wenn man sie mit Auffassungen vergleicht, die in den Pflichtenheften nicht mehr sehen als eine „nutzlose Papierausfüllerei“<sup>60)</sup>.

Operationsweise und Wirkung hierarchisch gegliederter Verwaltungsstrukturen wie klassischer Bürokratien schlechthin bestehen wesentlich darin, offene, wie im Effekt mehrdeutige soziale Prozeßlogiken in verwaltbare und steuerbare Prozesse zu überführen. Daß daher auch im Bereich der Forschungs- und Entwicklungsplanung die Tendenz besteht, nach „sicher“ realisierbaren technischen Lösungen“ zu streben<sup>61)</sup>, die nach Möglichkeit alle Unwägbarkeiten und potentiellen Risiken schon im Planansatz selbst zu vermeiden trachten, liegt nahe. Der Preis für diesen Zuwachs an Übersicht besteht freilich darin, technologisches „Mittelmaß in die Zukunft zu transformieren und ... ökonomischen Prestigeverlust auf dem Weltmarkt“ in Kauf zu nehmen<sup>62)</sup>. „Teilweise muß“, so der DDR-Soziologe Klaus Ladensack, „überhaupt erst das Verständnis und die unabdingbare Notwendigkeit, gerechtfertigte Risiken einzugehen, weiter vertieft werden“<sup>63)</sup>. Denn für „Leiter, Leitungs- und Kontrollorgane“ sei das „Risiko vor allem ein Begriff mit negativem Inhalt. Taucht Risiko auf, werden sofort Maßnahmenpläne zur Eliminierung des Risikos verlangt.“<sup>64)</sup>

In solchen Haltungen spiegelt sich der soziologisch relevante Tatbestand, daß die unzureichende Flexibilität und Offenheit gegenüber Innovationsprozessen nicht nur und nicht einmal primär auf sachliche Zwänge und Wirkungen der Planerfüllung oder fehlsteuernder Planungsinstrumentarien zurückgeführt werden können, zumal gerade in jüngerer Zeit strukturelle Hindernisse dieser Art zurückgedrängt wurden. Vielmehr macht sich das besondere Profil einer allgemeinen geistigen Grundausrichtung und praktisch erprobter Verhaltensstrategien bemerkbar, die sich in

<sup>59)</sup> G. Barsch, Stimulierung und Leistungsverhalten, in: *Sid*, 19 (1983) 5, S. 33.

<sup>60)</sup> G. Grützner/R. Streich, Spitzenleistungen in Wissenschaft und Technik wirksam stimulieren, in: *Arbeit und Arbeitsrecht*, 39 (1984) 10, S. 229.

<sup>61)</sup> H. Großer/C. Zanger, Pflichtenheft und Leistungsbewertung der Hoch- und Fachschulkader in Forschung und Entwicklung, in: *Sozialistische Arbeitswissenschaft*, 28 (1984) 6, S. 407.

<sup>62)</sup> Ebd.

<sup>63)</sup> K. Ladensack, Pflichtenheft und Risiko, in: *der neuerer*, 33 (1984) 8, S. 98.

<sup>64)</sup> Ebd., S. 99.

in: *Neues Deutschland* vom 23. November 1984, S. 4.

<sup>57)</sup> Errechnet nach den Mitteilungen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik über die Durchführung der jeweiligen Jahrespläne im Zeitraum 1981 bis einschließlich 1984.

<sup>58)</sup> Vgl. Pflichtenheft — Verordnung in: *Gesetzblatt der DDR I*, 1982, S. 1, und die Durchführungsbestimmung zu dieser Verordnung in: *Gesetzblatt der DDR I*, 1983, S. 381 ff.

einem sozialen Kosmos verbindlicher Regellvollzüge und fortlaufender Anpassungsleistungen gerade deshalb konfliktlos bewegen können, weil sie Abweichungen von der Norm und selbst zu verantwortendes Risiko zu vermeiden gelernt haben. Doch scheint mittlerweile der politische Nutzen solcher sozio-kulturellen Prägungen zum erstrangigen Problem zu werden. „Versuche“, hieß es erst

unlängst im theoretischen Parteiorgan „Einheit“, „dem Risiko aus dem Wege zu gehen, möglichst nur Forschungsaufgaben in den Forschungsplan aufzunehmen, die mit absoluter Sicherheit zum Termin erfolgreich abgeschlossen werden können, bieten lediglich eine ‚Sicherheit‘: Die ökonomische Wirksamkeit der wissenschaftlich technischen Arbeit wird völlig unzureichend sein“<sup>65</sup>).

### III. Technostrukturen und Leistungsanforderungen

Die bisher betrachteten Erscheinungsformen des Leistungsverhaltens wurden in ihrer besonderen Prägung durch Strukturen der Herrschaft, der sozialen Akzeptanz und damit einhergehender Ausformungen des sozialen Arrangements bestimmt. Die techno-strukturelle Dimension des Leistungsverhaltens verweist hingegen auf einen hiervon analytisch unterscheidbaren Typus, auf eine andere ‚Gattung‘ von Verhaltensweisen. Anders als bei John Kenneth Galbraith, der mit dem Begriff Technostrukturen die Vorstellung bestimmter technisch-organisatorischer Funktionsgruppen verband, sollen hier unter diesem Begriff die Gesamtheit der gesellschaftlich akzeptierten Techniken und Technologien, aber auch etablierte technische Fertigkeiten und Verfahrensweisen verstanden werden, die im weitesten Sinne *im Prozeß des Wirtschaftens zur Anwendung gelangen*.

Verhaltensmuster, die in ein techno-strukturelles Beziehungsgefüge eingelassen sind, unterscheiden sich von anderen zum einen durch ihre *sachliche Qualität*. Eine CNC-Werkzeugmaschine besitzt keine Gefühle, eine Konstruktionsvorlage übt keine Sanktionen aus. Diese sachliche Qualität des Verhältnisses ist zum anderen wesentlich — wenn auch nicht ausschließlich — geprägt von dem, was gemeinhin als das Rationalitätskriterium oder Wirkprinzip von Technik schlechthin angesehen wird: *das Prinzip des vergleichsweise kleinsten Kraftmaßes*. Technik und technisches Handeln richten sich, wie etwa Max Weber definiert, nach dem „Optimum des Erfolges im Vergleich mit den aufzuwendenden Mitteln“<sup>66</sup>).

Für unsere Zwecke mag hier die Feststellung genügen, daß zumindest für die entwickeltesten

kapitalistischen wie sowjetisch verfaßten Industriegesellschaften dieses technische Prinzip und die durch dieses beeinflussten techno-strukturellen Aspekte von Verhalten eine weitgehend unhinterfragte und im allgemeinen Bewußtsein selbstverständliche Rolle spielen. Auch die DDR-Soziologie räumt etwa ein, daß die materiell-technische Basis des sozialistischen Gesellschaftsgefüges über dieselben techno-strukturellen Operationsbedingungen verfügt wie die entwickelten kapitalistischen Gesellschaften<sup>67</sup>). Der Prozeß der materiellen Produktivkraftentwicklung und des wissenschaftlich-technischen Fortschritts sei der gleiche, Ost wie West.

Keineswegs jedoch bedeutet diese Orientierung auf den vergleichsweise effektivsten Mitteleinsatz, daß sie auch jederzeit und in praxi vollständig zur Entfaltung käme. Entscheidend ist vielmehr, daß dieses techno-strukturelle Prinzip *als Potenz* wirkt und bereits der sachlichen Ausrichtung und Konzeption den Technostrukturen inhärent ist. Daß an industriellen Arbeitsplätzen in der DDR bisweilen Effektivitätsreserven zwischen 30 und 40% vorliegen, die man in jüngerer Zeit durch die unterschiedlichsten Rationalisierungsmaßnahmen auszuschöpfen versuchte<sup>68</sup>), besagt lediglich, daß das techno-strukturelle Wirkprinzip aufgrund diverser Umstände sich realiter nur gebrochen umsetzt; besagt aber auch, daß es latent vorhanden ist

<sup>65</sup>) C. Grafe/D. Liebig/H. Nick/H. Willems, Zur Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in Kombinat, in: *Einheit*, 39 (1984), 5, S. 413.

<sup>66</sup>) M. Weber (Anm. 44), S. 32.

<sup>67</sup>) Vgl. M. Hütter/E. Jobst/E. Lohr/M. Nier, *Mikroelektronik und Gesellschaft*, Berlin (Ost) 1984, S. 28.

<sup>68</sup>) Zur Frage von Arbeitskräftereserven vgl. etwa Neues Deutschland vom 9. Januar 1985, S. 3, oder M. Bairichen/H. Horn, *Rationalisierung der Instandhaltung brachte hervorragende Resultate*, in: *Arbeit und Arbeitsrecht*, 40 (1985), S. 81. Andere Hinweise gebe ich in: *Soziale Auswirkungen und lebensweltliche Zusammenhänge der sozialistischen Rationalisierung*, in: *Lebensbedingungen in der DDR*, Köln 1984, S. 24.



und durch bestimmte Maßnahmen wie Verhaltensstrategien zur Wirkung gelangen könnte.

Vor dem Hintergrund dieser Einschränkungen will ich mich auf die exemplarische Diskussion von zwei Wirkungszusammenhängen beschränken, die durch die Entwicklung der *Mikroelektronik* induziert werden und auf die bislang erörterten Formen des Arbeits- und Leistungsverhaltens ausstrahlen. Diese sind:

- die abnehmende technologische Determination des Arbeitsprozesses;
- die Veränderung der Zeitstrukturen und die damit einhergehenden sozialen Dynamisierungseffekte.

Die Nutzung der Mikroelektronik ermöglicht insbesondere das progressive Voranschreiten von Automatisierungslösungen und die Automatisierung ganzer Komplexbereiche der Arbeit, die bislang technisch nicht formalisierbar waren. Es scheint daher zunächst paradox, wenn dieses Zusammenwachsen einer zweiten, technisch gestalteten 'äußeren Natur' des Menschen, dieser Prozeß seiner *zunehmenden Objektivierung, gleichzeitig als Prozeß der abnehmenden Determination* menschlicher Arbeitshandlungen gedeutet wird.

Plausibilität gewinnt diese These jedoch aufgrund folgender Zusammenhänge: Die menschliche Arbeitskraft wird aus den technisch formalisierbaren Bereichen, gegenwärtig insbesondere innerhalb des industriellen Fertigungsprozesses, zwar zunehmend ausgeschieden, zugleich aber bleiben auch auf höherer Automatisierungsstufe in den technologischen Lücken diverse *Restfunktionen* wie etwa Bedienen und Überwachen, aber auch elementare Funktionen wie beispielsweise die Instandhaltung erhalten. Arbeitsanforderungen treten in diesen Fällen häufig unregelmäßig und oft verbunden mit längeren Phasen der Tätigkeitsarmut auf. Gleichzeitig wachsen damit die Anforderungen an Konzentration und Reaktionsvermögen deutlich an<sup>69)</sup>. Im Bedarfsfalle muß schnell, auf hohem fachlichen Niveau und mit Übersicht, man denke an eine Havarie, gehandelt werden. Das heißt, die *Steuerung des Arbeitsverhaltens erfolgt in diesen und vergleichbaren Fällen wesentlich über subjektive Antriebe* und weniger durch ein äußeres technologisches

Regime, das bestimmte Handlungsabläufe kontinuierlich vorgibt.

In anderen Fällen wiederum bleibt zwar die äußere Determination durch vorgegebene Handlungsabläufe erhalten, gleichzeitig jedoch wachsen die Anforderungen an Präzision und Qualität erheblich, wobei die Arbeitsumwelt, wie etwa bei der Herstellung mikroelektronischer Bauelemente, noch zusätzliche Belastungen schafft<sup>70)</sup>. Hier gehen beispielsweise extreme Anforderungen an Reinheit, Präzision und Konzentrationsvermögen (Schaltkreisproduktion) mit besonders belastenden Bedingungen wie einseitig repetitive Arbeitsvollzüge oder Anstrengung des Sehvermögens einher. Anders ausgedrückt: Ein hohes Maß an innengeleiteter Beherrschung und Disziplin bilden die Voraussetzung für sachgerechte Arbeitsvollzüge, die selbst nur geringe Möglichkeiten der affektiven Entlastung und motivationalen Bindung bieten.

Mit logisch ähnlichen, wenn auch im Erscheinungsbild anders gearteten Zusammenhängen haben wir es im Bereich der intelligenztypischen Arbeitsfunktion zu tun. Beim Entwurf von Schaltkreisen, der sehr komplexe Arbeitsfunktionen involviert, die aufgrund der zu beobachtenden Datenmengen selbst nur noch rechnergestützt ausgeführt werden können, ist beispielsweise die Vorgehensweise der Entwicklungsingenieure im Sinne determinierbarer Arbeitsschritte und -ergebnisse nicht mehr möglich. Es bestehen, wie Peter Bartsch ausführt, nur „sehr eingeschränkte Prüf- und Kontrollmöglichkeiten“<sup>71)</sup>. Auch hier liegt es offenkundig im Verantwortungsbereich handelnder Subjekte, was von ihren Arbeitsergebnissen erwartet werden darf. Ihr inneres Engagement, ihre Handlungsbereitschaft sind aber ebensowenig zu erzwingen, wie die Früchte innovativer Forschungs- und Entwicklungsarbeit vorhersehbar sind.

Wo jedoch die determinierende Steuerung und die lückenlose Kontrolle des Arbeitsprozesses schon aus sachlichen Gründen ausscheiden, um die Effektivität des Wirtschaftens zu gewährleisten, kommt es offenkundig gerade und erneut auf jene Restgröße, auf die subjektiven Freiheitsgrade des Verhaltens an.

Auch die *Veränderung der Zeitstrukturen* erweist sich in ihrer sozialen Dimension als be-

<sup>69)</sup> Vgl. A. Naumann/R. Welskopf, Wissenschaftlich-technischer Fortschritt und sozialistische Lebensweise, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1983, Berlin (Ost) 1983, S. 57.

<sup>70)</sup> Vgl. K. Steinitz/J. Wahse (Anm. 7), S. 85f.

<sup>71)</sup> P. Bartsch, Soziale Wirkungen der Mikroelektronik in den 80er Jahren, in: *Sid*, 19 (1983) 4, S. 23.

sonders konflikthaltig. Fortgeschrittene Automatisierungsmöglichkeiten und auch die Möglichkeiten der Technisierung ingenieurtypischer Tätigkeiten durch CAD- und CAM-Systeme senken den herkömmlichen Aufwand an Arbeitszeit in nahezu allen Phasen des Reproduktionsprozesses erheblich und verändern damit auch die Bedeutung des Zeitfaktors. Noch in den sechziger Jahren konnten etwa Erzeugnisse der metallverarbeitenden Industrie durchschnittlich in einem Zyklus von zehn bis zwölf Jahren mit relativem wirtschaftlichen Erfolg auf den nicht-sozialistischen Märkten abgesetzt werden<sup>72)</sup>. Gegenwärtig hingegen dauert die Zeitphase, in der notwendige Adaptionen einer Erzeugnisgeneration an technisch mögliche Veränderungen und Innovationen stattfinden, durchschnittlich nur noch vier Jahre. Im Werkzeugmaschinenbau verkürzte sich der qualitative Erneuerungszyklus zu Beginn der achtziger Jahre auf Weltmarktebene bereits auf drei Jahre. Entsprechend entscheidet auch der Zeitpunkt der Absatztätigkeit zu mindestens 50% über die möglichen Erlöse eines Erzeugnisses<sup>73)</sup>.

Solche Wandlungsprozesse der makroökonomischen Umwelt ziehen aber auch die eingespielten Verhaltensmuster der Arbeitswelt in den Sog einer sich unablässig verjüngenden Zeitspirale. Sie erfordern fortlaufende Anpassungsprozesse an den immer rascheren Wechsel der Bedingungen und Inhalte der Arbeit. Grundlegende Arbeitsanforderungen in der Industrie verändern sich derzeit bereits in einem Rhythmus von fünf bis zehn Jahren; technologisch bedingte Anforderungen und Qualifikationen schlagen teilweise sogar schon in einem Zyklus von drei bis vier Jahren um<sup>74)</sup>.

Was gegenwärtig noch in sehr bescheidenem Umfang stattfindet, der Wechsel des Arbeitsplatzes, der Arbeitsstelle, aber auch des Beru-

fes, wird, wenn wir westliche Entwicklungen für die DDR perspektivisch übertragen wollen, eher zur durchschnittlichen Regel denn zur Ausnahme werden. So sei es für das kommende Jahrzehnt nicht mehr ungewöhnlich, daß „ein Werkträger im Laufe seiner Berufstätigkeit mehrmals aktiv an der Einsparung oder Umgestaltung seines bisherigen Arbeitsplatzes mitwirken muß“<sup>75)</sup>. Wurden 1971 erst 20% aller Beschäftigungsverhältnisse durch „gesellschaftlich notwendige“ Veränderungen aufgelöst, so belief sich dieser Anteil 1980 bereits auf 33% und dürfte gerade in den letzten Jahren — neuere Zahlen liegen nicht vor — erheblich zugenommen haben<sup>76)</sup>.

Zu Beginn der achtziger Jahre waren in jenen volkswirtschaftlichen Sektoren, die gegenwärtig und in jüngster Zukunft besonders stark durch mikroelektronische Technologien umgewälzt werden — die produktionsdurchführenden und Verwaltungsbereiche —, etwa 60% aller Beschäftigten (rund 4,5 Mio. Menschen) konzentriert<sup>77)</sup>. Gerade in diesen Sektoren häufen sich die technisch formalisierbaren und damit auch rationalisierbaren Tätigkeiten. Zwar lassen sich aufgrund der Wirkung heterogener Beschäftigungsfaktoren (Faktoren des zusätzlichen wie abnehmenden Arbeitskräftebedarfs) die technologisch bedingten Einsparungseffekte seriöserweise kaum isoliert betrachten, doch kann generell von einer betont rückläufigen Bewegung des Arbeitskräftebedarfs in diesen — quantitativ gesehen — Hauptsektoren der Beschäftigung gesprochen werden. Allein im Büro- und Verwaltungsbereich weisen westliche Schätzungen darauf hin, daß zwischen 25 und 30% der Geschäftigten durch Automatisierung freigesetzt werden könnten<sup>78)</sup>. Dieser (rechnerische) Prozentsatz dürfte angesichts der — gemessen an westlichen Standards — personellen Überbesetzung in allen Wirtschaftsbereichen in der DDR noch erheblich höher liegen.

<sup>72)</sup> Vgl. R. Heinze, Größere Flexibilität der Produktion — eine wichtige Voraussetzung für steigende Leistungen, in: Presse-Informationen, Berlin (Ost) 1983, Nr. 149, S. 2.

<sup>73)</sup> Vgl. H. Koziolok/G. Pietrzynski, Ökonomische Strategie: Anforderungen an die Entwicklung und rationelle Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in den Kombinat der DDR, in: Wirtschaftswissenschaft, 32 (1984) 4, S. 496.

<sup>74)</sup> Vgl. A. Naumann/R. Welskopf (Anm. 69), S. 64.

<sup>75)</sup> Ebd., S. 57; vgl. auch K. Steinitz/J. Wahse (Anm. 7), S. 91 und 96f.

<sup>76)</sup> P. Glotz, Soziale Probleme der Frei- und Umsetzung von Arbeitskräften und ihre Anforderungen an die Leitung, in: *Sid*, 19 (1983) 3, S. 8.

<sup>77)</sup> Vgl. K. Steinitz/J. Wahse (Anm. 7), S. 94.

<sup>78)</sup> Vgl. etwa G. Friedrichs, Mikroelektronik und Makroökonomik, in: ders./A. Schaff (Hrsg.), *Auf Geheiß und Verderb*, Hamburg 1984, S. 211.

Die sich hier abzeichnende Permanenz des Wandels, die Verflüssigung und Auflösung stabiler Arbeits- und Lebensverhältnisse, kontrastiert stark mit den auf soziale Statik angelegten Charakteristika des Arbeits- und Leistungsverhaltens. Die bislang erprobten Muster der individuellen wie kollektiven Orientierung, die auf der Landkarte des Parteistaats in der Vergangenheit einen brauchbaren sozialen Kompaß boten, waren — wenn wir die sozialen Veränderungen der Entstehungsphase vernachlässigen — wesentlich auf soziale Kontinuität und konservative Bestandwahrung ausgerichtet. Diese Muster scheinen nun irreversibel veraltet, ohne daß erkennbar wäre, daß an ihre Stelle neue, den sich verändernden Umweltbedingungen angepaßtere Verhaltensorientierungen und Bewältigungsstrategien getreten wären<sup>79)</sup>. Vor allem jedoch wird zu bedenken sein, daß die tradierten Bewegungsformen der Arbeitswelt mit dem Komplex der Systemstrukturen bislang ein durchaus stimmiges, wenn auch keines-

wegs konfliktfreies *Gefüge sozialer Entsprechungen* bildeten.

Man kann daher die entlastende Funktion der Arbeitskollektive und den Binnenmechanismus ihrer Konfliktverarbeitung nicht ersatzlos streichen, ohne sich Orientierungsverluste und soziale Konflikte an anderer Stelle einzuhandeln. Wer das Risiko und das selbständige Engagement in Innovationsprozessen will, wird das System des politischen Wohlverhaltens und des konformen Regelvollzugs außer Kraft setzen müssen. Wer kalkuliertes Leistungsverhalten und wirksame materielle Anreize verankern will, wird nicht nur den sozialen Preis des Konsumismus zahlen, sondern auch die systemischen Voraussetzungen dafür schaffen müssen, daß nach dynamischen und individuellen Bedarfskriterien konsumiert werden kann. Die grauen und schwarzen Tauschmärkte und die immer fehlenden tausend kleinen und großen Dinge des Lebens vertragen sich mit den Prämissen einer Leistungsgesellschaft nur schlecht.

Das eine wird man also ohne das andere nicht erreichen können. Die Innovation des sozialen Verhaltens setzt die Innovation der Systemstrukturen voraus. In welchem Maße dies möglich sein wird und welche sozialen Ansatzpunkte die gegenwärtige DDR-Gesellschaft hierfür bietet, ist freilich eine andere Frage. Daß sie sich zwingend stellt, ist eine Konsequenz dieser Analyse.

<sup>79)</sup> Es gehört zwar zum guten Ton jüngerer Beiträge der DDR-Sozialwissenschaften von den Erfordernissen umfassender Flexibilisierung und Dynamisierung des Sozialgeschehens zu sprechen, aber es finden sich kaum Hinweise, wie solche äußeren Wandlungsprozesse subjektiv verarbeitet werden können. H. Nick, *Umfassende Intensivierung und sozialistische Lebensweise*, in: *Einheit*, 40 (1985) 3, S. 244, stellt immerhin diese Frage.

## Bildungs- und Erziehungswesen sozialistischer Staaten

### Politische Steuerung — gesellschaftlicher Pluralismus — pädagogische Autonomie

Wie weit reicht die staatliche *Planungs- und Steuerungskapazität* im Bildungs- und Erziehungswesen angesichts komplexer gesellschaftlicher Strukturen, differenzierter Bildungsansprüche und ökonomisch-technischer Herausforderungen?

Wie reagiert die *Bildungsverwaltung* auf diese unterschiedlichen Aufgaben im Rahmen einer zentralistischen oder einer stärker dezentralisierten politischen Verwaltungsordnung? Als Garant der politisch-ideologischen Geschlossenheit des Systems einerseits oder als effizientes Instrument innovatorischer Pläne andererseits?

Auf welche Weise artikuliert sich *Schulkritik* „von unten“, wie wird sie wahrgenommen und möglicherweise in schulpolitische Aktionen umgesetzt?

Gibt es — innerhalb oder auch außerhalb des staatlichen Bildungs- und Erziehungssystems — gesellschaftliche *Freiräume* für pädagogisches Handeln, ergeben sich daraus auch Möglichkeiten einer — gleichwie im einzelnen gearteten — „pädagogischen Autonomie“?

Solche Fragen zu stellen, heißt bereits von der Annahme auszugehen, daß in den kommunistisch regierten Staaten in Europa (einschließlich der Sowjetunion) das Bildungs- und Erziehungswesen weniger „monistisch“ ist, als häufig angenommen wird, ohne daß

---

*Vorabdruck des Einleitungsbeitrages zu dem Buch: Oskar Anweiler (Hrsg.), Staatliche Steuerung und Eigendynamik im Bildungs- und Erziehungswesen osteuropäischer Staaten und der DDR, Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin 1986, Reihe „Osteuropa-forschung“; hrsgg. von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, Bd. 21.*

deswegen bereits die Gültigkeit des theoretischen Modells eines sozialistischen bzw. kommunistischen „Pluralismus“ vorausgesetzt werden muß.

Die Bemühungen um eine gesellschaftstheoretische Fundierung der wissenschaftlichen Analyse kommunistischer Bildungspolitik und Pädagogik haben nach der Kritik am Totalitarismuskonzept längere Zeit geruht und dort, wo sie später wiederaufgenommen worden sind, in erster Linie die Entwicklung in der DDR zum Ausgangspunkt für allgemeinere Schlußfolgerungen genommen<sup>1)</sup>, die teilweise anders geartete Situation in Polen, Ungarn oder der Tschechoslowakei beispielsweise jedoch weniger berücksichtigt. Die folgenden Überlegungen knüpfen an früher vortragene Gedanken zur *historisch-komparativen* Analyse sozialistischer Bildungssysteme an und versuchen, diese aufgrund jüngerer Entwicklungen und Erfahrungen in den Ländern des „realen Sozialismus“ weiterzuentwickeln<sup>2)</sup>. Dabei heben die im Titel dieses Beitrages genannten drei Leitlinien — politische Steuerung, gesellschaftlicher Pluralismus und pädagogische Autonomie — Grundgedanken hervor, ohne den Anspruch eines systematischen Überblicks erheben zu wollen.

<sup>1)</sup> Vgl. H. Messmer, Bildungsproduktion in der Systemkonkurrenz? Der deutsch-deutsche Bildungsvergleich zwischen Systemgegensatz und Systemannäherung, in: Die beiden deutschen Staaten im Ost-West-Verhältnis, Fünfzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 1. bis 4. Juni 1982, Edition Deutschland Archiv, Köln 1982, S. 164—179.

<sup>2)</sup> O. Anweiler, Die Bildungssysteme sozialistischer Staaten in Europa als Gegenstand vergleichender Forschung, in: Bildung und Erziehung, 27 (1974), S. 458—471; ders., Die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ als Lern- und Erziehungsgesellschaft, in: Osteuropa, 78 (1978), S. 573—585.

## I. Zentrale Steuerung und „Selbstregulierung“

Die Bildungssysteme staatssozialistischer Prägung<sup>3)</sup> sind — bis auf die kurze Periode einer rätendemokratischen Schulverfassung unmittelbar nach der russischen Oktoberrevolution — durch ein hohes Maß an staatlicher Planung und zentraler politischer Steuerung gekennzeichnet. Das kommunistische Regime in Rußland wie die nach Ende des Zweiten Weltkrieges errichteten „volksdemokratischen“ Ordnungen konnten dabei an die zentralistischen Strukturen der Lenkung und Verwaltung im Schul- und Hochschulwesen ihrer jeweiligen Vorgänger anknüpfen: an die Tradition des russischen Zarenreiches, die in den Nachfolgestaaten wirksamen Verwaltungsstrukturen der Österreichisch-Ungarischen Monarchie oder an das preußische Erbe des Deutschen Reiches.

In der Sowjetunion gab es bis etwa 1930 zwar Ansätze für einen begrenzten Bildungsföderalismus, sie erloschen aber im Zuge der zentralen Wirtschaftsplanungspolitik, der Konzentration der politischen Macht unter Stalin und aufgrund der maßgeblichen Rolle der Russischen Sowjetrepublik im Bildungsreich<sup>4)</sup>. In Polen, der ČSSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien ebenso wie in der SBZ/DDR herrscht seit der Etablierung der neuen Regime ein streng zentralistisches staatliches Bildungssystem — in der Tschechoslowakei seit 1969 in scheinföderalistische Strukturen gekleidet —, entsprechend den für den gesamten Staatsaufbau und das Wirtschaftssystem gleichermaßen geltenden hierarchischen Leitungsprinzipien im Gewande des „demokratischen Zentralismus“.

Die zentrale *politische Steuerung* ist nicht gleichbedeutend mit einer einheitlichen, alle Bereiche und Ebenen des Bildungswesens umfassenden *Verwaltung*. Für die UdSSR ist vielmehr eine zentralistische „Versäulung“ der Bildungsverwaltung in drei relativ unabhängige Apparate kennzeichnend: für das Schulwesen, die Berufsbildung sowie das

Hoch- und Fachschulwesen. Ähnlich verhält es sich in der DDR, während es in anderen Staaten entweder zwei oder nur ein Ministerium für den Bildungsbereich gibt.

Für die politische Steuerung im Bildungsbe- reich scheint die jeweilige administrative Struktur nicht von ausschlaggebender Bedeutung zu sein, da erstere vornehmlich von den zentralen Gremien der Kommunistischen Partei selbst ausgeht, in deren Apparat wiederum die Bildungsangelegenheiten in den entsprechenden Abteilungen des Zentralkomitees ressortieren. So verhältnismäßig wenig bisher über die formellen und vor allem informellen Beziehungen zwischen Partei- und Staatsapparat an der Spitze des Bildungswesens aus den einzelnen kommunistisch regierten Staaten bekannt ist, so eindeutig ist jedoch die politische Führungs- und Steuerungsrolle der Kommunistischen Partei als solcher festgelegt; das gilt auch für Jugoslawien mit seinem föderalistischen Staatsaufbau und der Selbstverwaltungsstruktur im Bildungswesen<sup>5)</sup>.

Von der politischen Steuerung wie von der Verwaltung ist die *Planung* im Bildungsbe- reich zu unterscheiden. Organisatorisch ist sie in der Regel einerseits mit den Wirtschafts- und Sozialplanungsbehörden, andererseits mit der Bildungsverwaltung verbunden; sie folgt ferner den territorialen und teilweise den sektoralen Gliederungen des Planungsapparats. Dabei zeigen sich erhebliche Mängel in der Abstimmung der administrativen Planung eines Teilbereichs (z. B. Berufsschule) mit den anderen Sektoren des Bildungswesens, was sich auf regionaler und örtlicher Ebene besonders in der Arbeitskräfte- nachwuchsplanung mit deren Folgewirkungen negativ niederschlägt. Ein größerer eigenständiger Spielraum für die regionalen Instanzen erscheint daher — wie im Falle Ungarns — nur folgerichtig zu sein; das Problem besteht aber darin, wie vermieden werden kann, daß schon vorhandene Entwicklungsunterschiede zwischen einzelnen Territorien durch eine Regionalisierung der Ressourcen-

<sup>3)</sup> Zur Unterscheidung der Staats- und Gesellschaftsmodelle im Sozialismus wird von Bildungssystemen „staatssozialistischer Prägung“ gegenüber dem jugoslawischen „Selbstverwaltungssozialismus“ gesprochen. Vgl. O. Anweiler, Gesellschaftliche Mitwirkung und Schulverfassung in Bildungssystemen staatssozialistischer Prägung, in: *Bildung und Erziehung*, 26 (1973), S. 260—272.

<sup>4)</sup> Vgl. O. Anweiler, Zentralismus und Föderalismus im sowjetischen Bildungswesen, in: *Sowjetsystem und Ostrecht*, Festschrift für Boris Meissner, Berlin 1985, S. 179—196.

<sup>5)</sup> Vgl. zur theoretischen Basis und politischen Realität W. Höpken, *Sozialismus und Pluralismus in Jugoslawien*, München 1984, zur bildungspolitischen Entwicklung und Dokumentation U. Bach, *Bildungspolitik in Jugoslawien von 1945 bis 1974*, Erziehungswissenschaftliche Veröffentlichungen des Osteuropa-Instituts an der Freien Universität Berlin, Bd. 10, Berlin-Wiesbaden 1977.

und Allokationsplanung nicht noch größer werden (so etwa im Falle Jugoslawiens).

Mit Ausnahme Jugoslawiens lassen sich für die anderen sozialistischen Staaten in den drei bisher genannten Bereichen verschiedene Grade der Zentralisierung ausmachen:

— in der *Bildungspolitik*, d. h. der politischen Steuerung, herrscht ein durchgehend hohes Maß zentralisierter Entscheidungen und Direktiven für das gesamte Bildungs- und Erziehungswesen;

— in der *Bildungsplanung* gibt es zentrale Grundentscheidungen und Rahmenbedingungen mit unterschiedlicher Delegation der Kompetenzen an nachgeordnete territoriale Instanzen;

— in der *Bildungsverwaltung* herrschen vertikale Strukturen in teilweise separaten „Verwaltungssäulen“, die auf mittlerer und unterer Ebene durch horizontale Kooperation ergänzt werden können.

Die bisher skizzierte zentralistische Struktur der Bildungssysteme in den staatssozialistischen Ländern hat ihren Grund zu einem erheblichen Teil in den politischen und gesellschaftlichen *Integrationsaufgaben*, die dem Bildungswesen zugeschrieben werden. Dazu zählt in erster Linie die postulierte *ideologische Einheit* in den Bildungs- und Erziehungszielen sowie den daraus abgeleiteten Bildungsinhalten, wie sie z. B. in den Schulen durch einheitliche Lehrpläne repräsentiert werden. Die angestrebte ideologische Geschlossenheit des Weltbildes als pädagogische Aufgabe bestimmt auch sehr stark die Forderung nach „einheitlichen didaktischen Prinzipien“ und damit auch nach einer einheitlichen Ausbildung der Lehrer aufgrund zentraler Studienpläne. Das *Einheitsprinzip* im Schulaufbau („Einheitsschule“) wiederum beruht auf der Leitidee der größtmöglichen gesellschaftlichen Gleichheit. Es gehört zu den wichtigsten Überzeugungen der Bildungspolitik auf marxistisch-leninistischer Grundlage, daß nur durch eine zentrale Steuerung der Bildungspolitik und eine weitgehend einheitliche Organisationsstruktur des Bildungswesens die genannten politisch-ideologischen Postulate realisiert werden können. Das jugoslawische Beispiel zeigt allerdings auch, daß auf der theoretischen Grundlage des Marxismus auch andere praktische Konsequenzen (das Selbstverwaltungsmodell) möglich sind.

Grob gesehen wird das Bildungswesen von drei zwar miteinander verbundenen, aber

nicht immer in die gleiche Richtung wirkenden Entwicklungen außerhalb des Bildungssystems selbst beeinflusst: der wirtschaftlichen und technischen Entwicklungsdynamik und daraus resultierenden Modernisierungsnotwendigkeiten, den gesellschaftlichen Erwartungen, der „Nachfrage“ nach Bildung, und schließlich vom kulturellen Wertewandel in der Gesellschaft. Die staatssozialistischen Systeme gehen im Prinzip von einer politischen Steuerungsnotwendigkeit und -fähigkeit sowie von der Planbarkeit *aller* drei genannten Bereiche aus — abgekürzt wird dann von Wirtschafts-, Gesellschafts- oder Kulturplanung gesprochen.

Das Bildungswesen ist demnach in ein umfassendes Planungs- und Entwicklungsmodell eingebunden. Da jedoch die Entwicklungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur nicht synchron und nicht einheitlich zielgerichtet verlaufen und der Grad ihrer Steuerbarkeit erheblich differiert, ergibt sich für die Bildungspolitik die Notwendigkeit, ein eigenes Steuerungs- und Zielorientierungskonzept zu entwickeln, welches die verschiedenen Ansprüche aufnimmt und zu integrieren versuchen muß. Wenn das Modell einer zwar „komplexen“, aber doch zentralen umfassenden Gesellschaftsplanung vorherrscht, kann auch die Bildungspolitik nur nach diesem Muster verfahren, d. h., sie wird einer zentralistischen Steuerung huldigen; sie muß aber auch bestrebt sein, wegen der unterschiedlichen Anforderungen von außen, die einen Ausgleich erheischen, eigene Entscheidungsräume zu gewinnen und zu behaupten. Der administrative Apparat, mit dessen Hilfe die Steuerung betrieben und das Funktionieren des Bildungswesens gewährleistet werden soll, garantiert daher auch eine gewisse „institutionelle Autonomie“ des Bildungssystems als solchem.

Die hier in einem allgemeinen Zusammenhang einer Theorie der Bildungspolitik und des Bildungswesens angesprochenen Fragen haben in letzter Zeit auch in den wissenschaftlichen Bemühungen um eine Theorie der Lenkung und Verwaltung des Bildungswesens ihren Niederschlag gefunden. Dabei lassen sich deutlich zwei unterschiedliche Konzepte ausmachen: dasjenige einer „*Leitungswissenschaft*“ und dasjenige einer organisationstheoretischen Lehre der „*Selbstregulierung*“. Beiden ist die erwähnte Betrachtung des Bildungswesens als eines abgegrenzten institutionellen Bereichs (mit eigenen Zwecken und Regeln) durchaus gemeinsam,

aber sie unterscheiden sich wesentlich in der Sichtweise. In der „Leitungsforschung“ sowjetischen Typs dominiert das Modell der überlieferten zentralistischen Leitungsstruktur des Bildungswesens<sup>6)</sup>, während die polnischen Theoretiker der „Selbstregulierung“ den Nachdruck auf das Zusammenwirken leitender und selbstverwaltender Organe, mit einem erheblich größeren Spielraum letzterer, legen. Nach diesem Modell sollen die Befugnisse der Schulaufsicht begrenzter, ihre Effizienz aber gesteigert werden, die pädagogische Eigenständigkeit der einzelnen Institution und der in ihr Tätigen größer und die Verbindung mit der konkreten sozialen Umwelt der Schule enger werden<sup>7)</sup>. Der Begriff der „Selbstregulierung“ im Bildungswesen wird dabei mit einem Systembegriff verbunden, der auf der Vorstellung einer „gesellschaftlichen Homöostase“ beruht<sup>8)</sup>.

Ohne hier auf die generelle Problematik derartiger organisationssoziologischer Modelle für die Analyse von Erziehungs- und Bildungsprozessen, die sich in bestimmten Institutionen abspielen, eingehen zu wollen<sup>9)</sup>, läßt sich für Polen zeigen, daß das Selbstregulierungskonzept den Versuch einer theoretischen Antwort auf die akute polnische Gesellschafts- und Bildungskrise Anfang der achtziger Jahre darstellt — es ist gleichsam zwischen dem radikalen Selbstverwaltungsprogramm der „Solidarität“ einerseits und der überlieferten zentralistischen Bildungsverwaltung andererseits angesiedelt. Interessant ist, daß die Ebene der *bildungspolitischen* Entscheidung, d. h. der politischen Steuerung, in diesem Konzept ausgeklammert bleibt; über die Ebene der *Bildungsplanung* herrscht

noch Unklarheit, doch dürfte der gesamtstaatliche Aspekt dominant bleiben; nur im Rahmen der *Bildungsverwaltung* werden weiterreichende Änderungen zugunsten dezentraler Elemente und eine Stärkung der untersten Einheiten im Bildungswesen (Schulen, Hochschulen) angestrebt.

Interessant ist, daß in *Ungarn* auch die Planungsebene unter dem Gesichtspunkt der Regionalisierung stärker dezentralisiert wird, um damit besser den wirtschaftlichen und sozialen Wandlungen in den jeweiligen Gebieten entsprechen zu können. Es hat hier den Anschein, als ob man in der politischen Führung des Landes im Interesse einer dynamischen Modernisierung den Spielraum territorialer Planungs- und Entscheidungsgremien im Bildungswesen erweitert hat, bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der zentralen Direktiven und Kontrollen in allen inhaltlichen Fragen (Lehrpläne, Lehrbücher, Examina usw.)<sup>10)</sup>.

Im Falle *Jugoslawiens* wiederum besteht zwar die einheitliche politisch-ideologische Ausrichtung, aber gleichzeitig ein Bildungsföderalismus — als drittes tritt die wiederum weitgehend gemeinsame Basis der Selbstverwaltung (als das eigentliche „gesellschaftliche“ Element) hinzu. Damit kompliziert sich das Verhältnis von Planung und Verwaltung im Bildungswesen zusätzlich, so z. B. in Fragen der Finanzierung der verschiedenen Einrichtungen<sup>11)</sup>.

Es bleibt abzuwarten, ob und inwieweit die Schulreform in der *Sowjetunion* und die stark auf Modernisierung und Innovation setzende neue politische Führung unter Gorbatschow auch in der Bildungsplanung und Bildungsverwaltung die Kompetenzen der unteren und mittleren Organe erweitern und stärken wird<sup>12)</sup>. Die 1984 erlassenen Direktiven zur Verbesserung und Effizienzsteigerung der Bildungsverwaltung sehen zwar eine gewisse Stärkung der lokalen Volksbildungsorgane vor, aber der Grundsatz des „demokratischen Zentralismus“ wird im gleichen Atemzug als

<sup>6)</sup> Siehe den Beitrag von D. Glowka, Ansätze einer Schulverwaltungsforschung in der Sowjetunion, in: O. Anweiler (Hrsg.), Staatliche Steuerung und Eigendynamik im Bildungs- und Erziehungswesen osteuropäischer Staaten und der DDR, Berlin 1986 (erscheint demnächst).

<sup>7)</sup> Siehe den Beitrag von M. Pecherski, Die Theorie der Selbstregulierung im Bildungswesen und praktische Erfahrungen in Polen, in: O. Anweiler (Hrsg.) (Anm. 6).

<sup>8)</sup> M. Pecherski/J. Tudrej (Hrsg.), Procesy samoregulacji w oświacie. Problemy homeostazy społecznej (Selbstregulierungsprozesse im Bildungswesen. Probleme der gesellschaftlichen Homöostase), Warschau 1983.

<sup>9)</sup> Kritisch dazu z. B. J. Szczepański, Oświata — system czy dramat? (Das Bildungswesen — ein System oder ein Drama?), in: Procesy samoregulacji w oświacie (Selbstregulierungsprozesse im Bildungswesen), Materialien einer wissenschaftlichen Konferenz, organisiert vom Zentrum für Lehrerfortbildung in Sulejówek, 16. bis 17. Juni 1983, Warschau 1984, S. 71—77.

<sup>10)</sup> Siehe den Beitrag von T. Kozma, Regionale Differenzierung und Bildungsplanung in Ungarn, in: O. Anweiler (Hrsg.) (Anm. 6).

<sup>11)</sup> Siehe den Beitrag von V. Muzić, Strukturen und Probleme der schulischen Selbstverwaltung in der föderativen Staatsordnung Jugoslawiens, in: O. Anweiler (Hrsg.) (Anm. 6).

<sup>12)</sup> Vgl. O. Anweiler, Die sowjetische Schul- und Berufsbildungsreform von 1984, in: Osteuropa, 34 (1984), S. 839—860.

unverletzlich hervorgehoben. Eine theoretische Auseinandersetzung mit dem polnischen Konzept der „Selbstregulierung“ hat offen-

sichtlich noch nicht stattgefunden, obwohl sich manche Überlegungen und Anregungen in die „Leitungsforschung“ integrieren ließen.

## II. „Gesellschaftlicher Pluralismus“ und Erziehung

In allen sozialistischen Staaten wird das „monistische“ Bildungssystem, d. h. das einheitliche, nach gleichen politischen und ideologischen Grundsätzen geleitete öffentliche Bildungswesen, durch verschiedene gesellschaftliche Ansprüche und auf unterschiedliche Weise gleichsam „pluralistisch“ unterlaufen. Das „standardisierte“ Schulsystem steht „häufig im Widerspruch zum Pluralismus der Anschauungen, Meinungen, Werte und Ziele, die in der Gesellschaft, in der die Schule wirkt, funktionieren“<sup>13</sup>).

Zur allgemeinen Kennzeichnung der zu beschreibenden Entwicklungen wird hier der Ausdruck „gesellschaftlicher Pluralismus“ verwendet. Da der Pluralismusbegriff in der politikwissenschaftlichen und politischen Diskussion seit langem und kontrovers verwendet wird, soll zunächst festgehalten werden, daß sich der hier gemeinte „gesellschaftliche Pluralismus“ als ein deskriptiver und nicht präskriptiver Begriff versteht und auch nicht notwendig mit einer bestimmten „pluralistischen Gesellschaftstheorie“ verbunden sein muß. Allerdings könnte man — in Umkehrung des Titels eines Aufsatzes über „die dreifache Herausforderung des Pluralismus durch den Marxismus“<sup>14</sup>) — durchaus von einer „Herausforderung des Marxismus durch den Pluralismus“ sprechen und dieser Herausforderung vielleicht sogar einen höheren Realitätsgehalt als der anderen zumessen. Damit soll angedeutet werden, daß der *Idee* des Pluralismus in einem bestimmten Verständnis durchaus eine politische Brisanz innewohnen kann, wie gerade die Entwicklung in Polen gezeigt hat, die im übrigen auch von dem Versuch begleitet war, eine marxistisch fundierte Theorie des Pluralismus zu erarbeiten<sup>15</sup>).

Die Basis des gesellschaftlichen Pluralismus stellt zunächst die Tatsache einer Gliederung der bestehenden sozialistischen Gesellschaften nach Klassen, Schichten oder Gruppen dar, wie sie z. B. von der Sozialstrukturforschung dieser Länder seit längerem auch empirisch untersucht wird. Dieser nahezu banale Sachverhalt verliert etwas von der Feststellung bloßer Faktizitäten, wenn man ihn auf dem Hintergrund früherer marxistischer gesellschaftlicher Fortschrittstheorien sieht, wonach der Übergang zur kommunistischen, d. h. klassenlosen Gesellschaft „gesetzmäßig“ erfolgen würde und die bestehenden sozialen Unterschiede daher „absterben“ müßten. Der Realitätszuwachs, den die empirische Sozialforschung den Ideologieverwaltern vermittelt, hat bereits zur Ablösung derartiger linearer Entwicklungsmodelle und zur ideologischen Ausdifferenzierung der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“ sowie zur Anerkennung länger fortdauernder und zum Teil neu entstehender sozialer und vor allem kulturell/bildungsmäßiger Unterschiede im Sozialismus geführt.

Dadurch gewinnt aber die Tatsache solcher gesellschaftlicher Differenzierungen insofern an Bedeutung, als nunmehr auch die Frage nach vorhandenen Differenzierungen in bestimmten Denk- und Verhaltensweisen und die Rolle von Bildung und Erziehung in dem Prozeß ihrer Herausbildung gestellt werden muß. Es wird inzwischen gesehen, daß innerhalb der „sozialistischen Lebensweise“ — einem überwölbenden ideologischen Konzept — verschiedene spezifische Lebensweisen aufgrund der sozialen Lage, des Bildungsstandes, den allgemeinen Arbeits- und Lebensbedingungen im Betrieb oder Wohngebiet usw. bestehen, die den Erziehungs- und Bildungsprozeß stark bestimmen<sup>16</sup>). Während dem Erziehungs- und Bildungswesen einerseits die

<sup>13</sup>) M. Kozakiewicz, „Monistische“ Schule in der „pluralistischen“ Gesellschaft?, in: W. Mitter (Hrsg.), Kann die Schule erziehen?, Studien und Dokumentationen zur vergleichenden Bildungsforschung, Bd. 25, Köln 1983, S. 307—330, hier S. 313.

<sup>14</sup>) A. Schwan, Die dreifache Herausforderung des Pluralismus durch den Marxismus, in: H. Oberreuter (Hrsg.), Pluralismus, Opladen 1980, S. 127—142.

<sup>15</sup>) Vgl. S. Ehrlich, Pluralism on and off Course, Oxford 1982. Dazu die Rezension von W. Steffani, Pluralismus versus Uniformität, in: PVS-Literatur, 24 (1983), S. 136—145.

<sup>16</sup>) Vgl. O. Anweiler, „Sozialistische Lebensweise“ als pädagogisches Konzept und als Realität, in: F. Haffner (Hrsg.), Idee und Realität der sozialistischen Lebensweise in Ostmitteleuropa, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 11, Marburg 1985 (erscheint demnächst).



Aufgabe einer gesellschaftlichen Homogenisierung gestellt wird, die ein relativ einheitliches „gesellschaftliches Bewußtsein“ einschließt, besteht daneben die Notwendigkeit, die vorhandenen individuellen Unterschiede in der Begabung, Leistungsbereitschaft und „Lebensplanung“ als solche anzuerkennen und „gesellschaftlich nutzbar“ zu machen.

An dieser Stelle muß auch auf die unterschiedlichen Voraussetzungen und jeweiligen nationalen Besonderheiten des vorhandenen gesellschaftlichen Pluralismus hingewiesen werden. Während sich in *Polen* der gesellschaftliche Pluralismus in erster Linie als ein politisch/kultureller Pluralismus artikuliert und seine soziale Basis seit den siebziger Jahren nicht nur in der Intelligenz, sondern vor allem in der gebildeten Arbeiterklasse fand (gestützt von der katholischen Kirche), existiert in der Sowjetunion ein eher „latenter Pluralismus“ sozialer und nationaler Gruppen, der mit dem polnischen kaum verwandt ist. Es mangelt dem gesellschaftlichen Pluralismus in der Sowjetunion sowohl an öffentlichen Artikulationsmöglichkeiten als auch an bestimmten ideellen Traditionen, wie sie gerade im kulturellen Bereich wesentlich sind. Nicht zufällig ging es in Polen während der Periode der „gesellschaftlichen Erneuerung“ 1980/81 in so starkem Maße um die Revision des manipulierten Geschichtsbildes und des Geschichtsunterrichts an den Schulen, während umgekehrt in der Sowjetunion gerade die historisch-patriotische Komponente als Stabilisierungsfaktor des sowjetischen Systems benutzt wird. Der „nationale Pluralismus“ allerdings, der in der herrschenden Theorie der nationalen Beziehungen in der Sowjetunion anerkannt wird und im Bildungswesen eine starke Stütze findet, kann zu dem sowjetpatriotischen „Monismus“ auch in Gegensatz geraten, was sich besonders in der Sprachenfrage zeigt<sup>17)</sup>.

Wenn bisher so stark auf den gesellschaftlichen Pluralismus in Form unterschiedlicher geistiger Werte und Orientierungen abgehoben worden ist, so auch deshalb, weil sich im Bildungswesen gerade darin der Pluralismus

manifestiert. Innerhalb der jeweiligen Gesellschaften und Nationen der sozialistischen Staaten gibt es unterschiedliche Grade einer „nicht-offiziellen pluralistischen Kultur“, die teilweise — wie z. B. in der Sowjetunion, der Tschechoslowakei oder der DDR — überhaupt nicht in die offiziellen Schullehrpläne hineinreicht, teilweise — wie in Jugoslawien, Ungarn oder Polen — gleichsam am Rande des Bildungssystems toleriert wird. Nur in Polen behauptete die katholische Kirche einen eigenen kulturellen und pädagogischen „Aktionsraum“, der trotz aller Behinderungen fortbesteht und bisher wesentlich zur Existenz einer „parallelen Bildung“ in der Bevölkerung beigetragen hat<sup>18)</sup>.

Es gilt noch einen anderen Aspekt des gesellschaftlichen Pluralismus in seiner Bedeutung für Erziehung und Bildung wenigstens kurz zu beleuchten. Wie schon erwähnt, haben verschiedene empirische jugend-, bildungs- und familiensoziologische Untersuchungen in den meisten sozialistischen Staaten Wandlungen, Beharrungen und neue Formen bestimmter Wertorientierungen und Verhaltensweisen nachgewiesen. So konnten z. B. die „Lebensplanforschungen“ in der UdSSR den Zusammenhang von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Veränderungen in der Struktur des Bildungswesens sowie von Erwartungen und tatsächlichem Verhalten Jugendlicher bei der Berufswahl näher ermitteln und damit auch der Bildungspolitik wichtige Hinweise geben<sup>19)</sup>.

In allen sozialistischen Staaten ergaben solche Untersuchungen ein interessantes, wenn auch nicht überraschendes Resultat: Mit der Ausdehnung und Verlängerung der allgemeinen Schulzeit sind die Bildungsaspirationen, d. h. die Wünsche nach Fortsetzung einer Ausbildung auf gehobenen Stufen, in einem Maße gewachsen, daß auf vielen Gebieten ein Mangel an Arbeitskräftenachwuchs herrscht, auf anderen ein Überschuß an Interessenten und Bewerbern.

Auch für die DDR beispielsweise, die in technischer und arbeitsorganisatorischer Hinsicht innerhalb der sozialistischen Staaten an der Spitze steht, heißt es aufgrund entsprechender Untersuchungen: „Empirisch wird ... deutlich, daß es z. B. in zunehmendem Maße

<sup>17)</sup> Vgl. O. Anweiler/F. Kuebart, „Internacionalnoe vospitanie“ und „multicultural education“. Aspekte eines Vergleichs zweier politischer Konzepte, in: W. Mitter/J. Swift (Hrsg.), *Erziehung und die Vielfalt der Kulturen, Bildung und Erziehung*, Beiheft 2/1, Köln-Wien 1985, S. 219–244; W. Mitter, *Multikulturalität und Zweisprachigkeit im sowjetischen Bildungswesen*, in: *Zeitschrift für erziehungs- und sozialwissenschaftliche Forschung*, 1 (1984), S. 3 bis 39.

<sup>18)</sup> Siehe den Beitrag von H.-J. Karp, *Der pädagogische Aktionsraum der Kirche in Polen*, in: O. Anweiler (Hrsg.) (Anm. 6).

<sup>19)</sup> Siehe den Beitrag von F. R. Filippow, *Lebenspläne der Jugend und die Bildungsreform in der UdSSR*, in: O. Anweiler (Hrsg.) (Anm. 6).

Schwierigkeiten bereitet, Arbeitskräfte, vor allem jüngere Menschen mit Zehnklassenabschluß, für unattraktive, körperlich schwere, monotone und inhaltsarme Tätigkeiten zu gewinnen, die der Entfaltung der Schöpferkraft recht enge Grenzen setzen. Während einerseits die derzeitigen materiell-technischen Grundlagen der Produktion objektiv eine Gruppe von Werktätigen erfordern, die jenen Typ unattraktiver Arbeit ausführen, ist die Persönlichkeitsentwicklung auch im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen und Arbeitsinhalte durch ein rasch wachsendes Niveau der Bedürfnisse gekennzeichnet.<sup>20)</sup>

Die eher kurzfristige Lösung der Wirtschafts- und Bildungsplaner besteht in der forcierten Berufsnachwuchslenkung in die Mangelberufe und in der versuchten Umstrukturierung des Schulwesens (wie in der UdSSR 1984). Langfristig müssen die Arbeitsplatzbedingungen entschieden verbessert werden. Einstellungsveränderungen unter Schulabgängern könnten auf eine realistische Anpassung der Ausbildungs- und Berufswünsche hindeuten, ändern aber offenbar noch nichts Wesentliches an den bisherigen Präferenzen für bestimmte gehobene Bildungsabschlüsse unter den Angehörigen der Intelligenzschicht.

Schließlich sei noch auf einen gesellschaftlichen Pluralismus eigener Art hingewiesen, der sich als „Dualismus der Generationen“ charakterisieren ließe, durch andere Merkmale (sozialer, kultureller Art) aber durchkreuzt wird. Die „Erwachsenengesellschaft“ und die „Jugendgesellschaft“, um es verkürzt so auszudrücken, leben auch in den sozialistischen Staaten, obwohl das von der offiziellen

Ideologie geleugnet wird, häufig in zwei getrennten Welten. Wenn in Polen z. B. die angestrebte „kulturelle Erziehung“ als Teil der Bildungsaufgabe die „Bruchstellen zwischen Schule und Gesellschaft“ kitten soll<sup>21)</sup>, dann verbirgt sich dahinter auch ein Intergenerationenproblem, ein Gegensatz zwischen „offizieller“ Kultur und jugendkulturellen Ausdrucksformen, die zum Teil gesellschaftlichen Protestcharakter tragen. Aus dieser Sicht wird Erziehung in den öffentlichen Institutionen um so stärker als repressiv und intolerant empfunden, je mehr das Trugbild gesellschaftlicher Harmonie nach außen beschworen wird.

Wenn man von der Existenz verschiedener „Ordnungs- und Konfliktmuster im Erziehungsfeld“ ausgehen kann, wie am Beispiel der DDR gezeigt worden ist<sup>22)</sup> — und dies läßt sich mindestens in demselben Maße auch für die anderen sozialistischen Gesellschaften vermuten —, dann wird deutlich, daß unterhalb des standardisierten öffentlichen Erziehungssystems, welches in erster Linie durch die Schulen repräsentiert wird, eine Pluralität von Erziehungsweisen besteht. Diese Erziehungsweisen entziehen sich zum größten Teil der politischen Steuerung und werden auch durch die Bemühungen der „pädagogischen Propaganda“, d. h. einer ideologisch begründeten Eltern- und Erwachsenenbildung und -beratung in Erziehungsfragen, nur teilweise erreicht und beeinflußt<sup>23)</sup>. Dem uniformierenden Einfluß der Bildungsinstitutionen steht somit ein differenziertes „Erziehungsfeld“ gegenüber — die individuelle Entwicklung und Sozialisation wird von beidem geprägt.

### III. „Pädagogische Autonomie“ als Korrektiv?

Das bereits skizzierte Konzept der „Selbstregulierung“ im Bildungswesen und die Tatsache eines gesellschaftlichen Pluralismus in der Erziehung lassen sich zu der Frage verbinden, ob und in welchem Maße eine „pädagogische Autonomie“ innerhalb der sozialistischen Bildungssysteme denkbar, möglich oder vorhanden ist. Daß es sich dabei nicht um eine spekulative Frage handelt, zeigen so-

wohl die in Polen 1980/81 erhobenen Forderungen nach einer „sich selbstverwaltenden und autonomen Schule“ als auch die im Verlauf der sowjetischen Schulreformdiskussion 1983/84 geäußerten kritischen Stimmen gegen die herrschende Bevormundung von Leh-

<sup>20)</sup> A. Kretzschmar, Sozialstruktur und Persönlichkeit, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1981, Berlin 1981, S. 102—115, hier S. 105.

<sup>21)</sup> Siehe den Beitrag von W. Schlott, An der Bruchstelle zwischen Schule und Gesellschaft: Kulturelle Erziehung in Polen, in: O. Anweiler (Hrsg.) (Anm. 6).

<sup>22)</sup> D. Waterkamp, Ordnungs- und Konfliktmuster im Erziehungsfeld in der DDR, in: Lebensbedingungen in der DDR, Siebzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 12. bis 15. Juni 1984, Edition Deutschland Archiv, Köln 1984, S. 105—110.

<sup>23)</sup> Siehe den Beitrag von F. W. Busch, Zwischen staatlichen Vorgaben und individuellen Interessen. Mitwirkungsmöglichkeiten von Eltern im Schulwesen der DDR, in: O. Anweiler (Hrsg.) (Anm. 6).

ern und Schülern. So vielfältig und in den Verbesserungsvorschlägen keineswegs einhellig die Stimmen der *Schulkritik* hier und in anderen sozialistischen Staaten auch sein mögen, gemeinsam ist ihnen das Mißbehagen an einer herrschsüchtig auftretenden administrativen und politischen Kontrollapparatur und der Wunsch nach selbstverantworteten Gestaltungsräumen in der pädagogischen Praxis im Interesse der Kinder und Jugendlichen selbst.

Der Begriff der „pädagogischen Autonomie“ ist nicht ohne weiteres mit den beiden überlieferten und gängigen Autonomiebegriffen in der Erziehungswissenschaft gleichzusetzen: der Idee einer „autonomen Pädagogik“ als eines relativ selbständigen Kulturgebietes mit der Spezifik des „Erzieherischen“ in der deutschen geisteswissenschaftlichen Pädagogik einerseits, der „relativen Autonomie“ des Bildungswesens als eines gesellschaftlichen Teilsystems (mit seinen Legitimations- und Reproduktionsfunktionen) in der Bildungssoziologie andererseits<sup>24</sup>). Der Autonomiebegriff, der aus der Rechtssphäre stammt, verliert notgedrungen bei der Übertragung auf andere Bereiche an Schärfe und Eindeutigkeit, ohne daß deswegen sein Kern aufgegeben werden muß. Dieser besteht nun zweifellos in der Anerkennung und Wahrnehmung gesicherter Freiheitsräume für gesellschaftliches Handeln; der Begriff der pädagogischen Autonomie ist daher vor allem ein Abwehr- und Selbstbehauptungsbegriff gegen ein Übermaß staatlicher Macht; mit ihm verbindet sich der Anspruch auf Eigenständigkeit des pädagogischen Handelns.

Es ist offenkundig, daß „pädagogische Autonomie“ in dem hier dargelegten Verständnis in den bestehenden staatssozialistischen Bildungssystemen vor allem die Funktion eines *kritischen Korrektivs* gegenüber den bestehenden Strukturen und Mechanismen in der Leitung und Kontrolle des Bildungswesens besitzt. Dabei kann man sich entweder auf Postulate und Formen einer breiten gesellschaftlichen Mitwirkung im Rahmen sozialistischer Schulverfassungen vom Rätetypus berufen<sup>25</sup>) oder auf die besonders im Gedanken der Hochschulautonomie wirksamen aufklärerisch-liberalen Rechts- und Wissen-

schaftstraditionen oder schließlich auch auf den spezifisch reformpädagogischen Gedanken vom „Wohl des Kindes“ als dem Maßstab der Erziehung. In allen Fällen verbindet sich damit der Anspruch auf stärkere Selbstverantwortung der beteiligten und betroffenen Personen sowie auf erweiterte Rechte der Institutionen bei der Regelung ihrer Angelegenheiten.

Wie erwähnt, sind die Forderungen nach einer pädagogischen Autonomie insbesondere im Verlauf der polnischen „Erneuerungsbewegung“ unter Führung der „Solidarność“ erhoben, begründet und in Verhandlungen mit den lokalen Schulbehörden und dem Bildungs- und Erziehungsministerium durchzusetzen versucht worden<sup>26</sup>). Die programmatischen Erklärungen und konkreten Forderungen, die von den Vertretern der „Solidarność“, aber auch von Mitgliedern der früheren Lehrgewerkschaft vorgebracht worden sind, und ebenso das Verhalten der politischen Instanzen und der Schuladministration machten deutlich, wie stark einerseits die Eigendynamik der gesellschaftlichen Bewegung war und wie sehr andererseits eine grundlegende Änderung der bestehenden Strukturen im Schulwesen von politischen Veränderungen des gesamten Systems abhing.

Die „Autonomisierung“ des Schulwesens insgesamt — durch eine landesweite „Gesellschaftliche Kommission“ als Kontrollinstanz des Ministeriums — und die „unabhängige und autonome“ einzelne Schule als Basis eines Selbstverwaltungssystems waren schon konzeptionell kaum vereinbar mit den Prinzipien des existierenden und ideologisch durch den IX. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) im Juli 1981 bekräftigten einheitlichen und in allen wesentlichen Fragen zentral geleiteten Bildungssystems. Daß die politische Führung aber auch noch nach Verhängung des Kriegszustandes zumindest zu verbalen Zugeständnissen bereit war, zeigt die im Februar 1982 erlassene Instruktion für das Schuljahr 1982/83, in der ausdrücklich von der „Entwicklung der Auto-

<sup>24</sup>) Siehe den Beitrag von W. Hörner, Zur Eigendynamik des allgemeinbildenden Schulsystems in der Sowjetunion und in der DDR — das Beispiel der polytechnischen Bildung, in: O. Anweiler (Hrsg.) (Anm. 6).

<sup>25</sup>) Vgl. O. Anweiler (Anm. 3).

<sup>26</sup>) Vgl. S. Baske, Impulse der Gewerkschaft „Solidarność“ zur Erneuerung des polnischen Schulwesens, in: Aus dreißig Jahren Osteuropa-Forschung, Gedenkschrift für Georg Kennert, Berlin 1984, S. 43—55; H. J. Karp, Nation und Bildung in Polen. Zu den bildungspolitischen Aktivitäten der Gewerkschaft „Solidarität“, in: Wirtschaftsprobleme und Bildungsfragen in der polnischen Reformdiskussion, Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 7, Marburg 1984, S. 59—79.

nomie aller Schulen und Erziehungsstätten sowie ihrer Pädagogischen Räte" die Rede war<sup>27)</sup> — ein Nachhall der „Solidarność“-Forderungen. Das im Mai 1982 verabschiedete Hochschulgesetz<sup>28)</sup> hat in noch weit stärkerem Maße den Grundsatz der institutionellen Selbstverwaltung mit den sich daraus ergebenden partizipatorisch-demokratischen Forderungen anerkannt. Das Schicksal dieses Gesetzes mit seinen Novellierungen vom Juli 1983 und Juli 1985, welche eine drastische Einschränkung der Hochschulautonomie bezweckten, zeigt andererseits, daß unter den wieder gefestigten Machtverhältnissen die Idee autonomer Institutionen gerade im Bildungsbereich als Quelle eines kritischen Potentials angesehen und daher bekämpft wird<sup>29)</sup>.

Der Gedanke der pädagogischen Autonomie war in Polen Ausdruck des gesellschaftlichen und weltanschaulichen Pluralismus und auch mit Vorstellungen über die Weiterentwicklung des politischen Systems zu einem „sozialistischen Pluralismus“ verbunden. Ihm wohnte demzufolge eine über den engeren Bereich der Schulen und Hochschulen hinausweisende Dynamik inne, er hatte den Charakter einer Protest- und Kampfparole. Es war vor allem diese politische Dimension, die ihm einerseits Resonanz, andererseits Ablehnung entgegenbrachte.

Wie schon angedeutet, finden sich wesentliche Elemente der „pädagogischen Autonomie“, ihres unmittelbaren politischen Charakters entkleidet, auch in der Theorie der „Selbstregulierung“ im Bildungswesen, die mit dazu beitragen soll, die „Organisationskultur“, d. h. die Qualität der Verwaltungsarbeit und der pädagogischen Tätigkeit in den Bildungs- und Erziehungsinstitutionen, zu verbessern<sup>30)</sup>. Man könnte von einer Pragmatisierung der ursprünglichen Idee sprechen, die damit auch für die politische Führung akzeptabel wird, da sie weitgehend auf rechtliche

Garantien einer institutionalisierten Autonomie verzichtet und die „pädagogische Autonomie“ in erster Linie mit dem mehr oder minder großen individuellen Spielraum des Lehrers in der Unterrichtstätigkeit gleichsetzt. Deren Grenzen wiederum ergeben sich in erster Linie aus den Möglichkeiten informeller Sanktionen, besonders politischer Natur, mit denen die Schulverwaltung operieren kann. Wenn auch die 1982 erlassene neue „Charta des Lehrers“ die arbeitsrechtliche Lage der Lehrer in Polen erheblich verbessert hat, so bleibt die politisch-ideologische Kontrolle nach wie vor bestehen und wirksam.

Auf dem Hintergrund der skizzierten polnischen Problematik könnte es nicht gerechtfertigt erscheinen, die schulkritischen Stimmen und die Forderungen nach Erweiterung der pädagogischen Selbstverantwortung aus der Sowjetunion ebenfalls mit dem Begriff der „pädagogischen Autonomie“ in Zusammenhang zu bringen. Man kann es trotzdem tun, wenn man sich bewußt bleibt, daß — wie schon im Falle des „gesellschaftlichen Pluralismus“ — die historischen und gegenwärtigen Voraussetzungen in beiden Ländern verschieden und demzufolge auch die Erscheinungs- und Ausdrucksformen pädagogischer Autonomiebestrebungen anders sind.

Da seit der Etablierung der „kommunistischen Staatspädagogik“ schon wenige Jahre nach der Oktoberrevolution die Forderung nach „pädagogischer Autonomie“ von der offiziellen sowjetischen Pädagogik als reaktionär und klassenfeindlich abgestempelt wurde<sup>31)</sup>, die Nähe zum ebenfalls abgelehnten Gedankengut der „freien Erziehung“ erschwerend hinzukam und schließlich unter gegenwärtigen Bedingungen solche Ideen als „linke Abweichungen“ heftig kritisiert werden, gibt es in der Sowjetunion keine explizite Forderung nach einer „pädagogischen Autonomie“ mit den darin enthaltenen Elementen einer grundsätzlichen Kritik am bestehenden System. Es gibt aber ein breites „Unbehagen an der Schule“, eine Vielzahl kritischer Einzelstimmen und eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen, die das „Schulklima“, besonders das Lehrer-Schüler-Eltern-Verhältnis, aber auch das Verhältnis von Schule und „Obrigkeit“ betreffen<sup>32)</sup>.

<sup>31)</sup> Vgl. O. Anweiler, Geschichte der Schule und Pädagogik in Rußland vom Ende des Zarenreiches bis zum Beginn der Stalin-Ära, Berlin-Wiesbaden 1978, S. 116 f., 155—159.

<sup>32)</sup> Vgl. die Dokumentation zur Reformdiskussion von 1983/84 in: Osteuropa, 34 (1984), S. A 553—A 648.

<sup>27)</sup> Dziennik Urzędowy Ministerstwa Oświaty i Wychowania 1982, Nr. 3, Pos. 24.

<sup>28)</sup> Vgl. Dokumente zum Hochschulwesen der Volksrepublik Polen — Hochschulgesetz vom 4. Mai 1982, in: Westdeutsche Rektorenkonferenz (Hrsg.), Dokumente zur Hochschulreform, 52 (1983), zusammengestellt, übersetzt und kommentiert von I. R. Wompel, Bonn 1983.

<sup>29)</sup> Zum Gesetz vom 21. Juli 1983 siehe: Rzeczpospolita vom 22. Juli 1983 und Trybuna Ludu vom 23./24. Juli 1983; zum Gesetz vom 25. Juli 1985 siehe Rzeczpospolita und Trybuna Ludu vom 26. Juli 1985.

<sup>30)</sup> Vgl. M. Peçherski/J. Tudrej (Hrsg.), Kultura organizacyjna w oświacie (Organisationskultur im Bildungswesen), Breslau 1985.

Hierbei handelt es sich nicht nur um seit jeher bekannte Klagen über die „papierne Kreativität“ der Schulverwaltung, die pädagogisch wenig hilfreiche Tätigkeit der Schulinspektoren oder die bürokratischen Leitungsmethoden des Schulleiters<sup>33</sup>), sondern es wurden auch prinzipiellere Fragen der Schulerziehung aufgeworfen, die dann auch den Verantwortungs- und Gestaltungsraum der Pädagogen und der einzelnen Schule betreffen. Die Publikationen des in den letzten Jahren breiten Leserkreisen bekannt gewordenen georgischen Psychologen und Schulleiters Amonaschwili, des Verfechters einer so von ihm genannten „humanen Schule“, ebenso wie die Entwürfe für eine „Schule der Zukunft“ des 1983 verstorbenen russischen Pädagogen Kostjaschkin gehen allesamt von der Notwendigkeit einer größeren individuellen Eigenverantwortung der Lehrer, einer zu befördernden größeren Selbständigkeit der Schüler und einer Erweiterung kollektiver Gestaltungs- und Freiheitsrechte der Schule als Ganzes aus<sup>34</sup>).

Die Schulreformdirektiven von 1984 greifen davon nur die allgemeine Forderung nach verbesserten „Bedingungen für die schöpferische Arbeit der Direktoren der allgemeinbildenden Schulen und der Berufsschulen bei

der Gestaltung des Bildungs- und Erziehungsprozesses“ auf und enthalten das Versprechen, daß die Schulinspektoren künftig den Strom „verschiedener Meldungen, Berichte und Anfragen“ reduzieren würden, um nicht „die pädagogischen Kollektive von ihrer lebendigen und schöpferischen Arbeit in Unterricht und Erziehung abzuhalten“<sup>35</sup>). Einen Schritt zur Stärkung der Verantwortung und größeren Selbständigkeit der untersten Verwaltungsebene könnte die angekündigte Erweiterung der Kompetenzen der Abteilungen für Volksbildung bei den Exekutivkomitees der Sowjets in den ländlichen Bezirken und den Städten sein (insgesamt ca. 6 000 mit etwa 40 000 hauptamtlichen Kräften). Ansonsten jedoch hat es nicht den Anschein, als ob im sowjetischen Schulwesen der Bereich der „Selbstregulierung“ gegenüber dem herrschenden der „Regulierung von oben“ in erheblichem Umfang erweitert werden soll, wie es den Vorstellungen reformfreudiger Kräfte entspräche. Es bliebe dann bei einer „nicht offiziellen pädagogischen Autonomie“<sup>36</sup>), die im wesentlichen in der Interaktion zwischen Lehrern und Schülern stattfinden kann, aber auch dort von den restriktiven Bedingungen der gesamten inneren Schulverfassung nicht frei bleibt.

#### IV. Schlußbetrachtung

Abschließend sei noch einmal auf die Bedeutung der unter den Leitgedanken der politischen Steuerung, des gesellschaftlichen Pluralismus und der pädagogischen Autonomie stehenden Überlegungen für eine *historisch-vergleichende Betrachtung* der sozialistischen Bildungs- und Erziehungssysteme im ganzen hingewiesen. Sie besteht in zweierlei Hinsicht: Einmal kann damit stärker als bei Analysen der Strukturen des Bildungswesens, die zu statischen Deskriptionen neigen, der Wandel in Zielorientierungen, realen gesellschaftlichen Bedingungen und pädagogischen Prozessen betont werden; neben bestimmten Konstanten, die durch ideologische Prinzipien wie politisch-bürokratische Machtstrukturen wie politisch-bürokratische Machtstrukturen wie festgelegt sind und daher relativ starr er-

scheinen, geraten dabei vor allem jene Kräfte ins Blickfeld, die von außen und im Bildungswesen selbst wirken und die eine gewisse Eigendynamik entfalten können. Zum anderen zeigt ein Vergleich zwischen den sozialistischen Staaten selbst, daß zwischen zentraler Steuerung, „Selbstregulierung“ und Selbstverwaltung in Theorie und Praxis ein breites Spektrum besteht, so daß von einem Grundmodell sozialistischer Lenkung, Planung und Verwaltung im Bildungsbereich nur in einem sehr allgemeinen Sinne gesprochen werden kann. Die Anfang der siebziger Jahre vor allem von Theoretikern der Vergleichenden Pädagogik in der DDR und der UdSSR unternommenen Versuche, *das* Modell eines sozialistischen Bildungssystems zu entwerfen, sind mehr oder weniger in der normativen Aufzäh-

<sup>33</sup>) Siehe den Beitrag von U. Baumann, Stellung und Funktionen des Direktors in der sowjetischen Schulverwaltung, in: O. Anweiler (Hrsg.) (Anm. 6).

<sup>34</sup>) Nähere Angaben hierzu bei O. Anweiler, Das sowjetische Schulwesen am Beginn der achtziger Jahre, in: Osteuropa, 31 (1981), S. 791—811, hier S. 804f.

<sup>35</sup>) Punkt 39 der „Hauptrichtungen der Reform der allgemeinbildenden Schule und der Berufsschule in der UdSSR“ vom 12. April 1984, in: Osteuropa, 34 (1984), S. A 570f.

<sup>36</sup>) Davon spricht M. Pecherski in seinem Beitrag (Anm. 7).

lung von „Wesensmerkmalen“ steckengeblieben und haben zu keinen Vergleichsstudien größeren Stils geführt<sup>37)</sup>. Es bleibt daher eine wichtige Aufgabe der Vergleichenden Bil-

<sup>37)</sup> Ob der von der Forschungsgemeinschaft „Geschichte der Schule und Pädagogik sozialistischer Länder“ unter Gottfried Uhlig an der Karl-Marx-Universität Leipzig in Angriff genommene Versuch, eine „Internationale Geschichte der sozialistischen Schule“ zu erstellen, in absehbarer Zeit zu entsprechenden Veröffentlichungen führen wird, bleibt vorerst abzuwarten. Die Absicht ist, „die schulpolitischen Erfahrungen des Sozialismus als Weltssystem durch historische Untersuchungen zu erschließen“. Die als notwendig erachteten Untersuchungen seien „sowohl für die vertiefte Erkenntnis allgemeiner Gesetzmäßigkeiten und Wesens-

dungsforschung, auf der Grundlage empirisch orientierter Einzelstudien auch zu einer vertieften theoretischen Analyse gegenwärtiger sozialistischer Gesellschaften und ihres Bildungs- und Erziehungswesens beizutragen<sup>38)</sup>.

züge sozialistischer Schulentwicklung wie für die Erforschung spezifischer Bedingungen und Besonderheiten in den einzelnen Ländern unerlässlich“. Siehe W. Zähle, Hauptetappen der internationalen Entwicklung der sozialistischen Schule, in: Vergleichende Pädagogik, 21 (1985), S. 199—202.

<sup>38)</sup> Einen umfassenden und zugleich detaillierten Überblick der Themen und Fragestellungen vermittelt der Band von B. Dilger/F. Kuebart/H.-P. Schäfer (Hrsg.), Vergleichende Bildungsforschung — DDR, Osteuropa und interkulturelle Perspektiven, Berlin 1986 (erscheint demnächst).

## Hansgeorg Conert: Wirtschaftsexperimente in der Sowjetunion — Umriss einer ökonomischen Strategie?

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46—47/85, S. 3—18

Seit Beginn der sechziger Jahre werden von sowjetischen Politikern, Wirtschaftswissenschaftlern und -praktikern vielfältige ökonomische Funktionsdefizite benannt und kritisiert, die ihren Ausdruck im geringen Wirkungsgrad (Effizienz) aller Wirtschaftsprozesse finden. Nach einem umfassenderen Ansatz zu einer Wirtschaftsreform im Jahre 1965 wurden bis heute verschiedene punktuelle Veränderungen des ‚Wirtschaftsmechanismus‘ beschlossen, jedoch allenfalls partiell verwirklicht. Der Trend zur stetigen Verschlechterung der maßgeblichen Wirtschaftsindikatoren konnte damit nicht gebrochen werden.

In der kurzen Amtszeit von J. Andropow als Generalsekretär des ZK der KPdSU wurde die Kritik akuter wirtschaftlicher Mißstände deutlich verschärft und im Juli 1983 ein neuer Anlauf zur ‚Vervollkommnung des Wirtschaftsmechanismus‘ in Form eines ‚Experiments im großen Maßstab‘ unternommen, das am 1. Januar 1984 in ausgewählten Branchen und territorialen Bereichen begann und am 1. Januar 1985 auf weitere Sektoren ausgedehnt wurde. Die beschlossenen Maßnahmen zur ‚Erweiterung der Rechte der Betriebe und zur Erhöhung ihrer Selbständigkeit und Verantwortung für die Arbeitsresultate‘ sind in ihrer sachlichen Reichweite jedoch sehr beschränkt. Sie berühren weder die überkommenen materiellen Rahmenbedingungen der akuten ökonomischen Probleme noch die institutionellen und organisatorischen Funktionsdefizite des etablierten Wirtschaftssystems. In der sowjetischen Fach- und Tagespresse wird folglich auch eine lebhaftere Kritik, insbesondere von Wirtschaftspraktikern, an Widersprüchen im Konzept des Reformansatzes und an seiner unzulänglichen Umsetzung in die Praxis laut.

Der seit März dieses Jahres amtierende Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, proklamiert in seinen bisherigen Reden nachdrücklich die Notwendigkeit einer fundamentalen Wende der Wirtschaftsentwicklung in Richtung der Intensivierung des Wirtschaftshandelns, steigender Effektivität des Arbeits- und Sachaufwands und höherer Qualität der Erzeugnisse. Den Schlüssel zur Verwirklichung dieser Ziele sieht er in der Durchsetzung der seit langem postulierten Beschleunigung technologischer Innovationen und der Erhöhung des technischen Niveaus der Produktionsprozesse und -resultate. In diese Richtung zielende Maßnahmen und Programme wurden in jüngster Zeit beschlossen. Die Erfahrungen der vergangenen 20 Jahre rechtfertigen allerdings Zweifel daran, ob nachhaltige Erfolge in der beabsichtigten Richtung ohne eine konsequenter Abkehr vom System der zentralisierten und umfassenden, administrativen und direktiven Wirtschaftsplanung und -leitung erreicht und gesichert werden können.

## Fred Klinger: Soziale Statik und Dynamik in der DDR. Zum Leistungsverhalten von Industriearbeiterschaft und wissenschaftlich-technischer Intelligenz

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46—47/85, S. 19—35

Leistungsorientierungen und effizientes Arbeitsverhalten nehmen in der zeitgenössischen DDR-Diskussion nicht ohne Grund einen erheblichen Stellenwert ein. Ihren Hintergrund bilden vornehmlich veränderte technologische und ökonomische Operationsbedingungen der DDR-Wirtschaft, die einerseits veränderte Arbeitsanforderungen stellen und qualitativ neue Einstellungsmuster zur Arbeit erforderlich machen, andererseits eine Reihe von Motivationsdefiziten in ihrer Brisanz stärker hervortreten lassen. Die strukturell bedingten Gebote des Wandels in der Arbeitswelt lassen ihre Verwirklichungschancen freilich erst dann erkennen, wenn man danach fragt, welche sozio-kulturell gewachsenen Bestände an Verhaltenstypik das Arbeitsgeschehen bislang regulierten und auf welchen Bedingungen solche sozialen Charakteristika gründeten.

Drei Aspekte werden exemplarisch in historischer wie soziologischer Perspektive untersucht: die Zusammenhänge zwischen Arbeitsleistung und materieller Gratifikation, die Bedeutung von Gruppenbeziehungen und die mentale Anpassung an Verhaltensanforderungen, die durch die demokratisch-zentralistische Entscheidungsstruktur und bürokratische Verfahrensprozeduren beeinflusst werden. Dabei zeigt sich eine enge Wechselbeziehung zwischen konstitutiven Strukturen des partei-staatlichen Systems einerseits und Verhaltens- wie Einstellungsprägungen andererseits. Die hier nachweisbaren Zusammenhänge haben sich seit den frühen fünfziger Jahren entwickelt und konnten sich mit relativer Kontinuität bis in die heutige DDR-Gesellschaft reproduzieren. Demgegenüber führen die verstärkte Anwendung der Mikroelektronik und höhere Niveaus der Automatisierung zu einer Reihe von sozialen Dynamisierungseffekten, von denen nicht absehbar ist, wie sie sich mit den bislang tradierten und systemisch bedingten Formungen der Arbeitswelt vereinbaren lassen. Ferner ist erkennbar, daß technologisch höher entwickelte Arbeitsinhalte der Tendenz nach größere Ansprüche an Motivation und individuelle Verhaltenssteuerungen stellen, daß aber gleichzeitig damit die Möglichkeiten geringer werden, diese subjektiven Komponenten einer durchgehenden Kontrolle zu unterwerfen.

**Oskar Anweiler: Bildungs- und Erziehungswesen sozialistischer Staaten.  
Politische Steuerung — gesellschaftlicher Pluralismus — pädagogische Auto-  
nomie**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46—47/85, S. 36—46

Unter den drei Leitgedanken politische Steuerung, gesellschaftlicher Pluralismus und pädagogische Autonomie werden jüngere Entwicklungen im Bildungs- und Erziehungswesen kommunistisch regierter Staaten in Europa vergleichend analysiert. Im Vordergrund stehen die Sowjetunion, Polen, Ungarn und die DDR.

Mit Ausnahme Jugoslawiens, das auch im Schul- und Hochschulwesen dem Prinzip der „Selbstverwaltung“ folgt, handelt es sich um zentral gesteuerte Bildungssysteme mit einer hierarchischen Administration und einem weitgehenden Organisationsmonopol. Das Bildungswesen ist in ein umfassendes gesellschaftliches Planungs- und Entwicklungsmodell eingebunden. Die gesellschaftliche Realität zeigt indessen verschiedene „pluralistische Elemente“, die von dem „monistischen“ Bildungssystem nicht vollständig erfaßt und kontrolliert werden können. Es gibt unterschiedliche Grade einer „nichtoffiziellen pluralistischen Kultur“ am Rande des Bildungswesens und vor allem in dem Erziehungs- und Sozialisationsfeld außerhalb der Institutionen. Unterhalb des standardisierten öffentlichen Schul- und Erziehungssystems besteht eine Pluralität konkreter Erziehungsweisen, die nur partiell einer direkten politischen Steuerung zugänglich sind.

Es gibt auch Bestrebungen, mit Hilfe einer Theorie der „Selbstregulierung“ der einzelnen Schule oder Hochschule größere Eigenverantwortung und den dort Lehrenden und Lernenden eine relative „pädagogische Autonomie“ einzuräumen. Auch wenn diese Gedanken und Initiativen auf systemimmanente Grenzen stoßen, so können sie doch als ein kritisches Korrektiv gegenüber verkrusteten Strukturen und Mechanismen im Bildungswesen und in der Gesellschaft angesehen werden.